Die kommunistische Terrororganisation «African National Congress» (ANC)

Die Gewalttätigkeiten und radikalen Ideen der heutigen Regierungspartei Südafrikas werden in der historischen Rückbetrachtung nur selten angesprochen.

Seite 15

Die Enteignung und Ermordung weisser Farmer in Südafrika

Das aktuelle politische Klima in Südafrika gefährdet die Sicherheit der weissen Bevölkerung.

Seite 53

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 20, Oktober 2018

Jetzt abonnieren - Seite 2

Drama in Südafrika als Blaupause für Europa?

Stellen Sie sich vor: Der Präsident der drittstärksten Partei im Bundestag oder sonst wo in einem westlichen Land würde vor einer johlenden Menge herumtanzen und ins Mikrofon schreien «Tötet sie, die ‚Minderheit', tötet sie, töööötet sie! Schlitzt ihnen die Kehle auf und erschiesst sie, die ‚Minderheit', bumm, bumm, bäng!». Die Menge springt im Takt und schreit synchron «bumm, bumm, bäng!!». Und in einem TV-Interview konstatiert derselbe Parteipräsident lächelnd: «Ich habe nicht dazu aufgerufen, die ‚Minderheit' zu töten… zumindest bis jetzt nicht. Für die Zukunft kann ich es nicht garantieren». Bevor Sie nun empört und angewidert ob solcher Zeilen den Kopf schütteln oder gar die Zeitung weglegen, sollten Sie wissen, dass genau dies derweil in Südafrika geschieht, nämlich der Minderheit Südafrikas: den Buren und der weissen Bevölkerung insgesamt!

Fortsetzung auf Seite 2

Die internationale Hetzkampagne gegen Südafrika

War die weltweite Kampagne gegen Apartheid-Südafrika Teil eines grösseren globalen Plans?

Seite 22

Moskaus Strategie für Afrika

Der Kampf für den Kommunismus nennt sich heute Kampf für «soziale Gerechtigkeit».

Seite 42

Apartheid: Vorurteile vs. Realität

Die Apartheid ist als System einer modernen Gesellschaft abzulehnen. Einige Bilder, welche uns darüber vermittelt werden, scheinen jedoch einer näheren Betrachtung würdig.

Seite 12

«Ich sage Ihnen, wir haben die Ermordung weisser Menschen nicht gefordert – zumindest bisher noch nicht. Für die Zukunft kann ich für nichts garantieren.»

Der Präsident der drittstärksten Parlamentspartei Südafrikas EFF, Julius Malema2016 im Interview mit TRT World

Fortsetzung von Seite 1

Julius Malema, der Präsident der kommunistischen und drittstärksten Partei EFF (Economic Freedom Fighters) und von einigen als der künftige Präsident des Landes gehandelt, spricht ganz offen darüber, was er mit der weissen Minderheit vorhat, falls sie sich widersetzt, sich im Zuge einer sog. Landreform entschädigungslos (!) enteignen zu lassen. Nein, das ist kein schlechter Witz oder übertrieben: Was sich in Südafrika heute und seit der Machtübernahme des kommunistischen ANC unter Nelson Mandela an Schrecken zuträgt, spottet jeder Beschreibung und findet nur ganz spärlich den Weg in die Schlagzeilen westlicher Medien. Wöchentlich werden Farmer auf ihren entlegenen Höfen von regelrechten Terrorkommandos überfallen und mitsamt ihren Familien und Mitarbeitern in einer bestialischen Weise gefoltert und ermordet, die sich jeglicher Vorstellungskraft eines normal denkenden Menschen entzieht. Darauf angesprochen, ob er auch für die Rekrutierung solcher Bandenmitglieder verantwortlich sei, meinte Malema lapidar: «Maybe, maybe not.»

Was sich in Südafrika anzubahnen droht, ähnelt in erschreckender Weise dem gesellschaftlichen Klima, welches 1994 in Ruanda geherrscht hatte vor dem Völkermord an den Tutsis. Einem Strickmuster ähnlich wurde dort das Volk der Hutus während Monaten und Jahren von Politik und Medien regelrecht aufgestachelt und im Wissen der dort anwesenden UNO sowohl mental wie auch mit Macheten auf den Tag X vorbereitet, an dem man sich an den verfeindeten Tutsis rächen und sich dieser «Kakerlaken» entledigen solle. In der kurzen Zeitspanne von rund 100 Tagen wurden ab diesem Tag X, dem 07. April 1994, gegen eine Million oder rund 70% aller Tutsis von den Hutus mit Macheten zu Tode gehackt. Dieser sich über lange Zeit abzeichnende und unter passivster Anwesenheit von UN-Blauhelmtruppen vollzogene Völkermord epochalen Ausmasses wurde in den westlichen Medien als unvorhergesehener und plötzlicher Ausbruch ethnischer Spannungen verzerrt. Ähnlich überrascht wäre die Welt wohl heute, geschähe solches den Weissen Südafrikas, obschon dies Politiker und grösser werdende Teile der schwarzen Bevölkerung Südafrikas öffentlich diskutieren, resp. wie eingangs beschrieben «feiern».

Wir möchten in dieser Ausgabe in erster Linie auf das Schicksal der weissen Bevölkerung Südafrikas aufmerksam machen, welches in den westlichen Medien ebenso wie der Politik in beschämender und skandalöser Weise ignoriert oder verleugnet wird. Um zu verstehen, wie es soweit kommen konnte, ist es notwendig, sich mit der Geschichte Südafrikas auseinander zu setzen – von der ersten (!) Besiedelung der Niederländer, über die Apartheid bis hin zur Machtübernahme des kommunistischen ANC unter Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela. Man staunt nicht schlecht und das eigene (Geschichts-) Bild zu Südafrika gerät da und dort ins Wanken, wenn von Medien und Politik während Jahrzehnten wiederholte und vermeintlich offenkundige Wahrheiten sich bei näherer Betrachtung nachprüfbar als schlicht falsch herausstellen oder stark verzerrt aus dem Kontext gerissen. Ebenso betrachtet man das rassistische und einer zivilisierten Gesellschaft höchst unwürdige Apartheidsystem und fragt sich, warum während dieser schrecklichen Zeit dennoch zehntausende Menschen schwarzer Hautfarbe aus ganz Afrika in dieses Unrechtsregime einwanderten. Hing es damit zusammen, dass es den Schwarzen in Sachen Einkommen, Gesundheitsversorgung, Ausbildung und am Allerwichtigsten – Sicherheit – nirgends auf dem ganzen afrikanischen Kontinent besser ging als in diesem Unrechtsstaat?

Des Weiteren fragen wir uns, ob Europa in nicht allzu ferner Zukunft Ähnliches blühen könnte, wie es sich in Südafrika seit dem Ende der Apartheid bis heute vollzogen hat, wo das mehrheitlich schwarze Parlament dabei ist, in demokratischer Weise die entschädigungslose Enteignung der heimischen, weissen Bevölkerung zu beschliessen und auf politischer Ebene bereits zum Mord an den Weissen aufgerufen wird? Obwohl für die meisten kaum denkbar, ist es nämlich nur eine Frage der Zeit, bis die ursprüngliche Bevölkerung aller westlichen Nationen selbst in der Minderheit sein wird! In praktisch allen deutschen Grossstädten sind Kinder unter fünf Jahren, die einen Migrationshintergrund haben bereits heute in der Mehrheit, angeführt von Frankfurt mit über 75%! Frankreich zählt bereits heute über 10 Millionen Muslime und wird schon bald das erste westliche, demokratische Land mit muslimischer Mehrheit sein. Und wer entscheidet in einer Demokratie? Richtig, die Mehrheit! So, wie in Südafrika! ***(ab)***

Jetzt abonnieren!

Jahresabo - 10 Ausgaben: CH: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Archivausgaben: CH: SFr 9.50 / EU: EUR 8.00
Online-Bestellung: www.ExpressZeitung.com

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Erscheinung	10 x jährlich im Abonnement
Preis	Jahresabo: SFr 69.- / EUR 59.-
Bestellung	www.ExpressZeitung.com / abo@expresszeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / André Barmettler *(ab)*
Gastautoren	Gerhard Wisnewski *(gw)* / Torsten Mann *(tm)*
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	November 2018

Thema der Ausgabe:

Drama in Südafrika als Blaupause für Europa?

Seit dem «ethnischen Machtwechsel» in Südafrika, der in fast allen europäischen Staaten ebenfalls bevorstehen könnte, wird dort ein Klima des Hasses gegen weisse Menschen gefördert, das mit staatlichen Enteignungen der europäisch-stämmigen Landbesitzer bereits die nächste Phase der Eskalation erreicht hat. Diese Enteignungen leisten wiederum brutalen Überfällen auf weisse Farmer Vorschub, bei denen die schwarzen Mobs rauben, vergewaltigen, foltern und morden. Schon in den vergangenen Ausgaben der ExpressZeitung haben wir aufgezeigt, wie Europa systematisch mit Migranten geflutet wird, die zu diesem Zweck selbst ausgebombt, vertrieben, traumatisiert und weiter brutalisiert wurden. Diese könnten, wenn sie eines Tages die demokratische Mehrheit erlangen sollten, die Europäer ebenso entrechten, wie es aktuell den Weissen in Südafrika geschieht. Findet in Südafrika heute schon statt, was uns im Europa von Morgen blüht?

4

Geopolitik

Die weissen «Eroberer» und «Unterdrücker»

Zumindest im Falle der weissen holländischen «Buren», die Südafrika seit 1652 erschlossen, kann nicht davon gesprochen werden, dass den afrikanischen Ureinwohnern ihr Land weggenommen wurde. 6

Apartheid: Vorurteile vs. Realität

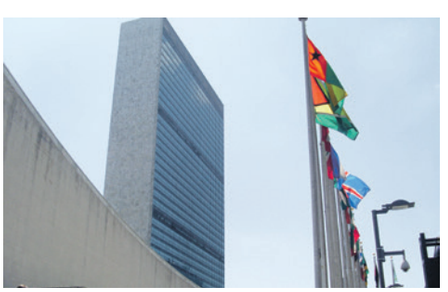
Die Apartheid war und ist ein Gesellschaftssystem, das von jedem fortschrittlichen und zivilisierten Rechtsstaat abzulehnen ist. Einige Bilder, welche uns über Südafrika zu dieser Zeit bis heute medial vermittelt werden, scheinen allerdings einer näheren Betrachtung würdig. 12

Die kommunistische Terrororganisation «African National Congress» (ANC)

Die Gewalttätigkeiten und Terrorakte der marxistischen Organisation ANC wurden einer ahnungslosen Weltöffentlichkeit als die Taten schwarzer Idealisten präsentiert, die keinen anderen Ausweg aus dem unmenschlichen Apartheidsystem sahen. 15

Die internationale Hetzkampagne gegen Südafrika

War die weltweite Diffamierung Südafrikas vor allem in den Achtziger-Jahren Teil eines grösseren globalen Plans, in dem der Westen mit dem Osten gemeinsame Zielvorstellungen hatte? 22



Die UNO gegen Südafrika

Die Vereinten Nationen - mit Rückendeckung von Medien, Kirchen und vielen anderen privaten Organisationen - forderten lautstark von aller Welt Sanktionen und Wirtschaftsboykotte gegen Apartheid-Südafrika. 27

Psychologische Kriegsführung gegen Südafrika

Das wichtigste Ziel der Kampagne gegen Südafrika bestand darin, der Aussenwelt ein falsches Bild des Landes am Kap zu vermitteln. 33

Konflikt nach Hegel'scher Dialektik

Ist die neue sozialistische, schwarze Regierung in Südafrika die Synthese aus Apartheid und marxistisch-terroristischer «Befreiungsbewegung»? 37

Revolution in Südafrika

Der ANC nutzte die Situation der Schwarzen aus, um die weltrevolutionären Ziele der Sowjetunion voranzutreiben. Heute reisst seine sozialistische Politik Südafrika wirtschaftlich und humanitär in den Abgrund. 42

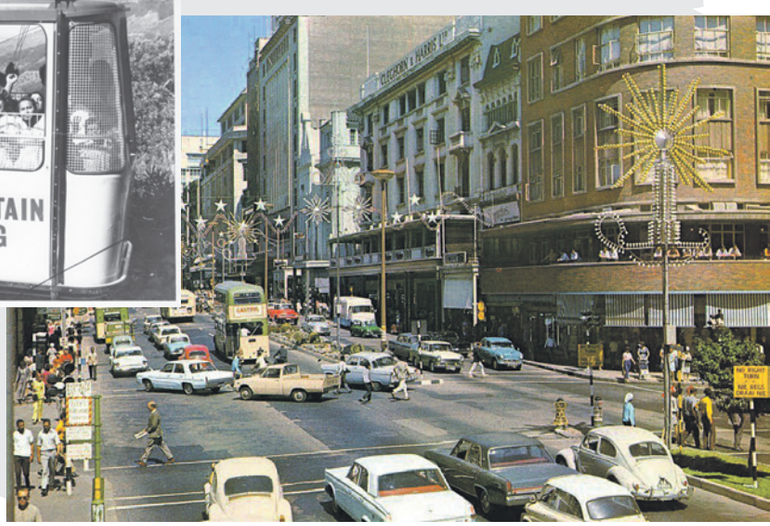
Politik

Farmmorde: Ist Südafrika Europas Zukunft?

Auch unter dem Apartheid-System gab es Farmüberfälle oder -morde - allerdings bei weitem nicht so oft und so brutal wie heute. Seit 1991 ist ihre Anzahl um mehrere tausend Prozent gestiegen. 53

Südafrika

Südafrika: Ein Drama nimmt



- Während Südafrika im letzten Jahrhundert der mit Abstand sicherste Ort für schwarze Menschen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent war und sich des Zustroms abertausender schwarzer Flüchtlinge und Arbeitssuchender aus den marxistisch regierten («befreiten») Nachbarländern kaum erwehren konnte, wurde es vor allem in den Achtziger-Jahren einer ahnungslosen Weltöffentlichkeit als der Inbegriff rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung hingestellt.
- Allen voran die Vereinten Nationen - mit Rückendeckung von Medien, Kirchen und vielen anderen privaten Organisationen - forderten lautstark von aller Welt Sanktionen und Wirtschaftsboykotte gegen Südafrika, was daraufhin auch vielfach geschah.
- Der Hauptaufhänger dieser Mobilisierungskampagne gegen Südafrika war die Apartheid, d.h. in erster Linie die gesetzliche Trennung der Rassen und das fehlende Wahlrecht der Schwarzen bei nationalen Parlamentswahlen. Doch dafür gab es zumindest nachvollziehbare Gründe, die auf der extremen Unterschiedlichkeit der südafrikanischen Völker und Ethnien fussten. Darüber wurde in den westlichen Medien jedoch kaum berichtet.
- Die Gruppen und Personen, die sich gegen die südafrikanische Apartheidsregierung einsetzten, wurden von der Mehrheit der Südafrikaner äusserst kritisch beäugt, da sie mit ihren radikalen Ideen, meist marxistischer Natur, und der damit einhergehenden Gewaltbereitschaft eine Gefahr für die Sicherheit und den Wohlstand des Landes darstellten. Das hielt die westlichen Politiker jedoch nicht davon ab, sie als pazifistische Ikonen des Widerstands gegen ein repressives, rassistisches Regime zu feiern.
- Schon Jahrzehnte vor Nelson Mandelas Machtübernahme wurde seine kommunistisch sowie terroristisch ausgerichtete Organisation ANC («African National Congress») zu einer sog. Befreiungsbewegung hochstilisiert, deren angebliches Ziel es war, Frieden und Gerechtigkeit für alle einzuführen. Die Gewalttätigkeiten und Terrorakte der ANC wurden der Weltöffentlichkeit als verzweifelte und notwendige Schritte einer Gruppe schwarzer Idealisten präsentiert, die keinen anderen Ausweg aus der Unterdrückung des «unmenschlichen Apartheidsystems» mehr sahen.
- Dass der marxistische ANC u.a. von vermeintlichen Vollblut-Kapitalisten wie Ronald Reagan oder Margaret Thatcher unterstützt wurde, lässt sich damit erklären, dass westliche Regierungen schon damals Komplizen einer weltweiten Agenda waren, die die Schaffung einer Weltregierung zum langfristigen Ziel hat. Eine starke, weisse, unabhängige Regierung in Südafrika war zu einem Haupthindernis für die geplante sozialistische Weltordnung geworden.

Man kann nur immer wieder staunen, wie bestimmte Drahtzieher es verstehen, grosse Menschenmassen zu mobilisieren und für Aktionen und Ideen einzuspannen, die diese – ohne vorherige gründliche Gehirnwäsche – normalerweise kaum berührt hätten. Es wird begeistert demonstriert, randaliert und oberflächlich diskutiert, ohne auch nur im Geringsten auf die Idee zu kommen, dass man manipuliert werden könnte oder für Zwecke missbraucht wird, die am Ende oft selbstzerstörerisch sind. «Eine Lüge reist um die Welt, während die Wahrheit erst ihre Stiefel zuschnürt», schrieb C. H. Spurgeon in seinem Buch «Wahrheit und Lüge».

«Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus, Polizeigewalt, Willkürherrschaft», das wären in etwa die Schlagwörter, die der vom staatlichen Bildungssystem geprägte mediale Normalverbraucher dem Apartheid-Staat (Apartheid=staatliche Rassentrennung) in Südafrika zuordnen würde, dessen Existenz 1994 endete, als Nelson Mandela als erster schwarzer Präsident des Landes vereidigt wurde.

Das Mainstream-Narrativ vermittelt uns, Mandela habe endlich Schluss mit der rückständigen Apartheid gemacht, die Weisse privilegiert und Schwarze entrechtet hatte, und Südafrika damit von einem menschenverachtenden Regime befreit. Die Welt atmete auf, als am 27. April 1994 die ersten nationalen Wahlen mit schwarzer Beteiligung stattfanden und Mandelas Partei African National Congress (ANC) einen überwältigenden Wahlsieg errang. Schliesslich hatte in den Achtziger-Jahren eine internationale Mobilisierungskampagne selbst den politisch desinteressiertesten Bürger mit der Botschaft erreicht, die weisse Regierung in Südafrika beute ihre schwarzen Bürger aus und unterdrücke sie. Mit dem Wahlsieg Mandelas, so die Überzeugung westlicher Durchschnittsbürger, gehe das Land am Kap der Guten Hoffnung mit seiner von den alten Ketten befreiten schwarzen Bevölkerung einer strahlenden Zukunft

unbemerkt seinen Lauf

entgegen. Damit war das früher noch politisch und medial dauerpräsente Problem-Thema Südafrika für den Normalverbraucher abgehakt. Ende gut, alles gut.

«Ich betrachte die grosse Masse meiner Landsleute wirklich mit tiefem Mitleid: Sie lesen die Zeitungen und leben und sterben in dem Glauben, sie hätten etwas von dem erfahren, was zu ihren Lebzeiten auf der Welt geschah», hatte der amerikanische Gründervater Thomas Jefferson einst gesagt, und ähnlich verhält es sich im Falle Südafrikas. Bis zu Mandela Wahlsieg tönte es tagein tagaus rund um den Erdball, dass sich wegen Unterdrückung der Menschenrechte die Republik Südafrika am Rande eines Bürgerkriegs befände. Täglich wurden der westlichen Bevölkerung Bilder von Tod, Hunger und Gewalt präsentiert und damit ablehnende Emotionen gegen Südafrika geweckt. Vor allem in den Achtzigern war es «in», dass sich «Bürgerrechtsführer» in Washington, Politiker, Schauspieler und Pfarrer in lautstarken Protestaktionen vor der südafrikanischen Botschaft versammelten oder wegen der illegalen Besetzung vor Institutionen, die mit südafrikanischen Krugerrand-Münzen handelten, vorübergehend festnehmen liessen. Kirchentage wurden zu Südafrika-Tagen umfunktioniert. Berufsstudenten und linke Traumtänzer aller Schattierungen bemühten sich mit neurotischem Eifer, ihrer Frustrationen und Unzulänglichkeiten Herr zu werden, indem sie in selbstgerechter Empörung gegen ein Land demonstrierten, das sie eigentlich nur vom Hörensagen kannten.

Der Schlüssel für die Erklärung ihrer Aktivitäten waren Desinformationen, die ihnen von den Medien des Establishments fast schon aufgezwungen wurden. Eine Reihe von Unwahrheiten über Südafrika wurden so oft wiederholt, dass viele Menschen sie irgendwann als Offenkundigkeit, also Sachverhalte, «die jeder weiss» akzeptierten. Fast jeder meinte zu wissen, was in Südafrika los war. Wer war überhaupt noch bereit, sich eine andere Seite Südafrikas anzuhören, bereit darüber zu lesen und darüber nachzudenken? Südafrika wurde abgestempelt und durch das Trommelfeuer westlicher Propaganda zur Klischeevorstellung eines rassistischen Terrorstaats verzerrt, sodass kaum noch Zweifel an dem bestanden, was Medien und Politik als «Wahrheit» präsentierten.

Auf den kommenden Seiten sollen einige Fakten genannt werden, die der getäuschten Weltöffentlichkeit bei der internationalen Kampagne gegen Südafrika wohl nicht unabsichtlich vorenthalten wurden, um im Anschluss auf den grösseren weltpolitischen Kontext hinzuweisen, in dem der Kampf gegen die Apartheidsregierung stattfand. Südafrika ist nichts anderes als ein Mikrokosmos unserer Welt, «die ganze Welt in einem Land», wie es die Anzeigen der staatlichen Luftfahrtgesellschaft SAA einmal ausdrückten und deshalb gilt es für uns zu erkennen, dass hinter der Beendigung der Apartheid ein perfides System steckt, das auch die Menschen des westlichen Abendlandes bedroht. ***(tk)***

Die weissen «Eroberer»

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Geschichte des Landes Südafrika, um daraufhin auf weitere beträchtliche Fehlinformationen hinzuweisen, die der Welt seit Jahrzehnten als Offenkundigkeit eingetrichtert werden: Als 1652 die ersten holländischen Pioniere («Buren», niederländisch für «Bauern») unter ihrem Anführer Jan van Riebeeck südafrikanischen Boden betraten, hatten sie weder den Wunsch noch die Absicht, andere Völker zu unterwerfen und ihnen ihr Hab und Gut wegzunehmen. Ihre Aufgabe war es, eine Versorgungsstation für Schiffe der Holländisch-Ostindischen Gesellschaft zu errichten, die die Reichtümer des Ostens um das Kap der Guten Hoffnung herum nach Europa brachten.

Sie holten sich auch keine schwarzen Sklaven aus Afrika, sondern fingen an, das fast menschenleere Land mit ihrer eigenen Hände Arbeit zu bestellen und urbar zu machen. Abgesehen von kleinen Gruppen nomadisierender Buschmänner, trafen sie erst über 100 Jahre später (1770), etwa 1000 km nordöstlich von Kapstadt, am grossen Fisch-Fluss auf die ersten schwarzen Stämme. Nach einigen Scharmützeln und mehreren Grenzkriegen einigte man sich schliesslich und überliess den schwarzen Wandervölkern die Gebiete, in denen sie sich niedergelassen hatten und die dann zu ihren selbstgewählten «Homelands» wurden.

Die Kunde von den bemerkenswerten Fähigkeiten des weissen Mannes und seiner technischen Errungenschaften brachte es mit sich, dass immer mehr Schwarze in die Gebiete der Buren zogen, um dort Arbeit, Sicherheit und medizinische Versorgung zu finden.

Der weisse Mann kam in den meisten Fällen nicht nach Afrika und nahm den Afrikanern ihr Land weg, wie es oft behauptet wird, oder übernahm gar ihre Schulen und Hospitäler, ihre Strassen und Eisenbahnen, ihre Fabriken und Wohnhäuser. All dies gab es nämlich gar nicht!

Wie schon beschrieben, betrat er ein fast menschenleeres Gebiet, eine Wildnis aus Wüste und Busch, in der es ausser wilden Tieren, einem angenehmen Klima und fruchtbaren Küstengebieten nicht viel anderes gab. Die wenigen Eingeborenen, die er traf, deren Hauptbeschäftigung darin bestand, sich in regelmässigen Abständen die Köpfe einzuschla-

Das Mainstream-Narrativ über die Geschichte Südafrikas in Bildsprache. Doch war es wirklich so?

und «Unterdrücker»

Grosszügige Sozialsysteme auch in Europa

Mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger in Deutschland haben laut Spiegel-Online inzwischen ausländische Wurzeln. (1) Deutschland bezahlt ihre Unterkunft, Krankenkosten und sonstige Leistungen, obwohl viele von ihnen noch nie in das deutsche Sozialsystem eingezahlt haben. Deutschland und viele andere europäische Staaten zeigten sich geradezu aufopfernd grosszügig gegenüber Ausländern, dennoch wird der westliche Schuldkult, der die Einwanderer zu Unterdrückten und die Heimatbevölkerung zu Unterdrückern erklärt, inzwischen sogar noch mehr von Politik und Medien kultiviert als in der Vergangenheit. Die «Faschismus-Keule» oder der «Nazi-Knüppel» werden oft auch von solchen Migranten geschwungen, die von Deutschland grosszügig aufgenommen und versorgt wurden. Der Vorwurf, die Europäer und vor allem die Deutschen seien zu grossen Teilen ausländerfeindlich, ist absurd. Kein Staat ausser Deutschland hat eine solche, gerade arme Einwanderer anlockende Ausländer- und Asylgesetzgebung, die seit Jahrzehnten in grossem Masse missbraucht wird. Kein anderes Land, auch nicht die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien, haben so viele Ausländer und Kriegsflüchtlinge aufgenommen wie die Bundesrepublik. Kein anderes Land ist so ausländerfreundlich, bietet den Ausländern solche finanziellen und wirtschaftlichen Hilfen, unterstützt in Not Geratene so uneigennützig.

Genau wie in Südafrika wird auch in Europa gegen die Bevölkerungsgruppe als «Unterdrücker» oder «Rassisten» agitiert, denen die Einwanderer am meisten zu verdanken haben, die den meisten Wohlstand schafft und die grösste Steuerlast zu tragen hat. So wird eine Gesellschaft durch die künstliche Verteilung von Täter- und Opferrollen gespalten und zu Konflikten aufgehetzt. ***(tk)***

Quelle:
1. Spiegel.de, Hälfte der Hartz-IV-Empfänger hat Migrationshintergrund, 10.04.2018

gen, lebten in einem Zustand der Barbarei. Sie besassen noch nicht einmal das Rad, hatten keine Schriftsprache und lebten noch wie vor tausenden Jahren.

Es muss einmal deutlich gesagt werden: Die Weissen in Südafrika haben ihren Wohlstand nicht der «Unterdrückung» oder gar «Versklavung» der Schwarzen zu verdanken. Alles was der schwarze Mann heute in Südafrika besitzt, hat er im Gegenteil dem technischen Können, der Initiative und der Schaffenskraft der Weissen zu verdanken. Der Weisse schuldet ihm absolut nichts.

Die weissen «Ausbeuter»

In Südafrika zahlten vor dem Ende der Apartheid 4,8 Millionen Weisse 77% der gesamten Steuerlast des Landes, während 56% der Staatsausgaben den 18,2 Millionen Schwarzen, die nur 15% der Steuer zahlten, zugute kamen. (1)

Südafrikas schwarze Bevölkerung besass bereits Ende 1970 360 000 Motorfahrzeuge. Das waren mehr, als das ganze südliche Afrika zusammengenommen aufweisen konnte.

Johannesburg bei Nacht. Kein einziges afrikanisches Land kam bis zum Ende der Achtziger-Jahre nur in die Nähe des südafrikanischen Lebensstandards, sowohl für Weisse als auch Schwarze.

Während Länder wie Malawi und Mosambik ein Durchschnittseinkommen pro Kopf von weniger als 20 Dollar im Monat hatten, konnte Südafrika ein Durchschnittseinkommen von 180 Dollar im Monat aufweisen. Die schwarze Kindersterblichkeitsrate war 82% niedriger als im Rest des afrikanischen Kontinents.

Der amerikanische Professor Jed Smock, der Direktor von Campus Ministry, Lexington, USA, schrieb nach seinem Südafrika-Besuch 1986 verblüfft:

«Die Innenstadt von Johannesburg erinnerte uns an Chicago, Detroit und Dallas, mit nur einem Unterschied – es gab hier dreimal mehr Schwarze als Weisse auf den geschäftigen Strassen. In den modernen Warenhäusern und Geschäften wurden alle Rassen mit gleichem Eifer bedient.»

In einem Blatt für amerikanische Studenten schrieb Prof. Smock:

«1. Die Löhne der Schwarzen in Südafrika sind drei- bis viermal so hoch wie die im restlichen Afrika.

2. Schwarze südafrikanische Arbeiter haben praktisch dieselben Rechte wie amerikanische Arbeiter.

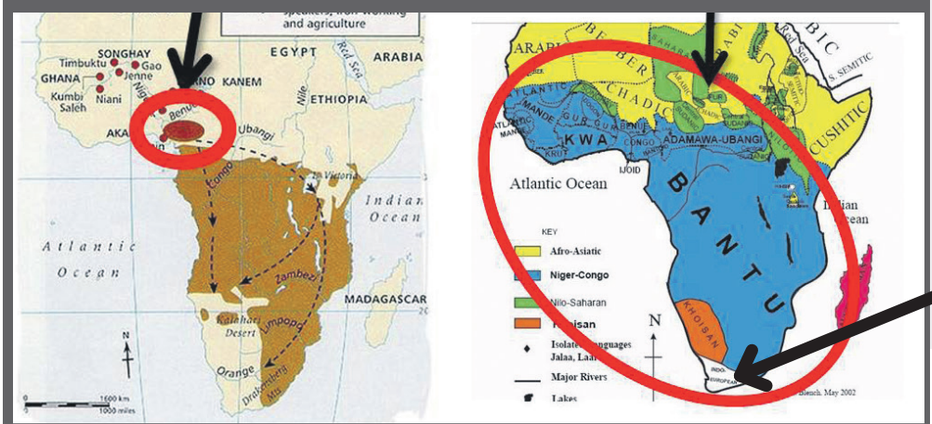
3. Es gibt in Südafrika mehr schwarze Frauen in gehobenen Berufen als auf dem ganzen Kontinent zusammen.

Das Bantu-Königreich – 2000 Jahre Rassismus,

Der nach Süden gerichtete Eroberungsfeldzug des Stammes der Bantu aus Subsahara-Afrika begann vor ca. 2000 Jahren mit der Einführung von Landwirtschaft aus Ägypten und Steinzeit-Technologie aus Nubien, die ihnen Krieg und Unterdrückung anderer Völker ermöglichte. Durch die neuen Techniken wuchs die Bevölkerung der Bantu schneller, was dem Stamm allmählich ermöglichte, den afrikanischen Süden zu erobern. Dies war einer der grössten Eroberungsfeldzüge in der Geschichte der Menschheit, bei dem alle Stämme, die sich gegen die Bantu stellten, ausgelöscht wurden!

Das Bantu-Königreich wuchs von diesem kleinen Punkt…..

….zu einer Macht, die über nahezu den gesamten Süden Afrikas herrschte.



Diese Region wurde ab 1652 von den holländischen Buren erschlossen und besiedelt, was jahrzehntelang friedlich verlief. Zu dieser Zeit wurde der Rest des Landes nur von der schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppe Khoisan bewohnt. Eine sehr alte nomadische Gruppe, die das Land lange vor den schwarzen Stämmen aus dem Norden, die später in den Süden zogen, bewohnt hatten.

1816 übernahm ein König namens Shaka den Thron der Zulu (führende Volksgruppe der Bantu). Innerhalb eines Jahres hatte er alle Nachbarstämme erobert, die um die Kontrolle der Region kämpften. Diese Zeitperiode ging als «Mfecane» (Zulu-Wort in etwa bedeutend «Zerquetschung», «erzwungene Zerstreuung») in die Geschichte ein. 1823 trennten sich rebellische Stämme unter dem Führer Mzilikazi von den Zulu und wanderten nach Norden in die Transvaal-Region. Dort schlachteten sie, wie von Historikern geschätzt wird, ca. 1-2 Millionen Bantu ab und hinterliessen das Gebiet nahezu entvölkert.

Seite 7

4. Südafrika bildet mehr schwarze Ärzte aus als irgendein anderes afrikanisches Land.

5. Südafrika ist das einzige Land auf dem Kontinent, das eine breite schwarze Mittelklasse hat.

6. In Südafrika besitzen die Schwarzen mehr Autos als die Weissen in der Sowjetunion.

7. Die Regierung errichtet 5000 Häuser im Monat und macht Wohnungen verfügbar für 92% der schwarzen Bevölkerung.

8. Südafrika will in den nächsten 5 Jahren eine Milliarde Rand (2,5 Milliarden Dollar) ausgeben, um unterentwickelte Städte und Grossstädte zu verbessern.

9. Weisse mit einem Einkommen von 30.000 US-Dollar pro Jahr zahlen 50% Steuern, um die Milliarden Dollar aufzubringen, die die Nichtweissen an Subventionen bekommen.»

Diese nachprüfbaren Tatsachen widersprechen diametral dem Bild eines ausbeuterischen Unterdrückerstaates, welches in der westlichen Welt seit Jahrzehnten medial verbreitet wird. Vielmehr begründen sie die Tatsache, dass abertausende Schwarze aus den Ländern der Subsahara nach Südafrika migrierten.

Die «Armut» in Südafrika

Obwohl die meisten afrikanischen Länder Mitte der Achtziger-Jahre offizielle Kontakte mit der Republik Südafrika verleugneten und in der UNO und anderen Gremien lautstark von aller Welt Sanktionen und Wirtschaftsboykotte gegen Südafrika forderten, standen so gut wie sämtliche Staaten Afrikas in engstem Handelsaustausch mit der Burenrepublik.

Die Nachfahren der burischen Pioniere – die weissen Afrikaaner, wie sie sich heute nennen – hatten zusammen mit Generationen späterer europäischer Einwanderer in 300 Jahren an der Südspitze Afrikas einen fast eu-

Südafrika war eine Oase des Wohlstands für die Heimatbevölkerung und Magnet für vor allem schwarze Zuwanderer aus dem gesamten Kontinent.

Eroberung, Genozid, Mord, Vergewaltigung und Krieg!

Foto: Ian Beatty from Amherst, MA, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:San_tribesman.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Die nomadischen Khoisan lebten in weitgehend friedlicher Koexistenz mit den weissen Buren aus Holland. Erst die Wanderung der kriegerischen Bantu-Stämme nach Süden führte zu gewalttätigen Konflikten.

Während dieser Zeit waren mehrere Bantu-Stämme gezwungen, nach Süden zu wandern, um den kriegerischen Zulus zu entgehen, sodass sie sich direkt auf die nach Nordosten wandernden Buren zubewegten. Das war unglücklich für die Buren, die seit Jahren friedliche Abmachungen mit kleineren Stämmen schlossen, in denen sie eigene Erzeugnisse, Lebensmittel oder Waffen gegen Land eintauschten. Nach der Wanderbewegung der Bantu-Stämme in den Süden veränderten sich die bis dahin weitgehend fairen und friedlichen Tauschgeschäfte zwischen der weissen und schwarzen Bevölkerung allmählich zu gewalttätigen, militärischen Konflikten.

1828 übernahm der neue Zulu-König Dingane den Thron. Pieter Retief, ein einflussreicher Führer der Buren, war entschlossen, weiterhin friedliche Abmachungen mit den aus dem Norden kommenden Stämmen zu schliessen. Er tauschte mit ihnen 600 Kühe gegen Land für seine Buren-Karavane. Nachdem er ihnen die Kühe gebracht hatte, liessen sich die niederländischen Siedler auf dem vereinbarten Land nieder. Und als Zeichen vermeintlich guten Willens lud König Dingane Rotief und dessen Leute ein, um sich gemeinsam eine Vorführung der Zulu-Soldaten anzusehen. Als Rotief und die Buren angekommen waren, mussten sie feststellen, dass keinerlei Vorführung stattfand. Stattdessen wurde Rotief von den Zulu-Soldaten gefesselt und mit seinen Männern auf eine Brücke gebracht, wo alle zu Tode geprügelt wurden. Rotief musste die Ermordung jedes Mannes, auch die seines Sohnes, mitansehen, bevor er als allerletzter erschlagen wurde. Dingane metzelte daraufhin Rotiefs ganze Siedlung nieder, darunter Frauen, Kinder und viele Khoisan, die sich den Buren angeschlossen hatten.

Während sich die Buren weitgehend friedlich durch das südliche Afrika bewegt hatten, kämpften die Bantu-Stämme brutal und unnachgiebig gegen Fremde. Ihnen war es egal, ob sie dabei Weisse, Schwarze aus anderen Stämmen oder Khoisan ermordeten. ***(tk)***

ropäisch anmutenden Modellstaat entwickelt, der zur grössten Wirtschafts- und Militärmacht Afrikas wurde.

Südafrika war eines der wenigen Länder der Welt – und das einzige in Afrika – das in seiner Nahrungsmittelproduktion autark war und dazu noch grosse Mengen ausführen konnte. Im Gegensatz dazu bestand in den meisten afrikanischen Ländern ein chronischer Nahrungsmittelmangel, besonders an Mais, der Grundnahrung. Mindestens 12 afrikanische Staaten waren laut «Argus African News Service» so vollkommen abhängig von Südafrika, dass ein allumfassendes Wirtschaftsembargo gegen die Republik Südafrika deren totalen wirtschaftlichen Ruin bedeutet hätte. [2] Der bekannte britische Schriftsteller und Fachjournalist Paul Johnston schrieb [3] damals darüber, was passieren würde, wenn Südafrikas Wirtschaft durch Sanktionen zerstört würde: «[...] der Antriebsmotor des Wachstums – ja des Überlebens – auf dem Kontinent wäre ausser Aktion gesetzt, und sein Fall würde alle Länder des südlichen Afrikas mitreissen, wahrscheinlicher noch, alle Länder der Sub-Sahara-Zone. [...] Wir würden die Toten durch Verhungern nach Millionen zählen müssen.»

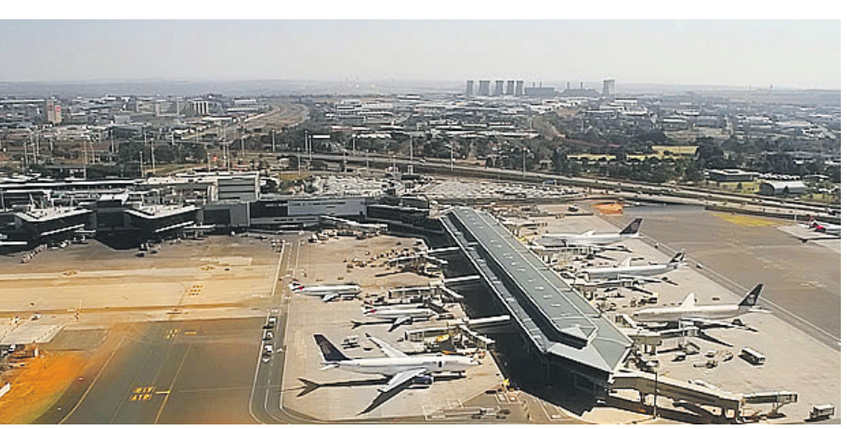
Die meisten Staatsoberhäupter Afrikas verfolgten «den weissen Riesen» am Kap der Guten Hoffnung mit neidischen Blicken, da Südafrika auf allen Gebieten eine Überlegenheit zeigte, von der sie nur träumen konnten. Einige Zahlen mögen das verdeutlichen:

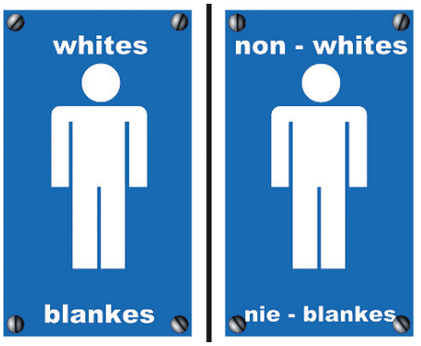
• Die Südafrikanische Republik beherbergte innerhalb ihrer Grenzen nur 6% der Gesamtbevölkerung Afrikas und besteht aus 4% seiner Gesamtfläche; trotzdem lieferte sie über 50% (1979) des gesamten Kraftstroms, hatte 74% aller elektrifizierten Bahnlinien, erwirtschaftete über 25% des gesamten Bruttosozialprodukts und besass 45% aller Telefone Afrikas. 70% aller Schullehrer der Oberstufen und 4 von 5 Ärzten im südlichen Afrika lebten in der Republik Südafrika.

• Südafrika produzierte mehr Energie als Italien, soviel Rohstahl wie Frankreich, mehr Getreide als Kanada, mehr Wolle als die Vereinigten Staaten, mehr Wein als Griechenland und mehr Fisch als Grossbritannien.

• Südafrika besass und unterhielt eine der wenigen hochkomplizierten Uran-Anreicherungsanlagen der Welt. Es baute der Welt grösste vollständige neue Hafenanlage in Richards Bay, sowie der Welt längste Spezial-Eisenbahnlinie, die 860 km lange Sishen-Saldanha Verbindung.

• Das Pro-Kopf-Einkommen[4] der gesamten Bevölkerung Südafrikas (einschliesslich der Schwarzen) betrug 1983





Als Apartheid wird die Periode der staatlich festgelegten Rassentrennung in Südafrika von 1948 bis 1994 bezeichnet. Sie beinhaltete Trennung von Weissen und Schwarzen im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Raum, wie auch etwa das Verbot des Betretens von öffentlichen Parkanlagen oder Badestränden und Schwimmbädern für Schwarze, separate Abteile in öffentlichen Verkehrsmitteln oder eigene Schulen. Diese Massnahmen der südafrikanischen Regierung wurden international von Politikern und Medien zurecht verurteilt.

Seite 9

2450 US-Dollar und war damit neun mal höher als das von Mosambik, vier mal höher als das von Sambia, über drei mal höher als das von Simbabwe und fast das Doppelte der ganzen südafrikanischen Region.

• Die südafrikanischen Nahrungsmittelexporte in andere afrikanische Länder überstiegen weit über eine Milliarde Dollar pro Jahr. Ohne diese Lebensmittellieferungen wären viele der Länder Hungersnöten ausgesetzt gewesen, die jene Regierungen instabiler gemacht hätten, als sie es sowieso schon waren.

Nach diesen Zeilen mag das «alte» Südafrika und sein Umgang mit der schwarzen Bevölkerung in einem etwas anderen Licht erscheinen. Es stellt sich die Frage, ob die Massenmedien, viele Kirchenorganisationen und Anti-Apartheidsgruppen damals ein objektives Bild der Situation wiedergaben und dieses Land eine derart weltweite Verdammung und Wirtschaftssanktionen verdient hatte.

Die holländischen Buren erreichen Südafrika:	1652
Die schwarzen Zulu erreichen Südafrika:	1709
Die schwarzen Tsonga erreichen Südafrika:	1800
Die schwarzen Xhosa erreichen Südafrika:	1811
Die Briten erreichen Südafrika:	1820
Die schwarzen Siswati erreichen Südafrika:	1839
Die schwarzen Tswana erreichen Südafrika:	1852

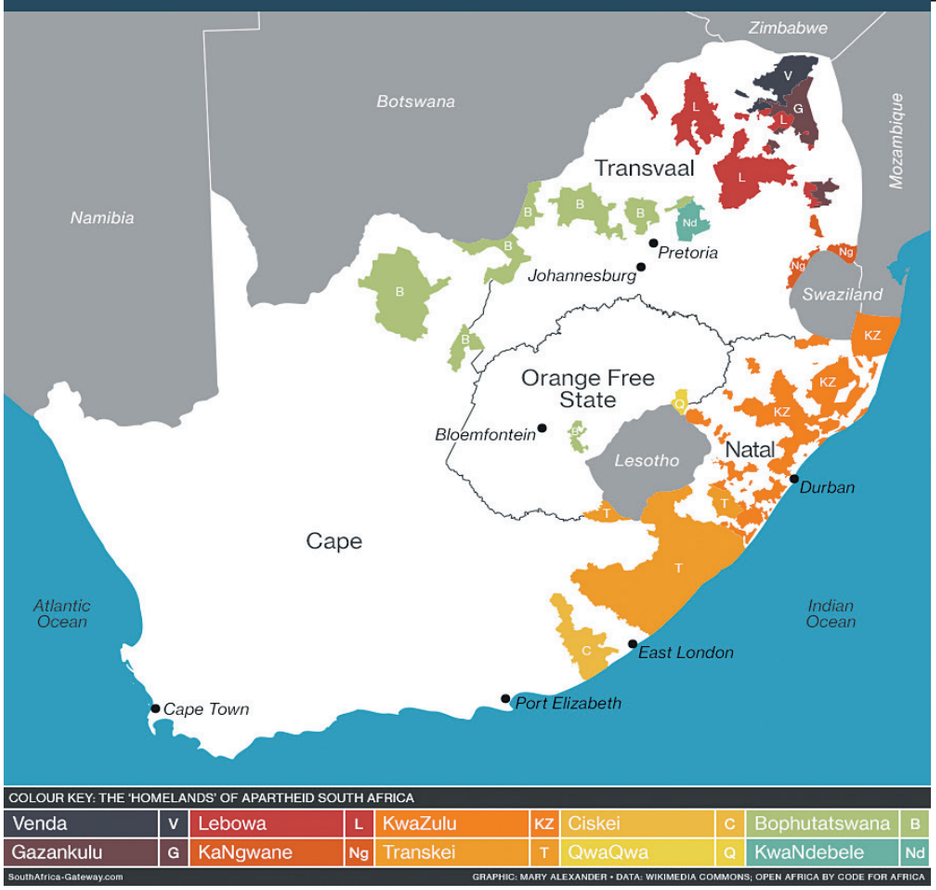
Warum wird heute in Südafrika die Verfassung geändert, um den Weissen ihr Land ohne Entschädigung wegzunehmen? Müssten die Buren nicht sogar eher das Land der Xhosa, Tsonga oder Tswana erhalten?

Das System der Apartheid

Der Hauptaufhänger der Mobilisierungskampagne gegen Südafrika war die Apartheid, d.h. in erster Linie die gesetzliche Trennung der Rassen und das fehlende Wahlrecht der Schwarzen bei nationalen Parlamentswahlen. Es wurde im Ausland meist übersehen, dass die neun schwarzen Völker innerhalb Südafrikas in ihrer Kultur, Sprache und Mentalität mindestens so unterschiedlich sind wie die Norweger und die Spanier, die Engländer und die Griechen, die Holländer und die Italiener. Es gibt in diesem Vielvölkerstaat mit 11 (!) off. Amtssprachen keine «schwarze Mehrheit», sondern nur neun grundverschiedene Völker, die dazu noch in 757 Stämme unterteilt sind.

Genau wie die europäischen Staaten leben die schwarzen Völker Südafrikas in ihren eigenen traditionellen Gebieten, jedes Volk «apart» (getrennt) von den anderen. Die Unterschiedlichkeit dieser Völker wird durch uralte Stammesfeindschaften unterstrichen, die früher oft zu blutigen Kämpfen führten, bei denen ganze Stämme ausgerottet wurden. So kamen noch Anfang 1986 bei einem Stammeskampf zwischen Zulus und Pondos 100 Männer ums Leben und es gab mehrere hundert Verletzte.

Südafrikas Provinzen und Homelands vor 1996



10 der grössten südafrikanischen Völker bekamen ihre eigenen Verwaltungsgebiete – sogenannte «Homelands» -, in denen sie vollkommen unabhängig und selbstbestimmt waren. Die weisse Regierung Südafrikas hielt sich aus der Politik der Homelands weitgehend heraus.

Jahr	Einwohner gesamt	Schwarze
1904[18]	5.174.000	3.490.000
1911[19]	5.973.000	4.019.000
1921[19]	6.929.000	4.698.000
1936[19]	9.590.000	6.597.000
1946[19]	11.416.000	7.831.000
1951[19]	12.671.000	8.560.000
1960[19]	15.841.000	10.808.000
1970[20]	22.780.000	16.090.000
1980[20]	29.200.000	21.170.000
1990[21]	37.532.000	28.258.000
1991[22]	38.445.400	29.062.500
1993[23]	40.308.000	30.740.700

Seit 1904 hat sich die schwarze Bevölkerung Südafrikas durch hohe Geburtenraten sowie westliche Errungenschaften der Medizin und Gesundheitsversorgung nahezu verzehnfacht.

Pieter Willem Botha war von 1978 bis 1984 Premierminister Südafrikas und Staatspräsident der Republik Südafrika von 1984 bis 1989. Er lockerte die Apartheidsgesetze in seiner Amtszeit, war bei der schwarzen Bevölkerung sehr beliebt und wurde trotzdem im Ausland von vielen als Unmensch und Rassist beschimpft.

Der zivilisierte Europäer mag sich kaum vorstellen, mit welch grausamen und primitiven Mitteln Schwarze gegen Schwarze kämpfen. Benutzt wird alles, was zur Vernichtung des Gegners zweckdienlich ist: Messer, Speere, Spitzhacken, Äxte, Holzkeulen, Sicheln und Fahrradspeichen sind einige der Instrumente, die die Polizei bei den verstümmelten Opfern einsammeln konnte. Die Schuld der Opfer bestand zumeist darin, dass sie dem anderen Stamm angehörten. Der schwarze Rassismus und die Stammesgegensätze sind zum Teil so ausgeprägt, dass die grossen Minengesellschaften ihre Arbeiter nur in Gruppen nach Stammeszugehörigkeit «unter Tage» gehen lassen.

Die südafrikanische Regierung war damals dem Wunsch einiger schwarzer Völker entgegengekommen – und machte es später zum Grundsatz ihrer Politik -, indem sie ihnen in ihren traditionellen Gebieten erst Eigenverantwortung und später völlige staatliche Unabhängigkeit gewährte. So wurden u.a. folgende vier Völker in die Unabhängigkeit entlassen: Transkei, Venda, Ciskei und Bophuthatswana (Homelands). Obwohl diese Länder grösser waren und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen hatten als viele UNO-Mitgliedsstaaten, wurden sie von der UN nicht anerkannt, weil diese Südafrika für dessen Politik verurteilt hatte.

Auch für das ständig bemängelte fehlende Wahlrecht der schwarzen Bürger gab es gute Gründe, denn wie will man in einer Demokratie zu sinnvollen Wahlergebnissen kommen, wenn die Wählerschaft aus einer Palette von Völkern und Kulturen besteht, die, angefangen bei Menschen, die gerade aus der Steinzeit kommen, über noch nomadisierende Stämme, bis zu europäischen Einwanderern des Atomzeitalters verläuft? War es vor diesem Hintergrund wirklich so abwegig und unverzeihlich, dass man den Weg der «getrennten Entwicklung» (Apartheid) der Völker als die beste Lösung der Probleme des Landes ansah?

Auch der allmähliche Abbau der Schwarzen-Diskriminierung wurde von der internationalen Hetzkampagne ignoriert: Von Anfang bis Mitte der Achtziger-Jahre wurden in Südafrika viele Veränderungen vorgenommen. Fast überall war die Rassentrennung abgeschafft: In der Eisenbahn (Sommer 1985), in den Kinos, im Sport. Es gab dieselbe Staatsangehörigkeit für alle (Herbst 1985). Das Mischehenverbot war aufgehoben (Frühling 1985). Schwarze bekamen das Recht auf freien Grundbesitz (Anfang 1986) und durften in zentralen Geschäftsbezirken Firmen aufmachen (1985). Die Schwarzen hatten eigene demokratische Regierungen in ihren Nationalstaaten (Homelands).

Der südafrikanische Staatspräsident Botha stellte irgendwann konsterniert fest: «Je mehr Reformen wir durchführen, umso mehr werden wir verdammt. Je weiter wir uns von der Apartheids-Ära entfernen, desto wütender wird die internationale Kampagne gegen uns. [...] Es ist, als ob unsere Kritiker es nicht wollen, dass wir ordentliche Reformen durchführen.» ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

Quellen:
1. «Die Afrikaner», 11.02.1987, zitiert in «Vox Africana» Nr.29 4/87
2. «South Africa, International Bone of Contention», 1979, Maskew Miller Ltd., Kapstadt
3. Bulletin, Vol.26, 4/86, S.56 (Africa Institute of South Africa, Pretoria)
4. Bulletin, Vol. 25, Nr.5/85,

Die Apartheid war und ist ein Gesellschaftssystem, welches auf Trennung und Diskriminierung beruht und von jedem fortschrittlichen und zivilisierten Rechtsstaat abzulehnen ist. Einige Bilder, welche uns über Südafrika zu dieser Zeit bis heute medial vermittelt werden, scheinen allerdings einer näheren Betrachtung würdig:

1. Die Apartheidsgesetzgebung Südafrikas bedeutete rassistische Unterdrückung, Ausbeutung der Schwarzen und war ein Verstoss gegen allgemeine Menschenrechte

Das afrikaanse Wort «Apartheid» bedeutet nicht mehr und nicht weniger als «Getrenntheit» oder «getrennte Entwicklung». Die Philosophie, die dieser Gesetzgebung zugrunde lag, basierte auf der Tatsache der völligen Verschiedenheit seiner multiethnischen Bevölkerung. Ein so unterschiedlicher Entwicklungsstand der verschiedenen schwarzen, weissen und Mischvölkern erforderte nach damaligem Verständnis zwangsläufig eine besondere Gesetzgebung, die als Schutz zur Erhaltung kultureller Eigenarten und – besonders bei den Schwarzen – zur Vermeidung ethnisch bedingter Auseinandersetzungen dienen sollte.

Als Eckpfeiler dieser Politik galten getrennte Wohngebiete, eigene Schulen und separate Einrichtungen wie Kinos, Theater, Toiletten, Parkanlagen, Hospitäler etc. (wobei viele dieser Regeln im Laufe der Zeit wieder abgeschafft wurden).

Das in unseren Köpfen fest verankerte Bild von Unterdrückung und Ausbeutung scheint schwierig zu begründen, wenn man bedenkt, dass die Schwarzen in Südafrika mehr Häuser, Autos, Geschäfte besassen und einen unvergleichbar höheren Lebensstandard hatten als die Schwarzen in anderen Regionen des afrikanischen Kontinents. Ihre Löhne waren drei- bis viermal höher als im restlichen Afrika. Dies war auch einer der Hauptgründe, weshalb in jedem Jahr viele tausende Schwarze aus den Nachbarländern versuchten, nach Südafrika einzuwandern.

Zudem ist die Apartheid nirgendwo stärker ausgeprägt als unter den schwarzen Stämmen selbst. Eine Zulufrau, die einen Tswana heiraten möchte – wozu die wenigsten allerdings geneigt wären –, würde von ihrem Stamm verstossen oder – ob der Schande – von eigenen Familienmitgliedern umgebracht werden.

Die Feindschaft unter den unterschiedlichen südafrikanischen Stämmen war lange Zeit deutlich ausgeprägter als die zwischen Schwarzen und Weissen.

Masseneinwanderung trotz angeblichem Rassismus

Foto: Artindo/shutterstock

Apartheid-Südafrika wurde auf der ganzen Welt als rassistisches Unrechtsregime stigmatisiert, während kurioserweise hunderttausende Schwarze aus dem ganzen afrikanischen Kontinent als Einwanderer oder Gastarbeiter in das Land strömten. Manche sehen hierbei Parallelen zu Europa und Deutschland: Wieso wandern Millionen Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa, obwohl der Kontinent laut allgegenwärtiger medialer Berichterstattung eine Hochburg der Rechten und Rassisten darstellt? Stellen - etwas überspitzt ausgedrückt - somit die weissen Europäer nicht genauso wie die weissen Südafrikaner eine Gefahr für Mitmenschen ausländischer Herkunft dar? Warum setzen sich die Migranten freiwillig diesem extremen Gewaltpotenzial der Weissen aus?

Anscheinend war und ist an dem Narrativ der rassistischen Weissen in der Realität doch deutlich weniger dran als von allen Seiten immerzu verlautbart wird. Der Massenansturm nach Apartheid-Südafrika oder heute in westliche Staaten scheint eher darauf hinzudeuten, dass sich die Immigranten bei den angeblich latent ausländerfeindlichen Weissen und in deren Sozialsystemen deutlich wohler fühlen als in ihren Heimatländern. ***(tk/ab)***

2. Südafrika war ein Polizeistaat

Auf tausend Menschen kamen in Südafrika 1,4 Polizisten. Im Gegensatz dazu waren es 2,2 Polizisten in Grossbritannien, 3,5 in Israel, 4,3 in New York und 10 in Moskau. Eine weitere Beschuldigung lautete, dass die südafrikanische Polizei politische Dissidenten ermorde und für Selbstmorde inhaftierter Personen verantwortlich sei. In den Jahren 1970–1980 starben in Südafrika 37 Häftlinge, die sich in Untersuchungshaft befanden. Im Vergleich dazu starben zum Beispiel in Wales und England 274 Untersuchungshäftlinge im selben Zeitraum.

3. Südafrika versuchte, seine Nachbarn «zu destabilisieren»

Immer wenn Südafrika in kleinen begrenzten Kommando-Unternehmen jenseits seiner Grenzen Terroristenbasen aushob, die von dort – oft mit Duldung der jeweiligen Regierungen – gegen Südafrika operierten und als Rückzugsbasen dienten, wurde das Land der «Destabilisierung» seiner Nachbarländer angeklagt, obwohl Südafrikas Handlungsweise sogar nach dem internationalen Völkerrecht durchaus zulässig war. Wenn Südafrika seine Nachbarn wirklich «destabilisieren» hätte wollen, bediente es sich dabei recht eigenartiger Strategien: Ohne die Nahrungsmittellieferungen aus Südafrika wären viele der Nachbarländer wohl grossen Hungersnöten ausgesetzt gewesen. Hinzu kam der südafrikanische Arbeitsmarkt für über zwei Millionen Gastarbeiter aus den Nachbarländern, deren Einkommen zu grossen Teilen in die Heimat überwiesen wurde.

4. Die Schwarzen in Südafrika haben die Weissen gehasst

Die Beziehungen zwischen Schwarz und Weiss waren in Südafrika besser als in Grossbritannien oder in den USA. Es war viel sicherer für einen Weissen, sich auf den Strassen Sowetos oder irgendeiner anderen schwarzen Stadt zu bewegen, als in Harlem, Watts, dem Zentrum von Detroit oder vielen anderen grossen US-Städten. Amerikanische Besucher Südafrikas waren oft überrascht, wie viele Schwarze sie auf den Strassen anlächelten.

Die grosse Masse der schwarzen Bevölkerung Südafrikas hatte an den Unruhen und Aufständen in den Jahrzehnten vor Mandelas Machtübernahme keinen Anteil. Was im Ausland oft verkannt wurde, war die Tatsache, dass es sich bei den «revolutionären Unruhen» zumeist um Machtkämpfe rivalisierender schwarzer Gruppen handelte, die zusätzlich von kriminellen Elementen ausgenutzt wurden. Die «Aufstände» richteten sich nicht gegen die Weissen, sondern gegen die schwarzen Mitbürger, was schon daraus hervorgeht, dass die Kämpfe ausschliesslich in schwarzen Wohngebieten stattfanden. Wenn weisse und schwarze Polizei zum Schutze der Bürger eingriff, entstanden Szenen, die im Ausland den Anschein erweckten, als herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen weissen und schwarzen Südafrikanern.

6. Die Weissen beuteten die Schwarzen auf üble Weise aus

Im Gegenteil. Eine Million weisser Steuerzahler, 200 000 Mischlinge und 200 000 Asiaten unterstützten 11 Millionen Schwarze mit ihren Steuern. Schwarze zahlten in Südafrika so gut wie keine Einkommenssteuern. Die Weissen subventionierten Unterbringung, medizinische Versorgung, Transportmittel und die Schulen der Schwarzen. **In den Jahrzehnten vor der Apartheid 1948 lag die durchschnittliche Lebenserwartung der schwarzen Bevölkerung bei ca. 38 Jahren. Im letzten Jahrzehnt der Apartheid-Ära lag sie bei 64 Jahren und stagniert seither.**

5. Es gab tausende von politischen Gefangenen in Südafrika

Was man politische Gefangene nannte, waren in Wirklichkeit kommunistische Terroristen und Revolutionäre, die daran arbeiteten, die südafrikanische Regierung zu stürzen (siehe S.15 ff.) 1983 gab es 127 solcher Gefangenen in Südafrika. Im Gegensatz dazu gab es in Nordirland mehr als 1500 politische Gefangene und viele Millionen in den Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion, Rotchinas, Kubas und anderer kommunistischer Länder.

Zudem sollten wir uns bewusst sein, dass in unseren westlichen Rechtsstaaten mit voller Unterstützung der Bevölkerung ebenfalls diejenigen Menschen weggesperrt werden, die durch Bombenanschläge, deren Planung oder sonstige revolutionäre Aktivitäten unsere Gesellschaftsordnung umzustürzen beabsichtigen.

Naiver Protest in London 1964 für die Freilassung angeblicher «politischer Gefangener» wie Nelson Mandela, die in Wahrheit zurecht inhaftierte, kommunistische Terroristen waren.

7. Der schwarzen Mehrheit wurde das Wahlrecht vorenthalten, nur die Weissen durften wählen

Erstmal gab es nie eine «schwarze Mehrheit», sondern neun völlig verschiedene schwarze Völker und hunderte von Stämmen, die fast alle miteinander verfeindet sind. Kein Xhosa, Vavenda oder Basutho will unter der Herrschaft der Zulu leben oder umgekehrt – das sorgt noch heute für Probleme. Demokratische Wahlen sind eine der Errungenschaften der jahrtausendealten kulturellen Entwicklung der westlichen Zivilisation, die in der autoritären Struktur afrikanischer Stammesverbände unüblich ist. Dort bestimmt der Häuptling und das Volk richtet sich danach. In den afrikanischen Ländern, wo jemals gewählt wurde, blieb der gewählte Präsident dann meistens für Jahrzehnte an der Macht. Im südafrikanischen 3-Parlamente-System hatten Weisse, Inder und Mischlinge das Wahlrecht. Die schwarzen Völker konnten in ihren jeweiligen autonomen Stammesgebieten wählen. Für die urbanisierten Schwarzen in den grossen Industriestädten suchte man ab Mitte der Achtziger nach neuen Möglichkeiten politischer Mitbestimmung. Abgelehnt wurde jedoch ein Wahlsystem, wie es in den homogenen Volksgemeinschaften in Europa möglich ist, weil dies in dem Vielvölkerstaat Südafrika zwangsläufig zur Alleinherrschaft der stärksten Gruppe und zur Unterdrückung sämtlicher anderer Völker geführt hätte, so wie es sich heute durch die Verfolgung und Ermordung weisser Farmer immer mehr abzeichnet.

Der Häuptling hatte in afrikanischen Stammesgesellschaften immer das Sagen. Demokratie war für die Bantu ein fremdes Konzept.

Foto: Reinhardth (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:King_Goodwill_Zwelithini.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Die demokratische Enteignung im Westen und in Südafrika

Die Linke, insbesondere der Nachwuchs bei den revolutionären Jungsozialisten, in Deutschland (und Europa) setzte sich schon früh dafür ein, die Masse der Ausländer im Land zu halten und sie als gleichgestellte Staatsbürger anzuerkennen. So ergab sich automatisch eine Symbiose zwischen Marxisten und Ausländern: Die Linken leugnen, relativieren oder entschuldigen die höhere Kriminalität und soziale Abhängigkeit der vor allem muslimischen Immigranten, was diese wiederum dazu bewegt, linke Parteien zu wählen, obwohl viele der islamischen Werte linken Gleicheits-, Feminismus- und Toleranzidealen diametral entgegenstehen. Da die Sozialisten für mehr Ausländer sind, entscheidet sich die Mehrheit der Ausländer für den Sozialismus. So wundert es nicht, dass Parteien wie die SPD und die Grünen immer wieder vorschlagen, auch Ausländer ohne deutschen Pass wählen zu lassen. Man schaffe sich das eigene Wahlvolk, wie sich einige Exponenten dieser Parteien schon des Öfteren hinter vorgehaltener Hand geäussert hätten.

In Deutschland, Europa oder Südafrika ergibt sich immer wieder das Problem, dass die Mehrheit der Nettosteuerzahler - also der eigentlichen Erzeuger des deutschen Wohlstands -, die wiederum nur eine Minderheit darstellen, in Wahlen konservativer abstimmen als die Gesamtheit der Bevölkerung. So wird die wohlstanderzeugende Minderheit auf demokratische Art und Weise von der Mehrheit, die eher sozialistische Parteien wählt, allmählich enteignet, was z.B. in Deutschland dazu führt, dass tausende Millionäre das Land verlassen. Vor diesem Hintergrund könnte auch das Apartheid-Wahlgesetz in Südafrika verstanden werden: Die weisse Minderheit erzeugte den meisten Wohlstand im Land, weshalb sie sich auch das Wahlrecht vorbehielt. Man war sich bewusst, dass ein nationales Wahlrecht für die schwarze Bevölkerung auf Dauer zu einer Enteignung der Weissen führen würde - so wie sie heute durch die Landenteignung (siehe S.53 ff.) tatsächlich auch stattfindet. ***(tk/ab)***

8. Die Weissen haben den Schwarzen ihr Land weggenommen und sie auf 13,7% des Landes abgeschoben

Historisch gehört Südafrika den weissen Siedlern, die es seit 1652 permanent besiedelt – im Unterschied zu erobert – haben. Sie haben das «Erstrecht» der Besiedelung und es gibt so gut wie kein Gebiet in Weiss-Südafrika, das den Schwarzen durch Eroberung abgenommen wurde. Genauso hatten die Schwarzen das Besitzrecht durch Erstbesiedelung ihrer «Homelands», in denen sie bis zu deren Abschaffung 1994 Autonomie ausübten. Historisch betrachtet gehören die Staaten Botswana, Lesotho und Swasiland ebenfalls zum südafrikanischen Territorium, wodurch den Schwarzen 50% - und nicht 13,7% - der Landmasse zufielen. Man muss ferner berücksichtigen, dass 70% Südafrikas unbewohnt ist, da es ausschliesslich aus Gebirge und Wüstensteppe besteht. Da sich die Schwarzen als Vieh-besitzende Völker in wasserreichen Gebieten angesiedelt hatten, lagen in deren autonom verwalteten bzw. unabhängigen Staaten (Homelands) einige der besten landwirtschaftlichen Gebiete des Subkontinents.

Foto: Kotenko Oleksandr/shutterstock

Der «Chiefminister» des Homelands Lebowa antwortete auf die Frage, ob es stimme, dass die Menschen in Lebowa in wertlose Gegenden abgeschoben worden seien: «Nein, das ist nicht wahr. Wir besitzen hier alle Rohstoffe mit Ausnahme von Diamanten und Rohöl. Wir haben alle anderen Mineralien. Was die Landwirtschaft betrifft, haben wir sehr reiche Teile der Republik Südafrika mit gutem Regenfall, gutem Boden. Ich glaube, unsere Viehhaltung gehört zu den besten, und unser Korn- und Maispotential ist ziemlich hoch. Diejenigen, die sagen, dass wir in trockene und öde Gegenden abgeschoben worden seien, beziehen sich nicht auf uns, sie müssen wohl andere meinen.» [1]

9. Südafrikanische Polizei und Militär «terrorisierten» die Schwarzen in den Townships (Wohnsiedlungen für die schwarze Bevölkerung, meist nahe der Städte)

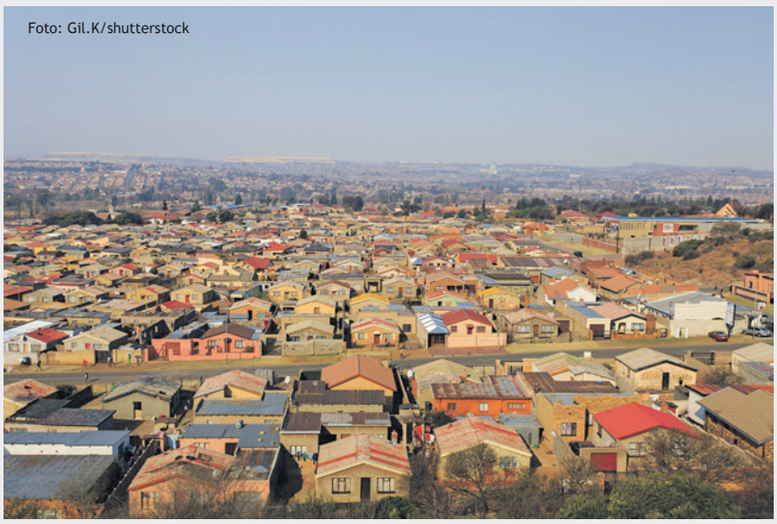


Foto: Gil.K/shutterstock

Das Township Soweto im Südwesten der Industriemetropole Johannesburg von oben.

Nachdem politisierte schwarze Gruppen innerhalb der Townships über 600 Morde – meistens auf die grausame Art der brennenden «Halskrause» (siehe S.19) – an sogenannten schwarzen «Kollaborateuren» begangen hatten und auch andere kriminelle Elemente diese Zustände ausnutzten, entschloss sich die Regierung, im Zuge des Ausnahmezustands und auf Druck schwarzer Stadträte, stärkere Sicherheitskräfte zum Schutz der schwarzen Bevölkerung einzusetzen. Militär und Polizei wurden von der überwiegenden Masse der schwarzen Bürger mit Erleichterung und Dankbarkeit, aber auch mit dem Vorwurf empfangen: «Warum kommt ihr erst jetzt? Es war höchste Zeit; es war ja nicht mehr zum Aushalten.» [2]

In einer Petition an den Polizeiminister baten über 1000 schwarze Bürger Sebokengs um verstärkten Polizeieinsatz in dem Township Johannesburgs. In einem Interview mit der Johannesburger Journalistin Aida Parker sagten Einwohner: «Jene Leute, die keine Polizei in den Townships haben wollen, müssen hier nicht leben und arbeiten. Wir brauchen Schutz vor krimineller Gewalt und Terrorismus. Es werden so viele Häuser überfallen und ausgeraubt, Frauen vergewaltigt, Hausbesitzer getötet und verletzt. Ob bei Tag oder Nacht, keiner ist mehr seines Lebens sicher. [...] Wir haben endgültig genug davon, terrorisiert zu werden.» [3] ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

Auch wenn die Apartheid in Südafrika nach diesen Erläuterungen in einem etwas anderen Licht erscheinen mag, war und ist diese Gesellschaftsordnung ein System der Trennung und Diskriminierung, die einer fortschrittlichen und zivilisierten Gesellschaft nicht würdig ist! Dass jedoch westliche Länder wie etwa die USA und England mit ihren Millionen getöteter Menschen in unzähligen Kriegen und innerstaatlichen Menschenrechtsverletzungen bis in die Gegenwart, oder Frankreich (Algerien, Indochina, uvm.) mit dem Moralfinger auf Südafrika zeigten, scheint an Heuchelei und Zynismus kaum übertreffbar!

Quellen:
1. «Die unchristliche Kampagne von Misereor gegen Südafrika», S.72, zitiert aus Deutschland-Magazin Nr.3/83 (Verlag Claus Peter Clausen)
2. «The Aida Parker Newsletter» Nr.45/1984 S.4, Johannesburg
3. «The Aida Parker Newsletter» Nr.48/1985, S.8, Johannesburg

Die kommunistische Terrororganisation

> «Wir Mitglieder der Kommunistischen Partei sind die am meisten fortgeschrittenen Revolutionäre der modernen Geschichte [...] Der Feind muss zuerst vollkommen zerschmettert und vom Erdboden ausgerottet werden, bevor die kommunistische Welt verwirklicht werden kann.»
>
> *Nelson Mandela*

Die ANC-Anführer Winnie Mandela (links), Nelson Mandela (Mitte) und Joe Slovo (rechts) beim ersten öffentlichen Treffen der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) 1990, nachdem das 1950 erlassene Verbot der SACP in Südafrika aufgehoben worden war. Mandela und Slovo waren vor der Gründung des ANC Mitglieder der SACP gewesen.

«African National Congress» (ANC)

Schon Jahrzehnte vor Mandelas Machtübernahme wurde der ANC («African National Congress») zu einer Befreiungsbewegung hochstilisiert, deren selbstloses Ziel es angeblich war, Frieden und Gerechtigkeit für alle und ein neues demokratisches System in Südafrika einzuführen. Die Gewalttätigkeiten und Terrorakte dieser Organisation wurden einer ahnungslosen Weltöffentlichkeit als die verzweifelten Schritte einer Gruppe idealistischer schwarzer Nationalisten vorgestellt, die keinen anderen Ausweg aus der Unterdrückung des «unmenschlichen Apartheidsystems» mehr sahen. Ihr zu Zuchthaus verurteilter Führer, Nelson Mandela, wurde als Märtyrer dargestellt, der stellvertretend für seine schwarzen Landsleute das Kreuz der Befreiung trug, um sein Volk zu erlösen. Der Friedensnobelpreis 1987 wäre ihm sicher gewesen, hätte nicht der südafrikanische Erzbischof Tutu wenige Jahre zuvor diese Auszeichnung bereits erhalten.

Die Führer des ANC wurden von hohen westlichen Regierungsvertretern in einer Weise empfangen, als habe es sich um eine respektable, pro-westliche Exilregierung gehandelt, die von den schwarzen Massen Südafrikas sehnsüchtig als Befreierin erwartet wurde und deshalb die Unterstützung des Westens verdiente.

Die Geschichte des ANC

Anfänglich handelte es sich beim ANC in der Tat um einen lockeren Zusammenschluss nationalistisch-gesinnter Kräfte, die nach bürgerlicher Gleichheit und politischen Rechten strebten. Kommunisten spielten im «Südafrikanischen Nationalen Eingeborenenkongress», wie sich die Organisation bei der Gründung nannte, noch keine Rolle, da es zu jener Zeit in Südafrika ausschliesslich Kommunisten weisser Hautfarbe gab. Mit Unterstützung Moskaus gründeten diese 1921 in Kapstadt die Kommunistische Partei Südafrikas (KPSA) und streckten sogleich ihre Fühler zum Eingeborenenkongress aus. Ihr Ziel war der Aufbau einer «Vereinigten Befreiungsfront» mit Hilfe der schwarzen Massen und unter Führung der Kommunistischen Parteien.

Wenngleich der ANC zunächst keine besondere Sympathie für den Bolschewismus und die Parteigänger Moskaus in Südafrika erkennen liess, so änderte sich diese Haltung Mitte der Zwanziger-Jahre langsam. In seinem Bericht an die Jahreskonferenz des ANC im Juni 1927 fand ANC-Präsident Gumede bereits ausgesprochen freundliche Worte für die Kommunisten: «Von allen politischen Parteien ist die Kommunistische Partei die einzige, die ehrlich und aufrichtig gegen die Unterdrückung kämpft.»[1]

Bis etwa Mitte der Vierziger-Jahre fristete der ANC ein Schattendasein, wobei pro- und antikommunistische Kräfte innerhalb der Organisation sich die Macht streitig machten. Der Durchbruch für die Kommunisten kam erst im Jahr 1946, als sie zusammen mit den ANC einen Streik von 70 000 afrikanischen Bergarbeitern anzettelten. Der Vorsitzende der afrikanischen Bergarbeitergewerkschaft war der Kommunist J. B. Marks, der seit 1945 auch dem Führungsgremium des Afrikanischen Nationalkongresses angehörte. KPSA und ANC koordinierten fortan in zunehmendem Masse ihre Aktivitä-

➔

Seite 15

ten. Wie das kommunistische Parteiblatt «The African Communist» Nr. 87, 4. Quartal 1981, mitteilte, kam «der ideologische Durchbruch 1948 durch die militanten Führer der ANC-Jugendliga, geführt von Männern wie Tambo (Anm.: in den Achtzigern Exil-Präsident des ANC), Sisulu und Mandela und unterstützt von leitenden Kommunisten in der ANC-Führung, wie Kotane und Moftsanya».

Die Nationale Partei, die 1948 die Wahlen gewonnen hatte, war jedoch fest entschlossen, dem kommunistischen Treiben in Südafrika ein Ende zu setzen. 1950 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus («Suppression of Communism Act»). Es untersagte kommunistische Aktivitäten jeglicher Art. Die Kommunisten setzten daraufhin ihre Tätigkeiten im Untergrund fort. Von 1949 bis 1952 versuchte der ANC alle Schwarzen in einer Massenbewegung zu mobilisieren und strebte einen Zusammenschluss mit den indischen und Mischlingsoppositionsgruppen an. Am 26. Juni 1955 kam es in Kliptown in der Nähe von Johannesburg zu einem «Volkskongress», bei dem sich der Kongress der südafrikanischen Inder (SAIC), die Volksorganisation der südafrikanischen Mischlinge (SACPC) und der von den weissen Kommunisten gebildete Kongress der Demokraten (COD) sowie der Südafrikanische Kongress der Gewerkschaften (SACTU) mit dem ANC vereinten. Alle fünf Mitglieder der «Kongressallianz» wurden mehr oder minder kommunistisch gesteuert. «COD und SACTU waren eigens geschaffen worden, um in diesem abgekarteten Spiel mitzuspielen», schreibt Henning von Löwis of Menar. (2) «Unter den 15 Mitgliedern der ersten COD-Exekutive befanden sich wenigstens 9 Kommunisten. Präsident der Organisation war der Kommunist Abram Fischer.» Joe Slovo, ein weisser Jude baltischer Abstammung, war in den Fünfzigern der Vorsitzende der ab 1950 verbotenen Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees des ANC, Oberst des russischen KGB und Mitglied des Führungsstabes des militärischen Flügels des ANC.

Die «Freiheits-Charta»

Mit der Zeit gelangten immer mehr Kommunisten in die zentrale Exekutive des ANC, der führenden Organisation innerhalb der Allianz. Der Standort des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU) war nicht minder eindeutig. Die Organisation schloss sich später dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund an. (3) Weitere kommunistische Frontorganisationen, die sich der Kongressallianz anschlossen, waren die Föderation Südafrikanischer Frauen (FSAW) und der Südafrikanische Friedensrat (SAPC). Die in Kliptown erarbeitete «Freiheits-Charta», die das Ende der Apartheid forderte, wurde zum offiziellen Programm der Kongressallianz und galt bis 1994 als richtungsweisend für die «demokratische Zukunft» Südafrikas. Der später in Soweto ermordete Bartholomeus Hlapane sagte vor dem amerikanischen Untersuchungsausschuss aus: «Ich erfuhr über das Dokument (Freiheits-Charta), dass es auf Anweisung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei endgültig angenommen wurde.»

Die Verbindung zwischen ANC und SACP hatte sich in den Achtzigern zu einer festen Allianz entwickelt. Im Juni 1985 bestand das nationale Exekutivkomitee des ANC, wie es sich auf seiner Zweiten Beratenden Konferenz in Kabwe, Sambia, vorstellte, aus 30 Personen, wovon mindestens 23 bekannte Kommunisten und/oder aktive Unterstützer der Kommunistischen Partei waren.

Der vom KGB ausgebildete Joe Slovo (links) war Doppelmitglied des ANC und der kommunistischen Partei Südafrikas.

SACP

Die Verbindung zwischen ANC und der kommunistischen SACP hatte sich in den Achtzigern zu einer festen Allianz entwickelt.

Das «Massaker» von Sharpeville

1960 kam es zu einer Spaltung im ANC, der inzwischen ganz ins Fahrwasser der Südafrikanischen Kommunistischen Partei abgeglitten war. Dem schwarzen Radikal-Sozialisten Sobukwe erschien der ANC nicht militant genug und zu sehr von weissen Kommunisten geprägt. Er suchte die verschärfte Konfrontation mit Weiss-Südafrika und gründete 1959 den «Pan-Afrikanischen Kongress» (PAC). Sodann rief er die schwarzen Massen auf, gegen die Passgesetze zu verstossen, die es ihnen nur erlaubten, in Gegenden zu wohnen, wo sie Unterkunft und Arbeit hatten. Er forderte sie auf, ihre Pässe zu verbrennen und vor Polizeistationen zu «demonstrieren».

«Bei einer solchen Aktion fanden (1960) in Sharpeville 69 Demonstranten den Tod. Sharpeville wurde zum Synonym für die Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika. Die Tatsache, dass PAC-Führer Robert Sobukwe die ‚Schlüsselfigur des Desasters von Sharpeville' war, wie Spiegel-Redakteur Erich Wiedemann betont, übersah man geflissentlich», schrieb damals Henning von Löwis of Menar in seiner Schrift «Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) – Moskaus Speerspitze gegen Südafrika» (Deutsche Afrika-Stiftung, Heft 40). Das «Massaker» von Sharpeville wurde seither zum Angelpunkt anti-südafrikanischer Agitation. Die linke südafrikanische Presse und ausländische Korrespondenten verschwendeten keine Zeit mit der Suche nach den Hintergründen der Tragödie. Die Pressemeldungen, die der Aussenwelt vorgesetzt wurden, liessen Sharpeville in einem Licht erscheinen, das keine Zweifel aufkommen liess, wen man als die Hauptschuldigen ansah: Eine brutale Polizei, die harmlose, unbewaffnete Schwarze erschoss, während diese friedlich gegen ungerechte Passgesetze demonstrierten; schiessfreudige Sadisten, die die Gelegenheit nutzten, so viele Schwarze wie möglich zu ermorden, so der mediale Tenor.

Das sogenannte «Massaker von Sharpeville» ereignete sich am 21. März 1960 und gilt als ein Wendepunkt in der Geschichte Südafrikas. Seitdem wurde die südafrikanische Regierung international immer mehr zum Feindbild. Der UN-Weltsicherheitsrat verabschiedete am 1. April 1960 die Resolution 134, die das Vorgehen scharf verurteilte und ein Ende der Apartheid verlangte. Auch der ANC und andere Apartheidsgegner im Inneren radikalisierten sich nach den Ereignissen.

Dass die Polizei bei dieser hohen Opferzahl nicht von jeder Schuld freigesprochen werden soll, versteht sich von selbst. Dennoch wurde der Blickwinkel der Polizei auf die Tragödie sowie die Hintergründe und Vorgeschichte des «Massakers» medial kaum beleuchtet und so entstand für die Weltöffentlichkeit ein sehr einseitiges Bild der Ereignisse. Die Journalistin Aida Parker beleuchtete die Geschehnisse in ihrem «Newsletter» Nr. 49 vom 29. Januar 1985 aus einer Perspektive, die den meisten westlichen Medienkonsumenten so nicht präsentiert wurde. Wir haben ihre Version der Ereignisse auf Seite 44 f. zusammengefasst.

Umsturz mit Gewalt

In Europa und Amerika wurde der «Afrikanische Nationalkongress» (ANC) gerne als pro-westliche «Befreiungsbewegung» hingestellt, deren ehrenwertes Ziel die Abschaffung der Apartheid und der Kampf um mehr Menschenrechte war. Im Deutschen Fernsehen wurde der damals zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte kommunistische ANC-Terrorist Nelson Mandela manchmal sogar als «der südafrikanische Oppositionspolitiker» bezeichnet, dessen Freilassung von Bundeskanzler Kohl, Premierministerin Thatcher und anderen westlichen Regierungen «gefordert» wurde. Laut einer Mitteilung der englischen Zeitung «Sunday Express» wäre sogar die Freilassung Mandelas der Preis, den Pretoria zahlen müsste, falls man auf den Besuch von Frau Thatcher Wert legen würde – das hätten britische Diplomaten verlauten lassen. «Sie (Frau Thatcher) glaubt, dass die Freilassung dieses Mannes, der seit über 20 Jahren im Gefängnis schmachtet, einen mässigenden Einfluss hätte und die Drohung eines blutigen Konfliktes abwenden würde», schrieb die Zeitung. («The Citizen», 11.1.1988)

Diese Aussage war absurd und stellte die Realität in Südafrika völlig auf den Kopf. Vielleicht hätte Südafrika im Gegenzug die Freilassung der Baader-Meinhof-Bande oder des IRA-Terroristenführers Patrick Magee verlangen sollen, damit diese ihren «mässigendem Einfluss» in Deutschland und Grossbritannien unter Beweis hätten stellen können.

1974 ernannte die UNO den ANC formell zum «authentischen Repräsentanten der überwiegenden Mehrheit der Völker Südafrikas». Dabei richtete die UNO sich bei ihren einseitigen Aussagen nicht etwa nach so banalen Dingen wie einer Volksabstimmung, sondern ausschliesslich nach der Zweckmässigkeit einer neuen Regierung innerhalb ihrer angestrebten sozialistischen «Neuen Weltordnung». Neben politischer und moralischer Unterstützung für den ANC schleuste sie ihm 1984 auch materielle Unterstützung in Höhe von 20 Millionen US-Dollar zu. Desgleichen erhielt der ANC massive Beihilfen von der Sowjetunion, deren Verbündeten und Frontorganisationen sowie dem sowjetischen Weltfriedensrat. Mit dieser Hilfe konnte er seinen bewaffneten

Aufhetzung gegen Polizei und Heimatbevölkerung

Immer wieder wird Immigranten im Westen – insbesondere der schwarzen Bevölkerung der USA - in den Medien vermittelt, sie hätten unter besonderem Rassismus und Polizeigewalt durch weisse Polizisten zu leiden. Die Zahlen in den USA sprechen jedoch eine andere Sprache als das mediale Narrativ: Schwarze und Weisse sind statistisch im gleichen Masse Polizeigewalt ausgesetzt- zumindest, wenn man die höhere Kriminalität der schwarzen Bevölkerung miteinbezieht. Die Meinungsführer der afro-amerikanischen Gemeinde hielt das aber nicht davon ab, die schwarzen Bürger verschiedener Städte gegen die weisse Bevölkerung aufzustacheln. Die Folge waren gewalttätige Ausschreitungen ohne Bezug zur Realität.

In Deutschland wurde indessen ohne entsprechende Beweise von «Hetzjagden» gegen Ausländer in Chemnitz berichtet, was zu riesigen Veranstaltungen «gegen Rechts» führte. So bringt man ein Land zum Brodeln und treibt politisch aufgeheizte Lager aufeinander. Nach dem gleichen Muster passierte dies auch in Apartheid-Südafrika, wo die meist rechtmässige Bekämpfung brutaler Ausschreitungen politisierter schwarzer Gruppen innerhalb der Townships als illegitime Polizeigewalt verteufelt wurde. Die vielbeschworene, doch tausendfach widerlegte Behauptung, die schwarze US-Bevölkerung sei systematischer Unterdrückung durch Weisse ausgesetzt und allein der weisse Rassismus sei für die Armut und Verwahrlosung der Afroamerikaner verantwortlich, fällt wie in Südafrika zunehmend auf fruchtbaren Boden.

Diese über Jahrzehnte medial und politisch gezüchtete Feindschaft gegenüber der weissen Bevölkerung, die mit einer Art Opfer-Haltung und ansteigender Ablehnung von Eigenverantwortung einhergeht, ist ein mehr als explosiver Zündstoff für weitere Konflikte. ***(tk)***

Der ANC zeigte die gleiche Radikalität und benutzte dieselben Methoden wie die «Rote Armee Fraktion» in Deutschland, die «Roten Brigaden» in Italien oder die «Irish Republican Army» in Irland. Trotzdem wurde der ANC im Westen als legitime Oppositionsgruppe gegen ein repressives Regime unterstützt.

Seite 17

Kampf wieder aufnehmen. Gezielte Terrorakte mit Sprengbomben in Südafrikas grossen Städten folgten, darunter auch die Autobombenexplosion 1983 in Pretoria, bei der 19 Südafrikaner aller Ethnien getötet und viele andere verstümmelt wurden – hauptsächlich Staatsangestellte.

Auf der Zweiten Beratenden Konferenz in Kabwe, Sambia, im Juni 1985, bestätigte ANC-Präsident Oliver Tambo die Politik seiner Organisation «in der unterschiedslosen Anwendung von Gewalt» zur Erreichung ihrer Ziele. Die Konferenz wurde als «Kriegsrat» beschrieben und die Führung kündigte an, «in Zukunft» bei Sabotageakten keine Unterschiede mehr zwischen Zivil- und Regierungsstellen zu machen. **In den Worten Tambos: «Die Unterschiede zwischen ‚weichen' (Zivilpersonen) und ‚harten' (Regierungsinstitutionen) Zielen müssen in einer intensivierten Konfrontation, in einem eskalierenden Konflikt verschwinden.»** [4]

Seine Worte wurden kurz darauf in die Tat umgesetzt. Eine Reihe von Landminenexplosionen in ländlichen Gebieten, denen hauptsächlich schwarze Farmarbeiter zum Opfer fielen, folgte. Eine Bombenexplosion in einem belebten Einkaufszentrum in Amanzimtoti, Natal, kurz vor Weihnachten 1985, tötete vier Menschen, darunter ein vierjähriges Mädchen. Weitere willkürliche Bombenanschläge folgten in mehreren Städten Südafrikas.

Am 4. Mai 1986 rief der offizielle Radiodienst des ANC in Afrika, «Radio Freiheit», zum Massenmord auf: «Lasst uns unsere Waffen nehmen, [...] unsere ‚Halskrausen', unsere Granaten, unsere Maschinengewehre, unsere AK-47er, unsere Haftminen und alles was wir kriegen können; – lasst uns die ‚Vigilantes'(Anm.: antikommunistische schwarze Oppositionsgruppen) bekämpfen, [...] zusammen mit dem Apartheidsregime, zusammen mit der Polizei und der Armee.» Vorher schon, am 20. Januar 1985, hatte «Radio Freiheit» zufrieden festgestellt, welche Ziele des ANC erreicht worden seien: «Marionetten (Anm.: Ausdruck für freigewählte schwarze Stadträte) wurden getötet, ihre Häuser abgebrannt, viele wurden gezwungen, von ihrem Amt zurückzutreten.» Am 7.Oktober 1985 strahlte der Sender aus Simbabwe die folgende Meldung aus: «Die Strategie des Verbrennens von Verrätern («Halskrausenmorde», siehe S.19) hat sich scheinbar gut ausgezahlt.»

Ein Sprecher des ANC, Tim Ngubane, konnte am 10. Oktober 1985 in der kalifornischen Staatsuniversität ungeschoren die folgende Aussage machen: «Wir wollen den Tod eines Kollaborateurs so grotesk machen, dass es keiner mehr wagen wird, mit der Obrigkeit zusammenzuarbeiten.» Am 6.Mai 1985 rief das Nationale Exekutivkomitee des ANC über «Radio Freiheit» in Addis Abeba zum Mord an schwarzen Staatsangestellten auf: «Unsere Leitmotive sollen sein: Vereint in Massenaktionen [...] Konfrontation des Feindes an allen Fronten [...] Unregierbarmachung des Landes – Polizei und Soldaten müssen Hinterhalte gelegt werden [...] mit dem Ziel, ihnen die Waffen abzunehmen. Unsere Leute müssen Bomben und Brandbomben aus örtlich erhaltbarem Material zu Hause anfertigen. Wir müssen, wann immer möglich, Waffen kaufen. Wenn unsere Leute so bewaffnet sind, müssen sie Kollaborateure und feindliche Agenten ausfindig machen und mit ihnen abrechnen. Kollaborateure, die in den Gemeinderäten tätig sind, Informanten, Polizisten, Kriminalpolizei, Armeeangehörige, alle, die unter uns leben, müssen getötet werden. Die Volksfront muss den bewaffneten Kampf unterstützen und den Feind an der Wirtschaftsfront angreifen, Sabotageanschläge ausführen gegen Firmen und Industrien, die durch das Regime reich werden.» [5]

Von dieser ferngesteuerten Moskauer Terrororganisation behauptete das britische Kabinettsmitglied, Frau Lynda Chalker, Ministerin für Afrikanische Angelegenheiten, nach einem Treffen mit ANC-Präsident Oliver Tambo, dass der ANC «nicht mehr Gewalt befürworte, als irgendwer sonst». [5]

Bilder nach dem Bombenanschlag des ANC auf ein Einkaufszentrum Amanzimtoti 1985. Vier Menschen starben – darunter ein vierjähriges Mädchen.

Winnie Mandela und die «Halskrause»

Am 13. April 1986 schockierte Winnie Mandela, die Frau des damals noch inhaftierten ANC-Kommunisten Nelson Mandela, die Welt mit den Worten: «Mit unseren Streichholzschachteln und ‚Halskrausen' werden wir dieses Land befreien.» Der Präsident der Sozialistischen Internationale und ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt liess es sich nicht nehmen, die honorige Dame zwei Tage später in der Residenz des deutschen Botschafters in Pretoria zum Abendessen zu empfangen. In einem Interview mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS sagte «die zukünftige First Lady», die Sowjetunion sei der wahre Verbündete aller unterdrückten Völker, und sie bedankte sich für deren brüderliche Solidarität mit dem Salut:

Die Bomben von Mandelas ANC

Nachdem Mandela 1962 verhaftet wurde, liess der terroristische Flügel der ANC («Speer der Nation» oder MK) Bomben an öffentlichen Plätzen explodieren – was Mandela aus seiner Gefängniszelle weiter befürwortete. Hier eine (unvollständige) Liste der Anschläge in den Achtziger-Jahren:

1983 Bombenattacke in Pretoria mit 19 Toten (Church Street Bombing)
1984 Autobombe in Durban mit 5 Toten und 27 Verletzten
1985-1987 Mindestens 150 Landminen (125 Tote)
1985 Bombenanschlag in Amanzimtoti mit 4 Toten
1986 Bombe in einer Strandbar in Durban, 3 Tote und 69 Verwundete
1987 Bombenanschlag auf ein Gericht in Johannesburg, 3 Tote und 15 Verletzte
1987 Autobombe in Johannesburg, ein Toter
1988 Bombe in einer Bank in Roodepoort, 4 Tote, 18 Verwundete
1988 Anschlag auf ein Gericht, 3 Tote
1988 Autobombe bei Wimpy-Restaurant in Benoni mit 2 Toten und 56 Verletzten
1988 Bombe im Witbank-Einkaufszentrum, 2 Tote und 42 Verwundete
1988 Autobombe am Ellis Park Rugby Stadion mit 2 Toten und 37 Verletzen

Bombenanschlag in Pretoria 1983.

«Die Sowjetunion macht unsere Träume wahr!» Im Juni 1986 wurde Frau Mandela als Geschenk der Bundesregierung ein VW-Bus überreicht: für ihre «sozialen Aktivitäten und Wohlfahrtsprojekte». [6]

Winnie Mandela wurde den Zeitungslesern des Westens schon als die kommende «First Lady» und «Mutter der Nation» vorgestellt. Wie die «Befreiung» der Schwarzen Südafrikas à la Winnie Mandela und des ANC aussah, mag die Methode des «Halskrausen»-Mordes verdeutlichen, mit der über 600 unschuldige Schwarze umgebracht wurden:

1. Dem vor Todesangst zitternden Opfer wurden bei lebendigem Leibe die Hände abgehackt, damit es sich nicht mehr wehren konnte. Im mildesten Falle wurden die Hände mit Stacheldraht zusammengeschnürt.

2. Ein alter Autoreifen wurde dem Opfer über die Schulter gestreift und mit Benzin oder Diesel getränkt. Diesel war beliebter, da es länger brennend auf der Haut haftet.

3. Der Treibstoff wurde mit Streichhölzern entzündet. Wenn dem Opfer die Hände noch nicht abgehackt wurden, wurde es unter schlimmster Folter dazu gebracht, seine Halskrause selbst in Brand zu setzen.

4. Der Treibstoff entzündete den Reifen, der in kürzester Zeit eine Temperatur von 400–500 Grad Celsius erreichte.

5. Der brennende Reifen qualmte heftig. Die entstehenden Kohlenstoffgase erreichten eine Temperatur von 300 Grad Celsius. Beim Einatmen zerstörten sie das Luftröhren- und Lungengewebe des Opfers.

6. Der schmelzende Gummi des Autoreifens lief am Hals und Körper des Opfers herunter und brannte immer tiefer in das Fleisch ein. Der Reifen konnte nicht mehr gelöscht werden. Wasser ist dafür ungeeignet. Das Opfer wurde zum brennenden Leichnam.

7. Bis zum Eintritt des Todes konnten 20 Minuten vergehen. Während sich das Opfer vor Schmerzen wendete und schrie, standen Frau Mandelas Mördergenossen daneben, lachten und amüsierten sich. Familienmitglieder des Opfers versuchten häufig dem Verbrennenden zu helfen. Aber die Mörder wussten, dass das nicht mehr möglich war. Der geschmolzene Gummi glich kochendem Teer und konnte vom verbrannten Fleisch nicht mehr getrennt werden. [7]

➔

«Mit unseren Streichholzschachteln und ‚Halskrausen' werden wir dieses Land befreien!»
Winnie Mandela

1986 besuchte der Sozialist Willy Brandt Südafrika und empfing die brutale Terroristin Winnie Mandela in der Residenz des deutschen Botschafters, um ihr seinen Beistand zu bekunden.

Seite 19

Winnie Mandela wurde u.a. auch dafür schuldig gesprochen, einen 14jährigen Jungen, den sie als Kollaborateur ansah, getötet zu haben. Das ist die Frau, die der Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela heiratete.

Nelson Mandela

Natürlich muss noch auf eine Person eingegangen werden, die mit dem ANC untrennbar verbunden ist und die in den Achtzigern von westlichen Medien den Glorienschein eines zukünftigen Staatsoberhauptes der Republik Südafrika bekam, was letztendlich auch eintraf. Es ist Nelson Mandela, der kommunistische Führer des ANC. Er wurde 1962 wegen Sabotage und Hochverrats zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Regierung hatte dem in den Achtzigern schon 70-jährigen die Freilassung in Aussicht gestellt, wenn er zukünftig der Gewalt abschwöre und keine kommunistischen Agitationen mehr betreibe. Dazu war Mandela jedoch nicht bereit. 1961 wurde die Organisation «Speer der Nation» (Abkürzung MK) von Nelson Mandela mitbegründet, der damals noch Mitglied der Kommunistischen Partei Südafrikas war. Der MK

Foto: South Africa The Good News/ www.sagoodnews.co.za

war der bewaffnete Flügel der Partei «African National Congress» (ANC), die heute das Land regiert. Der MK stellte sich der Weltöffentlichkeit kurz nach seiner Gründung mit 57 Bombenanschlägen an einem Tag vor. Später wurde Nelson Mandela für diese terroristischen Anschläge verhaftet und verbrachte die nächsten 27 Jahre im Gefängnis.

Laut einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes (epd) besass Mandela «die überwältigende Unterstützung aller schwarzen Südafrikaner». [8] Die Tatsachen sahen allerdings vollkommen anders aus, wenn man nach den Ergebnissen der Schwarzen-Zeitung «The Sowetan» geht. Die Zeitung hatte in den Achtzigern eine Unterschriftkampagne zur Freilassung Mandelas unter 17 Millionen schwarzen Südafrikanern gestartet. Als Gesamtergebnis erhielt sie 600 000 Unterschriften, d.h. 3,5% der schwarzen Bevölkerung waren für Mandelas Freilassung, trotz massiver Medienpropaganda für ihn. [9]

Über eine andere Abstimmung in der schwarzen Millionenstadt Soweto bei Johannesburg schrieb «Vox Africana» Nr. 30, Juni 1987: «Zur Zeit der weissen Parlamentswahlen in Südafrika lief in Soweto [...] eine grossangelegte ‚alternative' Parlamentswahl. Monatelang warb die grösste von Schwarzen produzierte Tageszeitung, der ‚Sowetan', für diese allgemeine Testwahl, in der jeder Schwarze bis zu 10 beliebige Persönlichkeiten benennen könnte, denen er die Führung der Staatsgeschäfte in einem demokratischen Südafrika anvertrauen wollte. In regelmässigen Abständen erinnerte die Zeitung ihre Leserschaft an die Aktion, die zu einer machtvollen Demonstration der schwarzen Massen für die Führerschaft ihrer Wahl zu werden versprach. Am 7. Mai 1987 wurden dann die Ergebnisse bekanntgegeben. Sie waren überaus mager. In einem säuerlichen Kommentar stellte der ‚Sowetan' fest, das Interesse der Leserschaft an dieser Demokratieübung sei ‚nicht gerade überwältigend' gewesen. Tatsächlich hat die Alternativwahl einen Mythos in Frage gestellt. Nelson Mandela, der in vielen Kreisen als der prominenteste Häftling aller Zeiten, als das schon fast universale Symbol des schwarzen Strebens nach Freiheit angesehen wird, den selbst der Friedensnobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu seinen ‚Führer' nennt, bekam von seinen schwarzen Landsleuten in Südafrika genau 838 Stimmen.»

Die Terrororganisation «Speer der Nation» war der bewaffnete Arm des ANC und wurde von Nelson Mandela mitbegründet.

Jede demokratische, abendländische Regierung hätte Mandela ebenso ins Gefängnis gesperrt wie die südafrikanische!

Das Problem der radikalen Führer war, dass die grosse Masse der Schwarzen einem revolutionären Aufstand ablehnend gegenüberstand – wohl auch deshalb, weil sie die Ergebnisse «erfolgreicher Revolutionen» in den Nachbarländern kannten, aus denen Ströme verzweifelter und verhungernder Menschen nach Südafrika flohen. Dass in London etwa zur gleichen Zeit sogar der Stadtrat eine Mandela-Statue am Themse-Ufer einweihte, war ein einzigartiger Triumph der Desinformationspolitik der Sowjetunion und ihrer westlichen Verbündeten.

Mandela, der Kommunist

Obwohl Mandela lange behauptet hatte, er sei nie Mitglied der Kommunistischen Partei Südafrikas gewesen, wurde dies nach seinem Tod durch Dokumente und Verlautbarung der Kommunistischen Partei selbst klar nachgewiesen. Mandela stand an der Spitze des MK («Speer der Nation») und ordnete zahlreiche Bombenanschläge auf öffentlichen Plätzen an. Dazu bekannte er sich 1962 auch schuldig in der Gerichtsverhandlung, die ihm eine 27jährige Haftstrafe einbrachte.

Nachdem Mandela 1962 verhaftet wurde, wurde der MK noch radikaler und liess Bomben in Kirchen oder Einkaufszentren explodieren - was Mandela aus seiner Gefängniszelle weiter befürwortete. Bei diesen Anschlägen starben sowohl Frauen als auch Kinder. Egal, wie ungerecht ein politisches Regime ist, nichts in der Welt rechtfertigt, unschuldige Kinder im politischen «Befreiungskampf» zu ermorden. Es ist schwer herauszufinden, wieviele Todesopfer, die Bombenanschläge forderten, die Nelson Mandela selbst befahl, doch es ist Fakt, dass Mandela viele unschuldige Menschen auf dem Gewissen hat und er deshalb nicht dem netten Klischee entspricht, das im Westen von ihm etabliert wurde. Im Gegenteil: Er war ein skrupelloser Terrorist und Kommunist und nie ein Befürworter einer gewaltlosen Revolution, wie viele glauben. Jede demokratische, abendländische Regierung hätte Mandela ebenso ins Gefängnis gesperrt. Sogar Amnesty International nahm sich damals nicht seines Falles an, da er als kommunistischer Gewaltbefürworter für die Menschenrechtsorganisation nicht in die Kategorie «politischer Gefangener» fiel.

Nelson Mandela singt Lied, das die Ermordung Weisser idealisiert

Dieses Bild zeigt Nelson Mandela 1993 bei der Beerdigung eines ANC-Mitglieds. Mandela streckt die (kommunistische) Faust zum Himmel und singt ein Lied mit folgendem Text: **«Wir, die Mitglieder des Speers der Nation, haben uns dazu verpflichtet, sie zu töten – die weissen Buren.»**

Dieses Lied wurde auch bei Nelson Mandelas Beerdigung 2013 gesungen. Der weisse Mann neben Mandela war übrigens Ronnie Kasrils, sowohl ein Mitglied des ANC als auch der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), der ausserdem in der Sowjetunion militärisch ausgebildet worden war.

Ein Verehrer Castros

Bei seiner Verhaftung wurden über 50.000 Landminen und eine Vielzahl anderer Waffen gefunden, die er von der Sowjetregierung in Russland erhalten hatte. Er war der Kopf einer kommunistisch-terroristischen Armee und grosser Fan des kubanischen Diktators Fidel Castro. Er schrieb sogar Essays darüber, wie man zum «guten Kommunisten» werde. Viele wären schockiert, wenn sie hören würden, er habe für die Nazi-Ideologie geschwärmt, dabei ist die Zahl der kommunistischen Todesopfer um ein vielfaches höher als die des Nationalsozialismus.

Nachdem Mandela 1994 sein Amt als Präsident angetreten hatte, wurde auch die südafrikanische Wirtschaft von seiner sozialistischen Politik in Mitleidenschaft gezogen. Er verstaatlichte viele ehemals private Unternehmen und förderte den wirtschaftlichen Niedergang. Alle «nützlichen Idioten», die zuvor für das Ende der Apartheid auf die Strasse gegangen waren und Mandelas Regierungsübernahme frenetisch gefeiert hatten, bekamen die harten Konsequenzen zu spüren, die das Ende der «bösen» weissen Apartheidsregierung mit sich brachte. 2002 zeigte eine Umfrage, dass 60% der Südafrikaner die Apartheid zurückwollten. Transparency International stellte in seinem «Globalen Korruptionsbarometer» 2013 fest, dass Südafrika eines der korruptesten Länder der Welt war.

Seit der Machtübernahme des ANC explodieren die Vergewaltigungs- und Mordraten in Südafrika wie nie zuvor, was Südafrika inzwischen zum weltweiten traurigen Anführer dieser Statistiken macht. **Statistisch wird in Südafrika jedes dritte Mädchen vergewaltigt, bevor es das Alter von 18 Jahren erreicht hat, die Hälfte aller Frauen wird statistisch einmal in ihrem Leben vergewaltigt!** Als Antwort auf die steigende Gewalt sagte Südafrikas Minister für Innere Sicherheit Steve Tshwete: «Wir können das nicht mehr bekämpfen. Es gibt nichts mehr, was wir machen können. Südafrikas Währung ist um 75% an Wert gefallen, seit der ANC an die Macht gekommen ist. Die Emigration ausgebildeter Fachkräfte aus Südafrika ist jetzt auf ihrem historischen Höchststand.» Im Zeitraum 1995 – 2000 fiel laut dem «National Bureau of Economic Research» das durchschnittliche Einkommen aller Ethnien in Südafrika um 40%. Die UNO stellte 2006 in ihrem «Bericht über die menschliche Entwicklung» (Human Development Report) fest, dass sich Südafrika seit drei Jahrzehnten zurückentwickle. Seit 1994 war Südafrika um 38 Plätze im «Index für menschliche Entwicklung» (Human Development Index) gefallen – und der Trend zeigt auch heute noch nach unten. ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

Nelson Mandela mit seinem kommunistischen Genossen Fidel Castro.

Der ANC und sein Marsch durch die Institutionen

Ähnlich erfolgreich wie in Südafrika gestalteten radikale Kommunisten und Terrorsympathisanten aus Deutschland ihren «langen Marsch durch die Institutionen». Sie besetzten leitende Posten in Massenmedien, Bildung, Justiz, politischen Parteien, Gewerkschaften etc. Spätestens ab Anfang der Achtziger-Jahre waren die massgeblichen Stellen vor allem in Funk und Fernsehen grösstenteils von Neomarxisten besetzt, die an der Neuausrichtung der Gesellschaft in der BRD arbeiteten. So wurden z.B. der RAF-Verteidiger Otto Schily zum Innen- und der einst äusserst gewaltbereite Strassenkämpfer Joschka Fischer zum Aussenminister ernannt. Zwar waren die Altmarxisten der 68er-Generation nie so offen gewaltbereit und -tätig wie der ANC, doch letztendlich waren es auch zu grossen Teilen radikale Kommunisten, die in Deutschland (und Europa) die Schaltstellen der Macht besetzten.

Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 3/Januar 2017** - Thema: Kulturmarxismus. Die Ausgabe ist auf unserer Webseite (expresszeitung.com) weiterhin bestellbar. ***(tk)***

Südafrikanische Zustände bald auch in Europa? – 1472% mehr Vergewaltigungen in Schweden

In keinem westlichen Land werden durchschnittlich mehr Frauen missbraucht als in Schweden, doch wie in Südafrika wird fast jeder, der diese Missstände anspricht, von den schwedischen Mainstreammedien als «Rassist» verunglimpft. 1975 entschied das Stockholmer Parlament, Schweden solle sich für multikulturelle Zuwanderung öffnen. Im gleichen Jahr wurden 421 Vergewaltigungen angezeigt. 2014 waren es dem Schwedischen Nationalrat für Verbrechensprävention zufolge 6620 Vergewaltigungsfälle, berichtete der «Bayern-Kurier». Dieser Trend änderte sich auch in den Folgejahren nicht. Nach Angaben des konservativen New Yorker Think Tanks «Gatestone Institute» haben «40 Jahre, nachdem das schwedische Parlament einstimmig beschloss, das vormals homogene Schweden in ein multikulturelles Land umzuwandeln, Gewaltverbrechen um 300% und Vergewaltigungen um 1472% zugenommen.» ***(tk)***

Quellen:
1. Henning von Löwis Menar, «Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) – Moskaus Speerspitze gegen Südafrika», S.3, 1987, Deutsche Afrika-Stiftung, Bonn.
2. Ebenda, S.7
3. Chris Vermaak, «The Red Trap», Johannesburg 1966, S.27 f.
4. «Talking with the ANC», 1986, Bureau for Information, Pretoria
5. «The Aida Parker Newsletter», (Folge 85/1986), deutscher Sonderdruck des Hilfskomitees Südliches Afrika e.V.
6. «pro-TEST» Nr. 4/5, August 1986
7. Norbert Homuth, «Vorsicht Ökumene!», Selbstverlag, 1984, Nürnberg
8. epd Nr. 6/85, S.3
9. «The Citizen», 10.10.87

Die internationale gegen

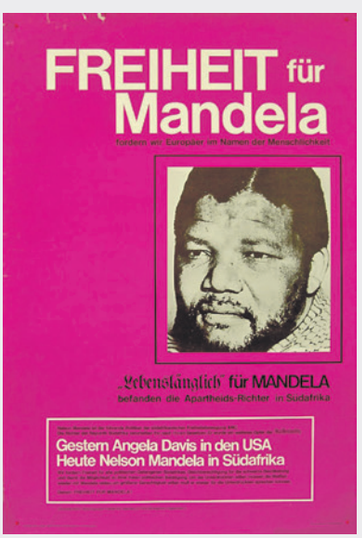
Ein Plakat aus Grossbritannien 1977. das zum Boykott südafrikanischer Lebensmittel auffordert.

Werfen wir einmal einen Blick darauf, wie der westlichen Bevölkerung die Machtübernahme der Kommunisten in Südafrika schmackhaft gemacht wurde: Während Südafrika im letzten Jahrhundert der mit Abstand sicherste Ort für schwarze Menschen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent war und sich des Zustroms schwarzer Flüchtlinge und Arbeitssuchender aus den marxistisch regierten («befreiten») Nachbarländern kaum erwehren konnte, wurde es in den Achtziger-Jahren einer ahnungslosen Weltöffentlichkeit als der Inbegriff rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung hingestellt. Ein noch nie dagewesener diplomatischer Druck auf das Land wurde ausgeübt. Totale Sanktionen und Wirtschaftsboykotte wurden angedroht und von manchen Handelspartnern auch durchgeführt. Zehn Länder der Europäischen Gemeinschaft hatten ihre Botschafter zurückbeordert. Als erstes Land der «freien Welt» wurde Südafrika vom US-Aussenministerium auf die Liste seiner «feindlichen» Ausländsmächte (1) gesetzt. Der amerikanische Kongress beschloss, tiefgreifende Wirtschaftssanktionen einzuführen.

Das Bild, das der Normalverbraucher im Westen durch die Medien erhielt, hätte eigentlich für Verwirrung sorgen müssen. Denn wie liess sich all diese Feindschaft gegen Südafrika mit der Tatsache in Einklang bringen, dass Jugoslawien, Angola, Rotchina und Mosambik sowie andere selbsternannte marxistische Staaten weiterhin als freundschaftlich verbundene Mächte behandelt wurden, die Hilfe und Unterstützung verdienten? Auch der sowjetische Angriff auf Afghanistan 1979 war anscheinend vergeben und vergessen.

Man muss wissen, dass Südafrika zusammen mit der Sowjetunion über die grössten Vorräte an Bodenschätzen verfügt, die es auf der Erde gibt. Der Reichtum, der im südafrikanischen Boden lagert, ist so gross, dass das Land mit seinem technischen Entwicklungsstand und einer hohen Zahl an Arbeitskräften inzwischen wohl zu einer der wirtschaftlichen Supermächte zählen dürfte, wenn es nicht zur Machtübernahme Mandelas und des ANC gekommen wäre. Der frühere Aussenminister der Vereinigten Staaten, General Alexander Haig, meinte schon damals, ein Verlust der Rohstofflieferungen des südlichen Afrikas würde «die ernstesten Konsequenzen für die bestehenden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Positionen der freien Welt» zur Folge haben.

Der Leser muss sich anhand dieser Tatsachen wundern, wie es möglich war, dass Regierungen in Westeuropa und Nordamerika unter diesen Umständen mit der Einführung



Hetzkampagne Südafrika

David Rockefeller (links) und Nelson Mandela (rechts). Der Bankier und seine Verbündeten statteten marxistische Regierungen weltweit mit westlicher Technologie aus. In seiner Autobiographie gab er offen zu: «Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, [...] die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – eine einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.»

totaler wirtschaftlicher Sanktionen und Einfuhrverboten gegen die Republik Südafrika drohen konnten. Es war offensichtlich, dass der ANC im Interesse Moskaus vorging und bei einem von der Sowjetunion eingesetzten Marionettenregime hätte sie die Seeroute um das Kap beherrscht und je nach Belieben Westeuropa und in geringerem Masse Nordamerika den Ölhahn und vieles mehr abdrehen können. Ist es wirklich glaubhaft, dass westliche Regierungen wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen oder wegen «Apartheid» in Südafrika ein Risiko eingingen, das einem Selbstmord des Westens gleichgekommen wäre? Warum unterstützen sie eine Terrororganisation wie den ANC, dessen erklärtes Ziel es immer war, Südafrika in den kommunistischen Machtbereich einzugliedern?

Im Zangengriff der Weltsozialisten

Die Antwort hierauf finden wir nur, wenn wir den «Anschlag» auf Südafrika in einem grossen, global-strategischen Zusammenhang sehen, in dem der Westen mit dem Osten gemeinsame Zielvorstellungen hat. Alle Bemühungen, die Welt in eine sozialistische Weltdiktatur oder «Neue Weltordnung» umzuwandeln, konzentrieren sich auf die Unterminierung der Souveränität aller Nationen, um ihnen die Möglichkeit des Widerstands bei der zukünftigen Einverleibung in eine Weltregierung zu nehmen, wie bereits in der ExpressZeitung Ausgabe 06/Mai 2017 – Thema: «Die kommende Weltregierung – alles nur Verschwörungstheorie?» erläutert. Dass dabei angeblich verfeindete Staaten wie z.B. die USA und Russland eigentlich nicht gegeneinander arbeiten, sondern gemeinsam für etwas – nämlich für eine stetige Zentralisierung politischer Macht – mag vielen die Sprache verschlagen, lässt sich jedoch mit vielen in den Mainstream-Medien unterdrückten Informationen belegen. So wurden z.B. den kommunistischen Ländern seit den frühesten Tagen der Bolschewistischen Revolution 1917 hunderte Milliarden von Banken und westlichen Regierungen zugeschanzt. Ohne Finanzierung durch die westliche Hochfinanz hätte das unwirtschaftliche System des Kommunismus überhaupt nicht bestehen können und wäre schon viel früher zusammengebrochen. Erst solche Finanzhilfen in unermesslicher Höhe wie auch Technologietransfers ermöglichten der Sowjetunion, zur grössten Militärmacht der Erde neben den Vereinigten Staaten aufzusteigen und gleichzeitig subversive Tätigkeiten in allen nichtkommunistischen Ländern zu betreiben. Hierbei allein von «Inkompetenz» des Westens

➔

Anti-Apartheids-Veranstaltungen, -Aktionen und – Kampagnen schossen von 1960 bis 1990 wie Pilze aus dem Boden, dabei war Südafrika der sicherste Ort für Schwarze Menschen auf dem gesamten Kontinent.

Seite 23

zu sprechen, wirkt doch deutlich konstruierter als die Annahme einer verdeckten Kooperation zwischen angeblich kapitalistischen westlichen Eliten und den Kommunisten. Die Kommunisten unterstützen die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung begeistert – genau wie alle westlichen Regierungen. Dass der Rockefeller-Clan das Grundstück am Hudson River für den Hauptsitz der UNO gestiftet hat, ist nur ein kleines und unbedeutendes von Millionen Informations-Puzzleteilen, die darauf hindeuten, dass die Ziele des internationalen Kommunismus mit denen der Hochfinanz und der westlichen Regierungen seit 1945 identisch sind. In ihrem gemeinsamen Vorstoss zur Weltkontrolle benutzen sie das Instrument der Vereinten Nationen für ihre versteckten Pläne.

Die früheren Kolonialgebiete und praktisch alle Länder der Dritten Welt sind heute abhängig von internationalen Banken, die ihnen Milliarden wertloser Papier-Dollar leihen, die sie mit dem Reichtum ihrer Bodenschätze zurückzahlen müssen. So war denn auch die ganze «Entkolonialisierung» nichts anderes als ein geplanter Schachzug internationaler Finanzgruppen, um die Kontrolle über diese Länder zu erhalten. Die ehemaligen Kolonialreiche wurden dadurch geschwächt, ihrer Kontrolle über die Kolonien entzogen und müssen heute die benötigten Rohstoffe und Naturalien aus den «entkolonialisierten» – und von Banken neokolonialisierten – Ländern für teure US-Dollar einkaufen. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe und bereitet gleichzeitig den Weg der Länder in die Abhängigkeit der «Neuen Weltordnung» vor.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bewegt sich die Welt in langsamen aber stetigen Schritten in Richtung zentralisierter politischer Entscheidungsfindung. Die Kompetenzen der Nationalstaaten wurden im Laufe der Jahrzehnte immer stärker in Richtung überstaatlicher Organisationen wie der EU und der Vereinten Nationen (UN) verlagert. Mündet diese Entwicklung zu immer grösseren Verwaltungskonstrukten in einem globalen Regime?

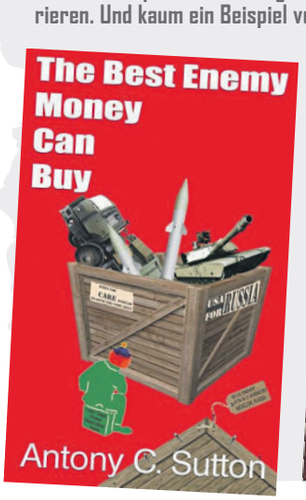
Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 06/April 2017** - Thema: «Die kommende Weltregierung - Alles nur Verschwörungstheorie?».

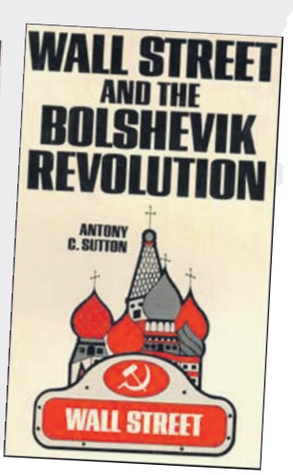
Südafrika – Hindernis für den Weltkommunismus

Eine starke, weisse, unabhängige Regierung in Südafrika, die über die grössten Goldvorkommen der Welt verfügte und neben der Sowjetunion die reichsten Reserven an strategischen Bodenschätzen besass, war zu einem Haupthindernis für die geplante sozialistische Weltordnung geworden. Eine korrupte, schwarze kommunistische Regierung hingegen, die in Gestalt der sogenannten Befreiungsbewegungen von allen sich im Lager der «Einweltler» befindlichen westlichen Regierungen unterstützt und aufgebaut wurde, würde nach kürzester Zeit zur Rückzahlung ihrer Kredite die Bodenschätze Südafrikas an die Finanzmächte der Wall Street verpfändet haben.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Methode zum Umsturz der weissen Regierung beabsichtigt war – jedenfalls von einflussreichen Kräften hinter den Kulissen –, dann wird aus allem Wahnsinn wieder ein Sinn. Die Regierungen Westeuropas bestanden und bestehen nicht – jedenfalls nicht nur – aus Trotteln, die nicht genau über die strategische Lage der Kap-Route und die kritischen Rohstoffreserven Südafrikas unterrichtet waren. Trotz aller Rhetorik wussten sie genau, dass es den Schwarzen dort besser ging als im Rest Afrikas. Wenn sie jedoch gemeinsam mit ihren kommunistischen «Gegenspielern» Südafrika zu Massnahmen zwingen wollten, die eine Ablösung der weissen Regierung durch die von Moskau gesteuerte Terrororganisation «African National Congress» (ANC) zur Folge haben würden, dann mag der Beobachter aus dem Westen langsam begreifen, dass er von seiner Regierung verschaukelt wurde, wenn es um die wahren Absichten im südlichen Afrika ging.

Der renommierte Historiker Anthony C. Sutton wies nach, dass die westliche Hochfinanz die bolschewistische Oktoberrevolution in Russland 1917 finanziell unterstützt hatte und danach das unwirtschaftliche System des Kommunismus durch technologische Transfers weltweit am Leben hielt. Die Panzer- und Flugzeugfabriken, die Sprengstoff- und Munitionsanlagen der Sowjetunion stammten aus den USA, zwei Drittel ihrer Schiffe waren im Ausland gebaut worden. Franklin D. Roosevelts US-Regierung verriet den Sowjets nicht nur das Geheimnis der Atombombe, er lieferte ihnen auch gleichzeitig alle Materialien zur Herstellung derselben. Fakten, die eigentlich nur den Schluss zulassen: Es besteht seit langem ein konspiratives Netzwerk geheimer Mächte, die im Schatten der offiziell gewählten Regierungen ihre Fäden spinnen, um die gesamte Menschheit in einen kollektivistischen Weltstaat zu manövrieren. Und kaum ein Beispiel verdeutlicht dies besser als die Geschichte Südafrikas.





Wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert nicht ein pro-westliches Land nach dem anderen mit Hilfe des Westens in das kommunistische Lager geschoben? Denken wir nur an Vietnam, Nicaragua, Kuba, Rhodesien, Angola, Mosambik, Iran, die Philippinen und viele andere. Die meisten west-

lichen Regierungen sind längst Komplizen eines weltweiten Dramas, das die Menschheit in die segensreichen Arme einer Weltregierung treiben soll. Diese wird dann dafür sorgen, dass es keine unabhängigen starken Nationalstaaten – noch dazu mit strategischen Positionen und eigenen Rohstofflagern – mehr gibt.

Wenn wir die Konflikte näher betrachten, die von den USA und den internationalen Bankern unterstützt werden, so entsteht zuerst – scheinbar – ein Bild totaler Verwirrung und Widersprüchlichkeit. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen.

Flaggen der marxistischen FRELIMO (links) und der antikommunistischen RENAMO (rechts) aus Mosambik. Die Regierung der Vereinigten Staaten unterstützte nicht etwa die RENAMO, sondern das Terrorregime der FRELIMO.

Mosambik

Bleiben wir in Afrika, und zwar gleich in Südafrikas Nachbarland Mosambik. Das Land wurde damals kommunistisch, nachdem die portugiesische Kolonialmacht es verlassen hatte. In Mosambik regierte die FRELIMO-Partei des Diktators Samora Machel, der nach jahrelangem blutigen Terrorkrieg das Land verwüstete, wirtschaftlich ruinierte und sein Volk dem Hungertode preisgab. Südafrikanische Zeitungen und Reisende berichteten, dass das Land in Anarchie und Chaos gefallen sei; FRELIMO-Soldaten terrorisierten die Bevölkerung und in den zahlreichen Konzentrationslagern wurden tausende zwangsweise «umerzogen».

In Südafrika rätselte man darüber, wofür wohl die Ehefrau von Sir Samora, der seine politische Ausbildung in Moskau erhalten hatte, von Königin Elizabeth II. einen britischen Verdienstorden erhielt. Obwohl die FRELIMO nur einen geringen Teil des Landes unter eigener Kontrolle hatten und fast 80% des Landes von der westlich gesinnten «Mozambique National Resistance»- Bewegung (RENAMO) kontrolliert wurden, unterstützte die Regierung der Vereinigten Staaten nicht etwa die RENAMO, sondern das Terrorregime der FRELIMO. Südafrika wurde unter Androhung wirtschaftlicher und anderer Vergeltungsmassnahmen davor gewarnt, der antikommunistischen Widerstandsbewegung RENAMO bei ihrem Kampf für ein freies Mosambik beizustehen. Trotzdem gewann die RENAMO die Überhand im Lande, sodass es nur noch eine Frage der Zeit schien, bis das kommunistische Regime Samora Machels gestürzt sein würde. Es erfolgte dann etwas, was nur als eine internationale Rettungsaktion in letzter Minute bezeichnet werden konnte. England schickte den angeschlagenen FRELIMO-Terroristen zusätzliche Militärausbilder, um den militärischen Zusammenbruch des Regimes zu verhindern. Frankreich, Grossbritannien, Amerika und andere westliche Länder vergaben grosszügige Kredite. David Rockefeller, Chef der Chase Manhattan Bank, kam eigens nach Maputo (Hauptstadt Mosambiks) gejettet, um sich über die Lage vor Ort zu informieren. Letztendlich konnte die FRELIMO-Partei ihre Macht im Land erhalten, während die RENAMO zurückgeschlagen wurde.

Südafrikanische Gegner der Apartheid wie Dr. Beyers-Naudé genossen bei der Bevölkerung im eigenen Land nur geringes Ansehen, während sie im Westen als Helden gefeiert wurden.

Rotchina

Die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Schaffung des kommunistischen Systems in Russland wurde von dem US-Professor Anthony C. Sutton ausführlich belegt (siehe S.24). Weniger bekannt ist die Tatsache, dass Amerika auch den chinesischen Kommunisten zur Macht verhalf. Die Entscheidung, Rotchina militärisch und wirtschaftlich aufzubauen, fiel unter Präsident Richard Nixon und wurde von Henry Kissinger und George Bush zur Ausführung gebracht. Kissinger war der Hauptarchitekt der Öffnung zu Rotchina, während er heimlich daran arbeitete, die Republik China (Taiwan) aus der UNO zu drängen.

Die ganze Geschichte des Verrats an China und die Rolle, die die Internationalisten dabei gespielt haben, kann hier nicht näher behandelt werden. Begnügen wir uns mit einer Aussage des amerikanischen Admirals Cooke vor dem Kongress: «1946 benutzte General Marshall die Taktik der Einstellung von Munitionslieferungen, um die (Anm.: antikommunistischen) chinesischen Streitkräfte unsichtbar zu entwaffnen.» (2) Professor Anthony C. Sutton schrieb, dass der verstärkte Aufbau Rotchinas von der amerikanischen Bechtel Corporation ausgeführt werden sollte. Zu diesem Zweck wurde Anfang 1984 eigens die Firma Bechtel China Inc. gegründet, die sich um die Konstruktions- und Maschinenbaukontrakte mit der chinesischen Regierung bemühen sollte. Interessanterweise war der ehemalige Chef

Henry Kissinger schüttelt Chinas Parteichef Mao Zedong die Hand. Kissinger war entscheidend daran beteiligt, Rotchina wirtschaftlich und militärisch aufzubauen.

Seite 25

des Bechtel-Konzerns ein gewisser George Shultz, der Aussenminister der USA, der sich mit dem ANC-Terroristenführer Oliver Tambo traf (siehe S.28).

Strategie der Eine-Welt-Planer

Die Drahtzieher der Eine-Welt-Agenda sind zu einem politischen Balance-Akt gezwungen, bei dem sie einmal die westliche und ein andermal die östliche Seite unterstützen. Für sie ist es entscheidend, beide Lager so gegeneinander auszuspielen, dass die Entwicklung für sie kontrollierbar bleibt und dem angestrebten Endziel dient. Gleichzeitig dient es als ideale Gelegenheit, die Weltbevölkerung zu täuschen und zu verwirren. Was wir daraus lernen können, ist die Tatsache, dass die internationalistische Verschwörung und die massgeblichen Persönlichkeiten, die dahinter stehen, weder «rechts» noch «links» sind, weder weltlich noch religiös, weder marxistisch noch kapitalistisch. Sie sind alles – oder nichts davon!

Die Tragik der internationalen Kampagne gegen Südafrika in den Achtziger-Jahren lag nicht nur in der Tatsache, dass so viele Menschen guten Glaubens - christliche Organisationen, Pfarrer, Studenten, Professoren und wohlmeinende Hausfrauenverbände - durch Protestaktionen, Boykottaufrufe und Massendemonstrationen ungewollt das schmutzige Handwerk einer internationalen Verschwörerclique unterstützten – und sich damit zu den «nützlichen Idioten» im Sinne Lenins machen liessen -, sondern sie halfen auch eifrig mit, den Ast abzusägen, auf dem sie selbst sassen.

Südafrikanische Kirchenmänner wie Erzbischof Tutu, Dr. Allan Boesak, Dr. Beyers-Naudé und andere, die aus ihren Sympathien für marxistisch-terroristische «Befreiungsbewegungen» nie einen Hehl gemacht hatten und sich nicht scheuten, ihre roten Predigten unter roten Hammer und Sichel-Fahnen zu halten, wurden im Westen wie Helden gefeiert und – wie Bischof Tutu – sogar mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Diese «Helden» Südafrikas, die Lieblinge aller Sozialisten und der westlichen Presse, genossen in Südafrika selbst nur geringes Ansehen und waren nach Meinungsumfragen den meisten schwarzen Südafrikanern gänzlich unbekannt, obwohl sie sich im Ausland gern als die Fürsprecher der «unterdrückten» schwarzen Massen hinstellten.

Auch die Bombenleger und Massenmörder der marxistischen SWAPO (South-West Africa People's Organisation) und des ebenso marxistischen ANC (African National Congress)

Mandela und Queen Elizabeth II.

wurden im Westen nicht sofort inhaftiert und ausgeliefert, wie dies zu allen früheren «normalen» Zeiten der Fall gewesen wäre, um sie für ihre abscheulichen Terrorakte zu bestrafen. Sie wurden von der UNO empfangen und von westlichen Regierungskanzleien hofiert, erhielten Millionen westlicher Steuergelder und den getäuschten Völkern wurden sie als Vertreter von «Befreiungsbewegungen» des südlichen Afrikas vorgestellt, denen alle Sympathie, Ehre und Achtung gebührt. Des Hohnes nicht genug, beriet man sich mit ihnen über die «Probleme» von Ländern, die sie meist nur noch vom Hörensagen kannten, da sich die meisten von ihnen seit Jahrzehnten im Exil befanden.

Der liberale Staatspräsident P.W. Botha hingegen, der, wie kein anderer Regierungschef vor ihm, kostspielige Reformen und Massnahmen zugunsten der schwarzen Südafrikaner eingeführt und sich damit den Unmut und den Abfall eines beträchtlichen Teiles seiner weissen Wählerschaft eingehandelt hatte, dessen Popularität unter den Schwarzen so gross war, dass er ohne nennenswerten Begleitschutz in schwarzen Wohngebieten auftreten konnte, wobei seine Reden meist von donnerndem Applaus, Singen und Tanzen begleitet wurden, dieser gemässigte Afrikaanerführer wurde von fast allen westlichen Regierungen denunziert und zur Persona non Grata erklärt. ***(Klaus D. Vaqué/tk)***

> «Wir sollten uns weniger darum kümmern, was die USA und die Sowjetunion voneinander trennt, als vielmehr darüber, was sie verbindet. Die beiden Supermächte, die sich selbst als Gegner verstehen, ziehen die Menschheit in dieselbe Richtung der Entmenschlichung. Derzeit handeln sie in Eintracht, indem sie gemeinsam die stabilen weissen Regierungen Afrikas zerschlagen und das ganze südliche Afrika kommunistisch-inspirierten schwarzen Demagogen ausliefern.»
>
> ***François Mauriac (†), französischer Schriftsteller und Nobelpreisträger***

Quellen:
1. «Diagnosen» Nr.1/86, S.26, Verlag Diagnosen, Leonberg
2. Anthony C. Sutton, «How the Order creates War and Revolution», Veritas Publishing Co., Bullsbrook, Australien

Die UNO gegen Südafrika

Manche Betrachter bezeichnen die UNO spöttisch als nichtsnützige Palaverstätte, die ohne wirklichen Einfluss auf das Weltgeschehen ist. Während die Establishment-Medien die Ziele und die Bedeutung der Weltorganisation verheimlichen und herunterspielen, ist deren Macht ständig gestiegen und zu einer tödlichen Bedrohung für die Freiheit und Souveränität aller Nationen geworden. In den Achtzigern stand Südafrika ganz oben auf der Abschussliste der UNO. Einer gutgläubigen Weltbevölkerung wurde einsuggeriert, es ginge um Menschenrechte und die Befreiung unterdrückter Völker. In Wahrheit haben die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung alles in ihrer Macht Stehende getan, um die freien Länder der Welt zu unterminieren. Sie haben den Kommunismus gefördert, wo immer es möglich war, gelogen und Versprechungen gemacht und dann die Völker betrogen. Korea, Ungarn, Vietnam, Kambodscha, Tschechoslowakei, Tibet, Afghanistan und Kongo sind nur einige Beispiele.

Südafrika – stellvertretend für die freie Welt – wäre damals wohlberaten gewesen, die Gefahr vonseiten der UN nicht zu unterschätzen, die bis heute dabei ist, ein Land nach dem anderen ihrer totalitären «Neuen Weltordnung» einzuverleiben. Schon 1985 befassten sich 17 Unterausschüsse der UNO mit anti-südafrikanischen Programmen; dies soll die Weltorganisation (bzw. die Steuerzahler des Westens) in den Jahren 1984/85 41 Millionen Dollar gekostet haben. [1] Nach Aussagen des «S.A. Observer» vom Juli 1987 waren die Aktivitäten der UN zwei Jahre später auf 120 «Anti-Apartheid»-Ausschüsse und Unterausschüsse gestiegen, deren Einfluss auf jedem Winkel der Erde spürbar wurde. UNO-Gelder gingen ausserdem direkt an solche Feinde des Landes wie den «African National Congress» (ANC); eine bombenlegende, marxistisch dominierte Terrororganisation, der man den Status einer gerechten, unterstützungswürdigen, südafrikanischen «Befreiungsbewegung» verlieh. Hinzu kamen 25 internationale Radiostationen, die tagtäglich Propaganda gegen Südafrika ausstrahlten.

Der deutschstämmige, ehemalige UNO-Botschafter Südafrikas, Kurt von Schirnding, berichtete laut einer «Citizen»-Meldung vom 08. April 1987, dass volle zwei Drittel der Diskussionszeiten in der UNO vom Thema Südafrika beherrscht würden. Er sagte während eines Vortrags, die UNO habe eine Abteilung für «Öffentlichkeitsinformation», die pro Jahr 142 Millionen D-Mark ausgeben würde. 10% davon würde jährlich nur für **«anti-südafrikanische Desinformation» ausgegeben. Er fuhr fort: «Wenn Sie bedenken, dass diese Publikationen, Radioprogramme und TV-Filme in alle Sprachen der Vereinten Nationen übersetzt und in die ganze Welt ausgesandt werden – besonders überall an Schulen und Universitäten -, dann sind es erschreckende Aussichten, sich vorzustellen, dass weltweit eine ganz neue Generation mit einem völlig verzerrten Südafrika-Bild heranwächst.»**

Südafrika – «Das neue Nazi-Deutschland»

Unter Ausnutzung tiefer gefühlsmässiger Betrachtungsweisen wurde Südafrika dem Westen fälschlicherweise als koloniales Überbleibsel einer vergangenen Epoche vorgestellt, das seine Machtposition durch Ausbeutung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung errungen hätte. In Europa bemühte sich sowjetische Psychopropaganda, Südafrika als Nachfolger Hitler-Deutschlands hinzustellen, indem man seine Gesellschaftsform mit dem Nationalsozialismus des Dritten Reiches verglich. Ein bekannter südafrikanischer Bischof, der aus seinen «roten» Sympathien nie ein Hehl gemacht hatte, ging sogar so weit,

Demonstranten, die sich für die Kampagne der UN gegen Südafrika einspannen liessen.

Seite 27

der südafrikanischen Regierung die Absicht einer «Endlösung der Schwarzenfrage» zu unterstellen – was immer er darunter verstehen mochte.

Die Vereinten Nationen förderten diese Gedankenverbindung, wo immer möglich. So sagte der kubanische Abgeordnete Oramas Olivia während einer Rede vor der UNO: «Wir möchten die Geduld der Mitglieder nicht überstrapazieren, indem wir ausführlich zitieren, was diese dumme, aber gefährliche Apostel Hitlers, Herr Pieter Botha, (Anm.: südafrikanischer Staatspräsident) gesagt hat.» (wobei er das HERR auf Deutsch aussprach) Dass es sich hierbei um eine koordinierte Strategie handelte, ging daraus hervor, dass ähnliche Aussagen plötzlich überall gemacht wurden. So sagte J. Makatini, ein Mitglied der in Südafrika damals verbotenen kommunistischen Untergrundbewegung «African National Congress» (ANC) in einer Rede: «Die Architekten und gegenwärtigen Vertreter der Apartheid holten und holen sich ihre Inspiration und Beispiele [...] aus dem Hitler-Regime.»

Ein Mr. Clark, Vorsitzender des «Special Commitee against Apartheid», machte die Aussage, «dass die südafrikanischen Apostel jenes Propheten (Hitler), vorwiegend Malan, Verwoerd, Vorster und jetzt Botha, ihre Bewunderung und Unterstützung des Nationalsozialismus nicht verborgen» hätten. Auch die offiziellen Dokumente der UNO schlugen plötzlich diese Tonart an: «Dieser feige und kriminelle Akt der Aggression gegen Lesotho (Anm.: Südafrikas Verteidigung gegen terroristische ANC-Stellungen) und die Massaker gegen Zivilisten spiegeln die Verbrechen des Nationalsozialismus wider.» [2]

Ein französisches Plakat von Apartheid-Gegnern. Der südafrikanische Präsident Balthazar Johannes Vorster wurde mit Adolf Hitler verglichen.

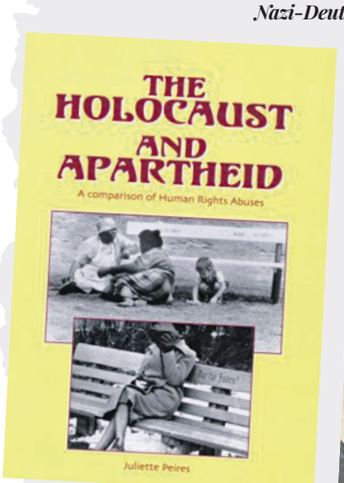
Die «freiheitlichen» USA

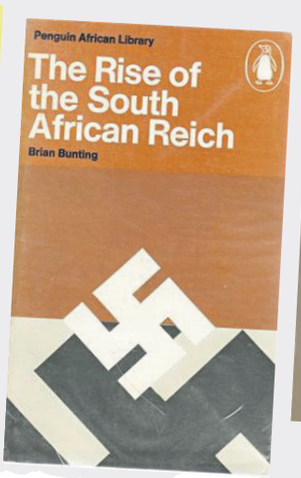
Während das amerikanische Aussenministerium unter der Führung von Aussenminister George Shultz, dem Unterstaatssekretär Dr. Chester Crocker und seinem Assistenten Frank Wisner, alles taten, um Südafrika zu destabilisieren, verhinderte es gleichzeitig alle humanitäre und militärische Hilfe an die prowestlichen Widerstandsbewegungen UNITA und RENAMO in deren kommunistisch-beherrschten Ländern Angola und Mosambik. (Der Beschluss gegenüber UNITA wurde jedoch später durch Eingreifen Präsident Reagans rückgängig gemacht) Die Einführung umfassender Wirtschaftssanktionen, Einstellung aller Waffen- und Militärlieferungen und die Aufhebung jeglicher Kreditgewährung an Südafrika wurde vom amerikanischen Aussenministerium damit «kompensiert», dass es grosszügige Geschenke an Südafrikas kommunistische Nachbarn vergab. Angola erhielt 200 Millionen Dollar US-Hilfe, Simbabwe 375 Millionen Dollar und Mosambik 100 Millionen Dollar.

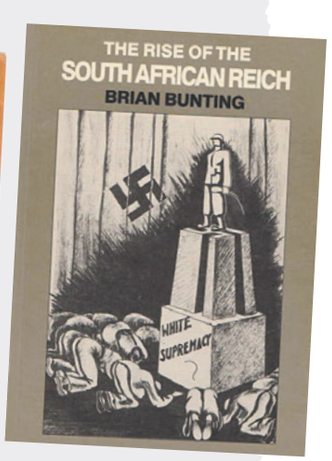
Das Aussenministerium leistete dem kommunistischen Vormarsch einen weiteren Gefallen, als der Terroristenführer Oliver Tambo von «Afrikanischen Nationalkongress» (ANC) am 28.01.1987 eine Audienz bei Aussenminister George Shultz erhielt, nachdem Tambo zuvor bei der amerikanischen Presse als Held gefeiert worden war. Tambo wurde begeistert beschrieben als die «einzige vereinigende Kraft der Schwarzen Südafrikas», als er im Nationalen Presseklub in Washington hundert Journalisten vorgestellt wurde. Der US-Staatssekretär Michael Armacost beurteilte das Treffen zwischen Shultz und Tambo wie folgt: «Zweck des Treffens ist es, den Dialog zwischen der südafrikanischen Regierung und der legitimen Stimme der Schwarzen zu fördern.» [3] «ucaNews», die Pressemitteilungen der UNITED CHRISTIAN ACTION in Südafrika schrieben hierzu am 04.03.1987: «US-Staatssekretär und Afrikaspezialist des Weissen Hauses, Dr. Ches-

Der «konservative» US-Aussenminister George Shultz schüttelt Terroristenführer Oliver Tambo die Hand.

Angestachelt von der internationalen Hetze gegen die Apartheid-Regierung, scheuten auch viele Autoren nicht davor zurück, den himmelschreienden Vergleich zwischen Nazi-Deutschland und Südafrika zu ziehen.







Die Nazi-Keule damals wie heute

Noch heute ist es ein beliebtes propagandistisches Mittel Personen oder Bevölkerungsgruppen mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen. Wurden damals die südafrikanischen Staatsoberhäupter in eine ideologische Linie mit dem Nazi-Gedankengut gestellt, sind es heute politische Feindbilder wie AfD-Wähler, Islamkritiker oder Donald Trump.

ter Crocker, am 22.06.86 im ABC-Fernsehprogramm: ‚Der ANC fühlt sich der Demokratie und einer ganzen Reihe weiterer Ideale verpflichtet, denen, so glaube ich, alle Amerikaner zustimmen könnten.' [...] ANC-Terroristen nannte Crocker ‚Freiheitskämpfer'. Innerhalb des ANC gebe es ein ‚weites Spektrum an Stimmen'; es sei notwendig, die kommunistischen Elemente zu isolieren und die gemässigten zu stärken.»«ucaNews» fuhr fort: «Derartigen Erwägungen erteilte der ANC eine höhnische Abfuhr, was in Washington offenbar nicht ernst genommen wird. **Die ANC-Station ‚Radio Freiheit' am 11.05.86: ‚Nicht-kommunistische Führer im ANC sind nicht existent'.»**

Ironisch kommentierte dazu die US-Zeitschrift «The New American» (02.03.87, S.11): «Es sind aber diese nicht-existenten nicht-kommunistischen Führer, die das US-Aussenministerium entdeckt zu haben glaubt. Es will dieses nicht-existente Element innerhalb des ANC unterstützen, um die wirklichen kommunistischen Führer des ANC daran zu hindern, eine marxistische Diktatur in Südafrika zu errichten.»

«UcaNews» teilte weiter mit: «Ein Grund zu noch grösserer Beunruhigung sind für viele Beobachter die Gelder, die die amerikanische Regierung jährlich in ihre Vision des ‚Nach-Apartheid-Südafrikas' investiert. Alleine letztes Jahr wurden für das ‚grösste Menschenrechtsprogramm der Welt' [4] nach vorsichtigen Schätzungen ca. 100 Millionen (!) Dollar aufgewendet.»

Der Amerikaner Howard Phillips, damals Vorsitzender der «Konservativen Sammlung» mit Millionen von Mitgliedern, traf wohl den Nagel auf den Kopf, als er öffentlich das aussprach, was sicher viele Amerikaner dachten. Er sagte, das Treffen des amerikanischen Aussenministers Shultz mit ANC-Chef Tambo «sende eine erschreckende Botschaft an die Führer der afrikanischen Staaten, - eine Andeutung, dass die USA mit den Sowjets verbündet sind und dass sie den Austausch der gegenwärtigen antikommunistischen Regierung Südafrikas mit einer marxistisch/leninistischen Kadergruppe befürworten, die sich einem bewaffneten Umsturz und sowjetischen Zielvorstellungen verschrieben hat.»

Phillips fügte hinzu: «Der ANC hat die sowjetische Besetzung Afghanistans gutgeheissen, sich mit der ‚Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) verbündet und die amerikanische Aussenpolitik praktisch überall verdammt. ANC-Präsident Tambo bezeichnete Kuba als Vorbild einer idealen Demokratie und erhielt den Ho Chi Minh Friedenspreis des sowjetischen Marionettenregimes in Angola. Es ist unglaublich, dass Michael Armacost, der US-Staatssekretär für politische Angelegenheiten, den ANC als ‚die legitime Stimme der Schwarzen Südafrikas' bezeichnen konnte. [...] Es ist schlimm genug, ein Terroristenregime im Iran zu unterstützen; aber es ist weit schlimmer, zu versuchen, eine andere Terroristengruppe in einem strategisch so entscheidenden Land wie Südafrika an die Macht zu bringen.» [131]

Der «konservative» Ronald Reagan

Die Ziele der US-Regierung in den Achtzigern beschrieb Professor Karl Noeffke von der Raand Afrikaans Universität in Johannesburg: «Aus der Sicht der Reagan-Administration bedeutet ein ‚Nach-Apartheid-Südafrika' schwarze Mehrheitsherrschaft. Die US-Regierung hofft, mit ausgedehnten Hilfsprogrammen die zukünftigen schwarzen Führer Südafrikas auf eine USA-freundliche Haltung einzustimmen. [...] 1,7 Millionen US-Dollar wurden beispielsweise für Austauschprogramme für Südafrikaner bereitgestellt, die ‚aktiv daran mitarbeiten, Apartheid zu beenden'. 161 720 US-Dollar erhielt eine Konferenz politischer Führer aus Südafrika und den sogenannten ‚Frontstaaten' (Anm.: Länder, die an Südafrika grenzen und gegen die Apartheid kämpften). Mehr als 2 Millionen US-Dollar erhielten ‚Flüchtlinge aus Südafrika und Nami-

Die Queen und der marxistische Diktator Simbabwes Robert Mugabe. Die britische Königin schlug ihn damals zum Ritter.

Ronald Reagan – für viele die Symbolfigur der freien Marktwirtschaft – mit dem «roten Bischof» Desmond Tutu, der von sich selbst behauptete, ein Sozialist zu sein und den Kapitalismus zu hassen.

Seite 29

bia' als Stipendium zum Studium in den USA. (Bei diesen Flüchtlingen handelt es sich in aller Regel um Mitglieder der ANC/SACP Allianz) Millionen von Dollar fliessen in die Kassen alternativer Erziehungsprojekte wie der Organisation SACHED [...], von Oppositionsgruppen wie der ‚Black Sash', von Aktivisten der ‚United Democratic Front', des SACC usw. Viele der ca. 160 Projekte sind offen pro-ANC orientiert.

[...] Am 05.02.1987 stellte die US-Regierung 93 Millionen US-Dollar für die marxistischen Regierungen der sogenannten Frontstaaten bereit, angeblich um ihre Abhängigkeit von Südafrika zu vermindern. Marxistische Regierungen erhielten oft überschwängliches Lob von der angeblich konservativen Reagan-Administration, wie z.B. die von Präsident Dos Santos in Luanda/Angola (die von 35 000 Kubanern an der Macht gehalten wurde). US-Staatssekretär im Aussenministerium, Edward J. Fox sagte: ‚US-Unternehmen sind in Angola wirtschaftlich aktiv, weil das Land nach dem übereinstimmenden Urteil von Wirtschaftsfachleuten aus Amerika, Westeuropa und Japan ein guter Ort zum Geschäftemachen ist.'» [6]

Werfen wir einmal einen Blick auf die Forderungen, die der «konservative» amerikanische Präsident Reagan am 22. Juli 1986 an die südafrikanische Regierung gestellt hatte:

- Freilassung aller «politischen» Gefangenen
- Beteiligung des inhaftierten ehemaligen ANC-Führers Nelson Mandela am politischen Prozess

CHASE

David Rockefellers Chase Manhattan Bank zielte darauf ab, das Apartheid-Südafrika finanziell auszuhungern.

- Legalisierung des (kommunistischen) ANC und anderer politischer Organisationen
- Dialogbeginn zwischen diesen Organisationen und der Regierung

Am 29.09.1986 sagte Reagan: «Wir alle wissen, dass die Lösung der Probleme in Südafrika nur nach einer Aufhebung des Ausnahmezustands gefunden werden kann.» [7] Seit Einführung dieses Ausnahmezustandes war die Zahl der durch kommunistische Banden ermordeten Schwarzen um 62% zurückgegangen. Der (kommunistische) ANC hatte öffentlich zugegeben, dass die Einführung des Ausnahmezustands ein schwerer Rückschlag für die Aktivitäten seines militärischen Flügels war. Der Ausnahmezustand hatte zu weitestgehender Normalisierung und Stabilität besonders innerhalb der schwarzen Gemeinschaften geführt, die vorher dem Terror der brandschatzenden ANC/UDF-Banden hilflos ausgeliefert waren.

Wirtschaftliche Kriegsführung gegen Südafrika

Obwohl amerikanische Firmen fröhlich mit allen Ländern der Erde Handel trieben, sei es mit Regimen der äussersten Linken oder der äussersten Rechten, mit Russland, Rotchina oder Südkorea, hatten sie anscheinend moralische Skrupel nur im Hinblick auf Südafrika. So behauptete Willard A. Butcher - der Präsident von Rockefellers Chase Manhattan Bank und der Mann, der die Kapitalflucht aus Südafrika ins Rollen gebracht hatte -, sein Versuch, die Republik Südafrika finanziell auszuhungern, hänge mit seiner «moralischen Abscheu gegen die Apartheid» zusammen. Schade nur, dass diese Abscheu des Mr. Butcher sich nur auf die Apartheid beschränkte und nicht auch die Massenmorde, Christenverfolgungen und Sklavenarbeit in den Gulags der Sowjetunion und anderer Länder mit einschloss, mit denen seine Bank rege Handelsbeziehungen unterhielt.

Im Gegensatz zu anderen ausländischen Firmen und zur üblichen Praxis amerikanischer Konzerne ausserhalb ihres Mutterlandes, steuerten die Ableger amerikanischer Multis in Südafrika einen offenen Konfrontationskurs gegen die Regierung. Aus einem Bericht des «Instituts für Amerikanische Studien» der Rand Afrikaans Universität (RAU) in Johannesburg vom 11.05.87 ging hervor, dass der einflussreiche amerikanische Baptistenpfarrer Leon H. Sullivan 1977 ein 4-Schritte-Programm für amerikanische Firmen in Südafrika aufgestellt hatte, dem sich die Firmen unterwerfen mussten, wenn ihre Muttergesellschaften sich nicht Boykotten und Verleumdungskampagnen einheimischer Interessensgruppen aussetzen wollten.

Professor Carl Noeffke, der Direktor des Instituts für Amerikanische Studien, bezeichnete Sullivans Programm als «politisches Dynamit». [8] Im Jahre 1986 habe die amerikanische Handelskammer noch bestritten, sagte er, dass sie ihre Mitglieder ermutigen würde, ein Programm des bürgerlichen Ungehorsams zu unterstützen. «Jetzt ist es jedoch deutlich, dass viele amerikanische Firmen tatsächlich einer Forderung des Pastors Leon Sullivan nachkommen, die Politik der südafrikanischen Regierung offen herauszufordern. [...] Interessanterweise ist Südafrika das einzige Land, wo dies geschieht. [...] Sogar die brutale Unterdrückung Afghanistans durch sowjetische Truppen, wodurch schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen umgekommen sind, hielt die Vereinigten Staaten nicht davon ab, weiter mit den Sowjets Handel zu treiben. Wenn man den letzten Bericht des Sullivan-Programms liest, wird es einem völlig klar, warum die Geschäftswelt es nicht verstand, die Sanktionskampagne gegen Südafrika zu stoppen. Anstatt den Angriff auf die Prinzipien der freien Marktwirtschaft zurückzuweisen [...], schlug sie sich auf die Seite jener Kräfte, die für Sanktionen gegen Südafrika eintreten. Dies ist eine gefährliche Entwicklung», fügte der Professor hinzu.

Der Rückzug und Verkauf hauptsächlich amerikanischer Grossbetriebe in Südafrika wurde häufig mit dem Argument begründet, dass man die Apartheidspolitik des Landes nicht länger mittragen wolle und deshalb aus Protest aufgäbe. In Wahrheit hatten diese Firmen in den vorherigen Jahrzehnten ohne Skrupel Kapital und riesige Profite aus dem Apartheidstaat und seinen schwarzen Arbeitskräften gezogen. Groteskerweise fanden die meisten Rückzüge erst statt, als die Apartheidsgesetze gelockert wurden.

«Der geheime US-Krieg gegen Südafrika»

Die doppelzüngige Rolle, die Amerika bei der Destabilisierung Südafrikas spielte, wurde zum ersten Mal 1977 von der bekannten südafrikanischen Journalistin Aida Parker beschrieben. Ihr Bericht erschien in mehreren Folgen unter dem Titel «Secret US War against South Africa» («Der geheime US-Krieg gegen Südafrika») in der südafrikanischen Tageszeitung «The Citizen», die bis 1978 von der Regierung subventioniert wurde. Die hysterische Kampagne gegen den «Citizen», die nach Veröffentlichung der Serie folgte und zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses zwischen Miss Parker und dem «Citizen» führte, wurde anscheinend von Agenten der südafrikanischen Hochfinanz inszeniert, die an einer Veröffentlichung der kompromittierenden Einzelheiten nicht interessiert sein konnten.

Der «Citizen» fiel danach in private Hände und wurde von den internationalistischen Pressegiganten Südafrikas kontrolliert, die mit dem Oppenheimer-Konzern verbunden waren. Der Bericht von Aida Parker klärte auch schliesslich jene auf, die bis dahin geglaubt hatten, dass die Kommunisten im Kreml und das amerikanische Aussenministerium unterschiedliche Zielpositionen verträten. Der Bericht brachte detaillierte, authentische und dokumentierte Beweise eines verräterischen US-Planes, mit dem Südafrika destabilisiert und die Regierung gestürzt werden sollte. Aida Parker belegte zum Beispiel in allen Einzelheiten, dass die amerikanische Ford-Stiftung Leseräume in Soweto und anderen schwarzen Townships mit Büchern über radikale «Black Power»-Bewegungen und die Französische Revolution ausgestattet hatte, dass diese und andere Stiftungen über eine Million Dollar zur Verteidigung von Terroristen in Südafrika aufgebracht hätten, und dass die meisten Gelder über den Weltkirchenrat nach Südafrika geschleust würden, obwohl sie von den Rockefellers stammten. Die schockierenden Enthüllungen wurden von der südafrikanischen Establishment-Presse mit einem Mantel des Schweigens bedeckt – ein Eingeständnis ihrer Wahrheit, wie sie deutlicher nicht hätte demonstriert werden können.

Eine CIA-Operation

Die Aktivitäten des amerikanischen Aussenministeriums liessen keine Zweifel aufkommen, was beabsichtigt war: Die Ablösung der prowestlichen weissen Herrschaft in Südafrika durch schwarze «Mehrheitsherrschaft». Der offizielle Kampfruf war gegen Apartheid gerichtet; in Wirklichkeit ging es um die Einverleibung Südafrikas in die sozialistische «Neue Weltordnung».

Es gäbe ausreichende Gründe für die Annahme, schrieb Aida Parker, dass die US-Botschaft im benachbarten Botswana die Empfängerin massiver Geldzuwendungen sei, die vom amerikanischen Aussenamt und dem amerikanischen Geheimdienst (CIA) zur Verfügung südafrikanischer Dissidentengruppen gestellt würden. Zu den regelmässigen Besuchern der Botschaft gehörten leitende Angehörige der BPC («Black Peoples Convention»), SASO («South African Students Organisation») und SSRC («Soweto Students Representative Council»). Diese und andere Personen, - unter ihnen viele gebannte südafrikanische Aktivisten -, hätten auf diese Weise Zugang zu grossen Summen für ihre subversiven Tätigkeiten bekommen. Die CIA habe seit Jahren ein ganzes Netzwerk oppositioneller Gruppen in Südafrika aufgebaut und finanziell unterstützt. Sie habe politische, kulturelle, akademische, Arbeits-, Kirchen- und Sozialinstitutionen unterwandert und für ihre Zwecke missbraucht, um eine «schwarz-weisse» Polarisierung zu fördern und die bestehende Ordnung zu zerstören.

Viele der schwarzen Aktivisten reisten laut Parker auf Kosten des amerikanischen Geheimdiensts in der Welt herum und ahnten nicht, dass sie nur vorgeschobene Schachfiguren waren, die für die finsteren Ziele einer fremden Macht Kopf und Kragen riskierten, um zu helfen, die südafrikanische Regierung «schachmatt» zu setzen.

➔

Seite 31

Die konservative «Margaret Thatcher»

Mandela und die Queen auf einer Briefmarke zu ihrem 90. Geburtstag.

Nachdem die südafrikanische Regierung – zur Freude der Umstürzler und zum Entsetzen des grössten Teils der weissen Bevölkerung – den altgedienten ANC-Kommunisten Govan Mbeki aus dem Gefängnis entlassen hatte, zeigte sich der amerikanische Staatssekretär des US-Aussenamtes, Dr. Chester Crocker, «hocherfreut» über die Freilassung des wegen Hochverrats zu lebenslangem Zuchthaus verurteilten früheren Vorstandsmitglieds der Terrororganisation ANC. Charles Redman, ein Sprecher des US-Aussenministeriums, fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten «besonders wegen der bedingungslosen Freilassung erfreut» seien. Redman meinte damit offenbar den Verzicht der südafrikanischen Regierung auf die früher gestellte Bedingung, gemäss der Häftlinge vom Schlage Mbekis vor ihrer Freilassung ein klares Bekenntnis gegen Gewaltanwendung ablegen mussten.

Ähnlich äusserte sich die englische Regierung, die die Freilassung «von ganzem Herzen» begrüsste: «Die Britische Regierung hofft, dass nach der Freilassung von Herrn Mbeki rasch auch die übrigen Häftlinge das Gefängnis verlassen können. Ihre Freilassung würde diejenigen in Südafrika ermutigen, die sich einen Wechsel durch friedlichen Dialog erhoffen.» [9] Demgegenüber sagte Mbeki am 05.11.1987 auf einer vom südafrikanischem Informationsamt organisierten Pressekonferenz: «Ich bin nach wie vor ein Mitglied des ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und überzeugter Marxist.» Er benutzte die Gelegenheit und rief die Jugend des Landes dazu auf, «den Kampf fortzusetzen». [10]

Der Leser soll daran erinnert werden, dass es Mbeki und die gesamte Führungsspitze des ANC waren, die am 11. Juli 1963 auf der Rivonia-Farm bei Johannesburg verhaftet wurden, weil die Polizei umfangreiche Pläne für einen gewaltsamen Umsturz der damaligen Regierung Verwoerd bei ihnen gefunden hatte. Für ihre geplanten Sabotageanschläge hatten die Terroristen einen Bedarf von 210 000 Handgranaten, 48 000 Tretminen, 144 Tonnen Ammoniumnitrat, 21,6 Tonnen Aluminiumpulver, 15 Tonnen Schwarzpulver und 1500 Zeitzünder errechnet, die sich die Kommunisten von der Sowjetunion besorgen wollten. So berichtete damals eine der regierungskritischsten Zeitungen Südafrikas, die «Rand Daily Mail», über den Prozess, in dem Mbeki und neun Mitangeklagte zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wurden: «Auch die (Parlaments-) Opposition stimmte mit dem Ministerpräsidenten darin überein, dass ein Erfolg der Angeklagten eine kommunistisch-orientierte Regierung in Südafrika und den Verlust jeglicher Freiheiten für alle Bevölkerungsgruppen bedeutet hätte.»

Der Herausgeber der «Rand Daily Mail» kommentierte in derselben Ausgabe der Zeitung, dass die Urteile des Vorsitzenden Richters De Wet weise und gerecht gewesen seien. «Die Männer wurden der Sabotage im Grossmassstab überführt; sie planten die bewaffnete Revolution [...] Die Todesstrafe wäre gerechtfertigt gewesen.» [11]

Auch Grossbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher gab sich grosse Mühe, um die «Apartheid» abzuschaffen. Sie sprach sich zwar gegen wirtschaftliche Strafmassnahmen gegenüber Südafrika aus, da sie es als «eine Illusion» ansah, dass die Beendigung der Apartheid durch eine Zerstörung der südafrikanischen Wirtschaft «von ausserhalb» erreicht hätte werden können. Sie meinte aber in einem Interview, dass Grossbritannien eine ganze Menge anderer «positiver und praktischer Massnahmen» anwenden würde, die zum gleichen Ziele führten. Sie sagte: «Wir werden zusätzlich 20 Millionen Pfund in den nächsten fünf Jahren ausgeben, um Schwarze in Südafrika anzulernen und auszubilden. [...] Wir helfen den Frontliniestaaten (Anm.: die kommunistischen Nachbarländer Südafrikas), ihre Abhängigkeit von Südafrika zu vermindern, indem wir ihnen über eine Milliarde Dollar (!) Aushilfszahlung zur Verfügung stellen. Diese wird dazu verwandt, um deren eigene Transportwege und Häfen besser nutzbar zu machen. Wir geben Hilfestellung bei der Militärausbildung in Simbabwe und Mosambik, um deren Verteidigungskapazität zu stärken. Wir stellen ganz beträchtliche Summen, rund 35 Millionen Pfund, an Mosambik zur Verfügung, um deren Probleme lösen zu helfen.» [12]

Die Frage, warum Grossbritanniens Steuerzahler gezwungen wurden, kommunistische Regime im fernen Afrika zu unterstützen, liess Frau Thatcher – offiziell eine Ikone der freien Marktwirtschaft - wohlweislich offen. Eigenartigerweise hatte auch kein Journalist danach gefragt. Die korrupten Regime jener Länder, die mit Mord und Terroranschlägen an die Macht gekommen waren, die nie vom Volk gewählt worden waren, bei denen es statt Menschenrechten nur Hunger, Elend, Verfolgung und Verzweiflung gab, waren für grosszügige kapitalistische Hilfe nicht einmal dankbar. In der UNO stimmten sie zumeist gegen ihre westlichen Geldgeber. ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

Quellen:
1. J.A.Du Plessis, «Soviet Psychological Strategies regarding South Africa», Publication Nr.21 (Institute for Strategic Studies, University of Pretoria)
2. Ebenda
3. Ucanews 5/87 vom 04.03.1987 S.1
4. James Montgomery vom US-Aussenministerium in ‚The New American', 02.03.87, S.11
5. «The Aida Parker Newsletter» Nr.99 vom 11.02.1987, S.8
6. The Star, 26.01.87
7. Ucanews 5/87 vom 04.03.1987
8. The Citizen, 13.05.1987
9. The Citizen, 7.11.87
10. Ucanews 21/87 vom 09.11.87
11. Ebenda
12. The Citizen, 14.01.88

Psychologische Kriegsführung gegen das weisse Südafrika

Lenin sagte schon: „Die höchste Kunst des Krieges ist, militärische Auseinandersetzungen völlig zu vermeiden und stattdessen den Feind dadurch zu besiegen, dass man seine Prinzipien, seine Religion, seine Kultur und seine Traditionen zerstört. Wenn ein Land so demoralisiert ist, kann man es übernehmen, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern."

Auch der chinesische Philosoph Sun Tsu lehrte schon um 450 v. Chr.: «Zersetzt alles, was am Leben eurer Gegner gut ist. Unterhöhlt ihr Ansehen und gebt sie im rechten Augenblick der öffentlichen Schande preis. Nutzt die Mitarbeit auch der niedrigsten und abscheulichsten Menschen. Verbreitet Streit und Uneinigkeit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Stachelt die Jugend gegen die Alten auf. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierung. Entwertet alle Überlieferungen und Götter Eurer Feinde. Sendet leichte Frauen aus, um das Werk des Verfalls zu vervollständigen.»

Ein Krieg auf dieser Grundlage wird zu 80% psychologisch und zu 20% militärisch geführt. Die Absicht ist, das Selbstbild eines Volkes des betreffenden Landes so zu manipulieren, dass es glaubt, seine gegenwärtige Gesellschaftsform sei unvereinbar mit einer dauerhaften glücklichen Lebensweise und wirtschaftlichem Wohlstand. Das eigene System wird hingegen als überlegen, moralisch vertretbarer und vor dem Volk und der Welt als bedeutend akzeptierbarer dargestellt. Nur jenes System würde einen dauerhaften Frieden, Harmonie im Lande und mit der Aussenwelt sowie wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung diese Geistesmanipulation erst einmal akzeptiert hat, ist es kaum noch nötig, eine militärische Auseinandersetzung zu führen, bevor das Land kapituliert.

Einer der ersten Schritte psychologischer Kriegsführung besteht in der Isolierung des gegnerischen Landes, physisch sowohl als auch psychisch. Man versucht es zum Ausgestossenen der Welt abzustempeln. Das Land wird von internationalen Gremien und Sportveranstaltungen ausgeschlossen. Handelsboykotte und Reisebeschränkungen werden eingeführt. Touristen, Sportler und Geschäftsleute werden von ihren Regierungen und den Medien so unter Druck gesetzt, dass sie es kaum noch wagen, in das betreffende Land zu reisen. Zeitungen und Fernsehen bringen Zerrbilder der Wirklichkeit; aufgebauschte bürgerkriegsähnliche Zustände, Terrorismus, Mord und Gewaltakte sollen jeden abschrecken, das Land zu besuchen. Berühmte Sportler und Schauspieler, die sich nicht einschüchtern lassen, werden von UNO-Dienststellen auf „schwarzen Listen" geführt, Repressalien ausgesetzt und bei ihrer Rückkehr von vielen Ländern boykottiert. Durch den Medienterror in ihren Heimatländern und den damit verbundenen negativen Einfluss auf Karriere und Verdienstmöglichkeit werden viele dazu gebracht, das stereotype Geschwätz vorzuplappern, das man von ihnen erwartet, obwohl sie eigentlich eine völlig andere Auffassung von dem „bösen" Staat und seinen Bewohnern gewonnen haben.

> «Die höchste Kunst des Krieges ist, militärische Auseinandersetzungen völlig zu vermeiden und stattdessen den Feind dadurch zu besiegen, dass man seine moralischen Prinzipien, seine Religion, seine Kultur und seine Traditionen zerstört. Wenn ein Land so demoralisiert ist, kann man es übernehmen, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern.»
>
> *Wladimir Iljitsch Lenin, Begründer der Sowjetunion*

Nationaler Schuldkomplex

Ein weiteres wichtiges Ziel psychologischer Kriegsführung besteht darin, der Aussenwelt ein falsches Bild des Regierungssystems des betreffenden Landes zu vermitteln, das als ausbeuterisch, unterdrückend und gegen die Interessen der Mehrheit seiner Bevölkerung dargestellt wird. Es wird alles getan, um den Kontakt von Besuchern mit dem Land auf ein Minimum zu beschränken, um das sorgfältig konstruierte Zerrbild nicht zu gefährden. Wichtiger noch als die physische Isolierung des Landes ist die geistige. Die – am Beispiel Südafrikas weisse – Bevölkerung sollte sich als Ausgestossene einer Weltgemeinschaft empfinden, die von und mit einem abstossend ungerechten System lebt, das es ihnen erlaubt, auf Kosten der «Unterdrückten» im Wohlstand zu schwelgen. Wenn sie das Wohlwollen der Welt wiedergewinnen wollten, so wurde ihnen gesagt, müssten sie dazu beitragen, das System zu zerstören.

Das ihnen eingepflanzte Schuldbewusstsein wurde von den Medien des Establishments geschickt benutzt, um in jeden Winkel des Landes verbreitet zu werden. Bekannte Persönlichkeiten aus Kirche, Sport, Unterhaltung und Wirtschaft, die aus Naivität oder marxistisch-ideologischen Neigungen ihr zersetzendes Gift ausstreuten, waren die Lieblinge der gesteuerten Presse im In- und Ausland. Es verging kaum ein Tag, ohne dass ihre «Weisheiten» und Appelle an die eigene Bevölkerung nicht in irgendeiner Zeitung erschienen, in der sie für mehr «Gerechtigkeit», «Versöhnung» und «Reformen» plädierten. (Vgl. heutige Kampagnen gegen «rechts»)

So wurde ein nationaler Schuldkomplex aufgebaut, der – zusammen mit der Isolierung des Landes – die (weisse) Bevölkerung zum Nachgeben und zur Übergabe der Macht an eine radikale sozialistische schwarze Mehrheit führen sollte. Man versuchte den Weissen einzureden: «Gebt doch endlich auf! Es hat doch keinen Sinn, gegen die Kommunisten, die Vereinigten Staaten, die UNO und gegen den ANC anzukämpfen. Eine ANC-Regierung ist unausweichlich.»

➔

Der weisse Schuldkult

Wie in Südafrika werden Weisse in den USA und Europa heute einseitig mit allen möglichen Untaten ihrer Vorfahren konfrontiert, sodass sie damit beginnen, die eigene Kultur abzulehnen. Der vorherrschende politisch-korrekte Zeitgeist hat die westliche Gesellschaft dazu gebracht, sich in tiefsten Schuldgefühlen pauschal für ihre Vergangenheit zu schämen und damit alles Gute zu vergessen, was die westliche Zivilisation hervorgebracht und erreicht hat. So wird in Medien und Bildungsanstalten die abendländische Geschichte nicht mehr aus einer neutralen und dem jeweiligen Zeitgeist gerechten Perspektive dargestellt. Nicht selten werden Informationen aus dem Zusammenhang gerissen, um die Taten vergangener Generationen in ein schlechtes Licht zu rücken. Dabei soll betont sein, dass sich, wie in allen anderen, auch in der Geschichte der westlichen Gesellschaft, dunkle und unrühmliche Kapitel finden lassen, in denen schlimme Verbrechen begangen wurden. Jedoch konzentriert sich das moderne und globale Geschichtsnarrativ unausgewogen und nahezu ausschliesslich auf die Vergehen des Westens, was bei den Nachkommen zu einer wachsenden Ablehnung ihrer Vorfahren führt.

Den Toleranz-Chip implantieren

Vornehmlich in den USA ist der offensichtlichste Angriff auf das Erbe des Westens die verzerrte Darstellung der Geschichte der Sklaverei. In Grossbritannien ist es der Kolonialismus inklusive der Sklaverei, ähnlich wie in Südafrika. Um die deutsche Bevölkerung zu einer Art dauerhaftem Kniefall für die Sünden ihrer Vorfahren zu bringen, wird die Geschichte der Weltkriege, insbesondere des Zweiten, von deutschen Meinungsführern gebetsmühlenartig wiederholt. Diese Themen werden als erzieherische Schlagstöcke benutzt, um die westliche Gesellschaft mit ewigwährenden Schuldgefühlen zu belegen. Volksgruppen, die ihre Traditionen verachten und sich selbst mit immerwährender Schuld für die grössten Verbrechen der Geschichte betrachten, verlieren ihren Zusammenhalt. Und Völker ohne Zusammenhalt sind brüchig und anfällig für äussere Angriffe. ***(tk)***

Seite 33

Viele schwarze Führer innerhalb Südafrikas bemerkten dies auch und machten es sich zunutze. Besonders der Zuluhäuptling, Chief Mangosuthu Buthelezi, Führer des sieben Millionen starken grössten schwarzen Volkes, warnte seine Leute vor einem selbstmörderischen Konflikt mit den Weissen. Er hatte längst begriffen, dass starke ausländische Kräfte mit diplomatischen Drohungen, Pressionen und wirtschaftlichen Massnahmen gegen das Land weit mehr ausrichten konnten als seine Zulukrieger. Er erwartete früher oder später, dass diese Kräfte siegreich sein und die Regierung zum Abdanken zwingen würden, wonach er kraft der Mehrheitsverhältnisse unter den schwarzen Völkern die Regierungsgewalt übernehmen wollte.

Presselügen gegen Südafrika

1984 veröffentlichte die amerikanische Gesellschaft «Accuracy in Media» («Genauigkeit in den Medien») eine Analyse der Berichterstattung über Menschenrechte während des Jahres 1982 in der Washington Post, der New York Times und der CBS-Fernsehstation in Amerika. Daraus ging hervor, dass zum Beispiel die New York Times bei ihren Südafrika-Reportagen über die Hälfte (53%) ausschliesslich dem Thema «Menschenrechten» widmete, gegenüber Reportagen über die Sowjetunion mit 27%, Nicaragua 18%, Rotchina 14%, Ostdeutschland 9%, Iran und Angola je 6% und Ghana 3%. Drei der repressivsten Regime der Welt, Albanien, Nordkorea und Kambodscha wurden kaum erwähnt; und nur ganz am Rande wurde auf die Völkermord-Aktivitäten von Robert Mugabes «Fünfter Brigade» in Simbabwe hingewiesen.

Foto: Ricardo Stuckert/PR (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joaquim_Chissano.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

Am 12. Januar 1985 brachte die New York Times einen Bericht ihres Südafrika-Korrespondenten Alan Cowell unter der Schlagzeile «Hunger in Südafrika selektiv». In ihm wurde behauptet, dass Apartheid für 2,9 Millionen Schwarze «Hungersnot garantiere», weil eine «beständige Gesetzgebung der schwarzen Bevölkerung das fruchtbare Land vorenthalte». Es nützte wenig, dass der zuständige südafrikanische Minister derartige Lügenmärchen entschieden zurückwies und der Zeitung die wahren Gegebenheiten mitteilte. Der Schaden war getan und der Propagandaeffekt bei Millionen von Lesern nicht mehr rückgängig zu machen.

Deutsche Presseleute warfen in Südafrika Hände voll Bonbons in Mülltonnen und fotografierten dann die schwarzen Kinder, als diese kopfüber in den Mülltonen danach suchten. Tage später erschienen die Aufnahmen in deutschen und ausländischen Illustrierten unter Schlagzeilen wie «Hungernde schwarze Kinder leben von den Abfällen der Weissen». Dieses waren beileibe keine Ausnahmefälle.

In der «Deutschen Wochenzeitung» Nr. 50/85 wurde der folgende Bericht eines Korrespondenten abgedruckt, der für sich selbst spricht:

«Die Journaille und Südafrika,
Sie berichtet ständig über ‚Rassenunruhen', die es nicht gibt. Der Kampf

**Alle Völker praktizierten Sklaverei!
Alle Völker führten Krieg!
Doch nur weissen Menschen wird eingeredet,
sie würden deshalb eine ewige Schuld tragen.**

unter Schwarzen wird von Agenten, Pfarrern und Journalisten angeheizt. Es vergeht kein Tag, an dem Fernsehen, Funk und Presse in der Bundesrepublik Deutschland nicht von ‚Rassenunruhen' in der Republik Südafrika berichten. Demgegenüber kann jeder Reisende nur bestätigen, dass im Land Ruhe und Ordnung herrscht und von ‚Rassenunruhen' nicht gesprochen werden kann. Richtig ist, dass es hier und dort unter schwarzen Südafrikanern in den schwarzen Vorstädten der industriellen Ballungsräume bald tagtäglich zu politisch bedingten Auseinandersetzungen kommt, die sich nach afrikanischen Regeln meist blutig vollziehen.»

Die Wichtigkeit und Zusammenarbeit der westlichen Massenmedien bei der geplanten Revolution im südlichen Afrika (Rhodesien/Namibia/Südafrika) wurde schon vor langer Zeit von dem damaligen kommunistischen Vize-Staatschef Mosambiks, Joaquim Chissano, zugegeben. Eine britische Zeitung schrieb: «Bald nachdem FRELIMO-Guerillas (Anm.: siehe S.25) nach dem Portugiesen die Macht in Mosambik übernommen hatten, interviewte ein deutscher Journalist, Lutz Herold, den Stellvertreter Samora Machels, Joaquim Chissano. Er fragte ihn, welche Chancen die ZAPU/ZANU-Rebellen gegen die rhodesische Armee hätten. Chissano, der eine Ausbildung in revolutionärer Taktik und Propaganda in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und UdSSR erhalten hatte, erwiderte, dass die Guerillas auf sich allein gestellt wenig Hoffnung auf einen Sieg über die rhodesischen Streitkräfte hätten. **Er fügte auch hinzu, dass der ANC allein absolut keine Möglichkeit hätte, die südafrikanischen Sicherheitskräfte zu besiegen. ‚Aber', sagte er, ‚das macht nichts. [...]Wir wissen schon, dass die Weissen des südlichen Afrikas von ihren eigenen Medien so beeinflusst werden, dass sie ihre Machtposition auf dem Kontinent aufgeben werden.'"**

Die westlichen Medien verurteilten jede Reform der Regierung als nicht weitgehend genug. Fast alle Presseorgane forderten die Freilassung des kommunistischen Hochverräters Nelson Mandela. Sie verharmlosten oder ignorierten die kommunistische Bedrohung innerhalb oder ausserhalb des Landes, befürworteten radikale Reformen und sofortige Aufhebung aller Rassentrennungsgesetze, deren geschäftliche Auswirkungen besonders dem «Big Business» in Südafrika zugutekommen würden. Sie traten für ein Entgegenkommen und den Dialog mit terroristischen «Befreiungsbewegungen» ein, forderten den Abzug des Militärs aus schwarzen Unruhegebieten und die Aufhebung des Ausnahmezustands – ungeachtet der Tatsache, dass gerade die zwei letztgenannten Massnahmen der Regierung erheblich dazu beigetragen hatten, dass das Morden und Brandschatzen innerhalb der schwarzen Wohngebiete auf ein Minimum gesenkt werden konnte und wieder Ruhe und Ordnung im Lande hergestellt wurde, sodass die grosse friedliebende Masse der schwarzen und weissen Bürger ihren normalen Tätigkeiten nachgehen konnte. Bei Zusammenstössen zwischen Polizei und Militär mit radikalen Aufrührern wurde fast ohne Ausnahme die Hauptschuld dem «brutalen, provokativen Auftreten» der Sicherheitskräfte zugeschrieben (siehe S.40 f.). Es wurde alles getan, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheitsorgane Südafrikas zu unterminieren.

Verrat von Innen

Doch auch die südafrikanischen Medien waren bei der Hetzkampagne gegen die eigene Regierung auf Linie mit der UNO. Der grösste Teil der südafrikanischen Presse, einschliesslich der grossen Buch- und Zeitschriftenverlage, gehörte in den Achtzigern dem Mammutkonzern von Anglo-American und wurde von dem Industriemagnaten Harry Oppenheimer kontrolliert. Er hatte enge Beziehungen zu den führenden internationalistischen Einrichtungen in den Vereinigten Staaten, das heisst zum «Council on Foreign Relations» (CFR) und der «Trilateralen Kommission» sowie zu den europäischen «Bilderbergern» und dem «Royal Institute of International Affairs» in England.

Er liess seine Führungsspitze bei Anglo-American mit der ANC-Führung in Lusaka/Sambia verhandeln, ungeachtet der Tatsache,

ANGLO AMERICAN

Der Londoner Bergbau-Konzern «Anglo American», der beste Beziehungen zu internationalistischen Organisationen pflegt, kontrollierte nahezu die gesamte südafrikanische Presselandschaft. Wohl kein Zufall, dass auch er sich gegen die Apartheid stellte.

Seite 35

dass die Bombenleger des ANC den kommunistischen Umsturz der Regierung planten und als staatsfeindliche Organisation in Südafrika verboten waren. Dass sich auch andere sozialistische Vertreter des südafrikanischen «Big Business» an den Gesprächen beteiligten, brachte den Terroristen eine Aufwertung ein, die sie sich nicht besser hätten wünschen können. Die Parallele zu David Rockefellers engen Geschäftsverbindungen mit marxistischen Staaten drängt sich auf und beweist den Vorzug, den multinationale Konzerne Gesellschaftssystemen entgegenbringen, in denen die freie Marktwirtschaft durch Kommunismus ersetzt ist.

Der amerikanische Professor Anthony C. Sutton drückte es so aus: «Für prinzipienlose Männer, die die Macht haben, den Markt in die Enge zu treiben, haben marxistische Regierungen eine ganze Reihe von Attraktionen. Dazu gehören staatlich kontrollierte Märkte ohne irritierende Störungen wie der Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft, und kontrollierte Arbeitskräfte, bei denen es solche Unbequemlichkeiten wie Tarifverhandlungen, Gewerkschaften, Streiks und teure Sicherheitsmassnahmen nicht gibt.»

Die besondere Verbindung der südafrikanischen Medien mit revolutionärer Tätigkeit konnte kaum deutlicher zum Ausdruck gebracht werden als im Gerichtsprozess gegen Abram Fischer, den früheren Leiter einer kommunistischen Untergrundbewegung in Südafrika, der enge Beziehungen zu Moskau pflegte. Er hatte freudig zugegeben: «Unsere Presse hat wunderbare Arbeit geleistet.» Und er meinte damit nicht die «Prawda» oder «Neues Deutschland» (Sowjet-Zeitungen), sondern die südafrikanischen Massenmedien der beiden Zeitungsketten The Argus Group und South African Associated Newspapers.

Im «Aida Parker Newsletter» Nr. 49 vom 29.01.1985 druckte die Verfasserin in einem Bericht unter der Überschrift «Die Wahrheit ist Südafrikas stärkste Verteidigung» einige Leserbriefe ab, die die Stimmung und Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung an besten widerspiegelten:

«Bei uns herrscht ein verzweifelter Mangel an aufgeklärter Öffentlichkeit, an einem systematischen Programm der ‚Entpropagandisierung' der Leute. Wir erreichen dies nicht durch die Südafrika-Ausgaben der Prawda und der Iswestija-Süd (Anm.: sowjetische Tageszeitungen). Einer der unangenehmen Aspekte des südafrikanischen Journalismus ist die Art und Weise, in der er sich in die weltweite Kampagne gegen dieses Land hat einspannen lassen. Ich kenne kein anderes Land auf der Welt, wo die Angriffe – hauptsächlich gegen die südafrikanische Wehrmacht und die Sicherheitsorgane – so unbeschränkt stattfinden können, dass sie schon an Verrat gipfeln», so ein Rechtsanwalt aus der südafrikanischen Provinz Natal. ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

Quelle:
1. «The Aida Parker Newsletter», Nr.46, 04.12.1984

Foto: diy13/shutterstock

War der Boxchampion Muhammad Ali für die Apartheid?

Der ehemalige Boxweltmeister Cassius Clay alias Muhammad Ali vertrat noch in den 70er-Jahren Ideen, die aus aktueller «politisch korrekter» Sicht kaum tragbar wären. So sagte er u.a. in einem Interview:

«Wenn ich in Alabama lebte, würde ich immer für den Gouverneur Wallace stimmen, weil er die Weissen nicht mit den Schwarzen vermischt. Ich wähle nicht diejenigen, die sagen ‚Ich mag die Schwarzen gern' und ich würde auch Schwarze wie Sammy Davis (Anm: halb Schwarzer, halb Jude) nicht wählen, die sich mit einer Weissen verheiraten, weil die Menschen Personen ihrer selben Rasse

Foto: Scott Woodham Photography/shutterstock

heiraten sollten. Elijah Mohammed (Anm.: Religionsstifter des Islam) sagt, dass die Hunde bei den Hunden, die Fische bei den Fischen, die Insekten bei den Insekten und die Weissen bei den Weissen bleiben sollen. So befiehlt es die Natur und das Gesetz Gottes, und so steht es auch in der Bibel, die ihr Christen so verehrt.»

Man muss Alis extremer Meinung nicht zustimmen, doch man stellt fest, was für ein bemerkenswerter Sinneswandel innerhalb der breiten Bevölkerung stattgefunden hat. Heute wäre diese Aussage ein absolutes Todesurteil für jede Karriere. Sogar ein Mitglied gemässigter rechter Parteien wie der AfD dürfte sich nicht so äussern – es sei denn, er oder sie wollte von den Medien in Stücke gerissen werden.

Quelle: «Unabhängige Nachrichten», Februar 1976, S.9

Konflikt nach Hegel'scher Dialektik

Quelle: *youtube.com*

Südafrika war in den 50er-Jahren das fortschrittlichste Land Afrikas. Es gab keinen Terrorismus, keine Aufstände und wenig Kriminalität. Die Wirtschaft war gesund und es herrschte weitaus mehr Harmonie zwischen den verschiedenen Ethnien, als es die Medien weltweit vermittelten. Der schwarze Gärtner oder das Hausmädchen waren glücklich, wenn sie bei weissen Familien Arbeit fanden.

Wie wir zum Beispiel von der Französischen Revolution, der Russischen Revolution und anderen wissen, entstehen nationale Konflikte und Revolutionen so gut wie nie von innen heraus. Sie kommen nicht aus dem Volke, der «unterdrückten Masse», die sich plötzlich – wie automatisch – landesweit erhebt, um eine tyrannische Regierung zu stürzen. Es mag zwar Unzufriedenheit und Unruhe in einem Teil der Bevölkerung eines Landes geben, aber das allein führt nicht zu einem landesweiten Aufstand, der in Lage wäre, die Regierung zu stürzen. Aufstände und Revolutionen müssen entfacht, finanziert und professionell organisiert werden. Dazu bedarf es starker Kräfte ausserhalb des betreffenden Landes.

Wenn wir die Konflikte und Revolutionen des letzten Jahrhunderts in vielen Ländern der Erde betrachten, so fällt auf, dass

a) jede revolutionäre Umwälzung oder der Sturz einer Regierung nach fast dem gleichen Schema ablief

b) jedes neue Regime sozialistisch-marxistisch oder zumindest stark zentralistisch (diktatorisch) orientiert war, und in fast allen Fällen brutaler, korrupter und unterdrückender als die Regierung, die man angeblich aus gerade diesen Gründen gestürzt hatte

c) die gestürzten Regime stark nationalistisch, antikommunistisch und besonders eigenständig oder unabhängig waren

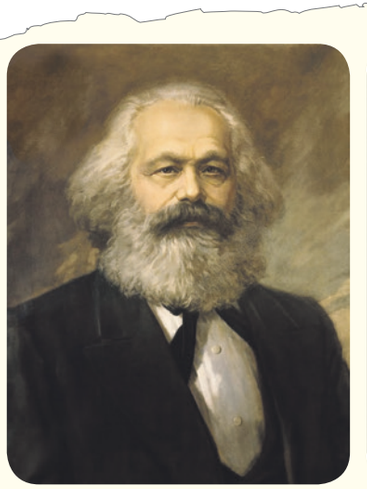
d) obwohl die neue Machtclique brutaler war als die vorherige und die Menschenrechte mit Füssen trat, sie nach kurzer Zeit von so gut wie allen westlichen Regierungen anerkannt und mit Krediten und Hilfslieferungen unterstützt wurde; und dass

e) bei allen Umstürzen amerikanische und/oder russische Dienststellen ihre Hand mit im Spiel hatten

Nach den Theorien des deutschen Philosophen Friedrich Hegel, der sogenannten «Hegel'schen Dialektik», wird der Geschichtsverlauf durch Konflikte bestimmt. Hieraus folgt, dass durch kontrollierte Konflikte ein vorgeplanter Geschichtsverlauf geschaffen werden kann. Hegels Ideen, die von Karl Marx aufgegriffen wurden, gehören auch heute noch zur Standardlehre kommunistischer Schulung. Nach diesem System kann zum Beispiel eine Gruppe, die die Weltherrschaft durch eine von ihr gelenkte Weltregierung anstrebt, den Geschichtsverlauf entsprechend steuern. Es geht um die kontrollierte Anwendung der Konflikte für weit vorausgestreckte Ziele - und nicht etwa nur, um ein Problem zu lösen.

Nach Hegel'scher Dialektik erzeugt jeder Zustand (die These) früher oder später einen Widerspruch (die Antithese). Der Konflikt, der aus beiden entsteht, bildet die Synthese. Danach geht der Prozess von vorne los. These gegen Antithese ergibt Synthese. Die Synthese, die von den Internationalisten gewünscht wird, ist allem Anschein nach eine Weltregierung (siehe ExpressZeitung 06/2017). Vieles spricht dafür, dass diese ohne sorgfältig geplante, kontrollierte Konflikte nicht zustandegebracht werden könnte. Einzelmassnahmen von Personen oder Gruppen wären dazu nicht in der Lage. Daher müssen die Synthesen auf

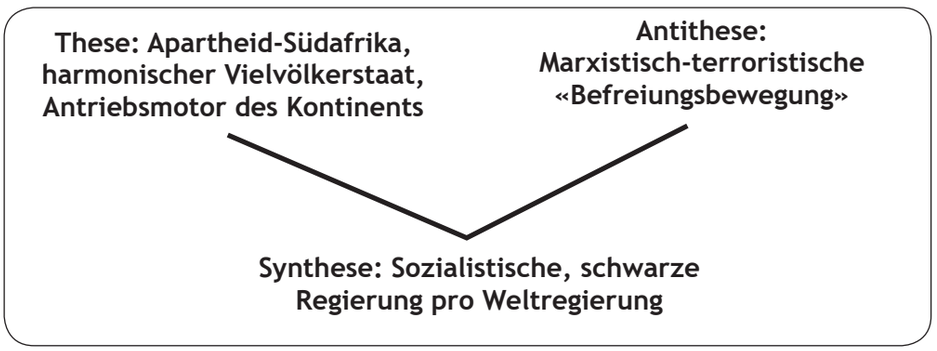
➔



Die Ideen des deutschen Philosophen Hegel wurden von Karl Marx aufgegriffen.

Seite 37

dem Weg dahin künstlich geschaffen werden. Die Methodik ist relativ einfach und bringt dazu noch hohe Gewinne für die internationalen Banken und Grosskonzerne, indem die vermeintlichen Kontrahenten gegeneinander ausgespielt werden. Dies erklärt auch die Tatsache, warum die Banker sowohl die Sowjetunion als auch das Dritte Reich Hitlers unterstützten; ebenso Nordkorea und Nordvietnam gegen Amerika usw. Die Konflikte bringen viel Geld ein, während sie gleichzeitig die Länder in die Fangarme einer Weltregierung treiben.



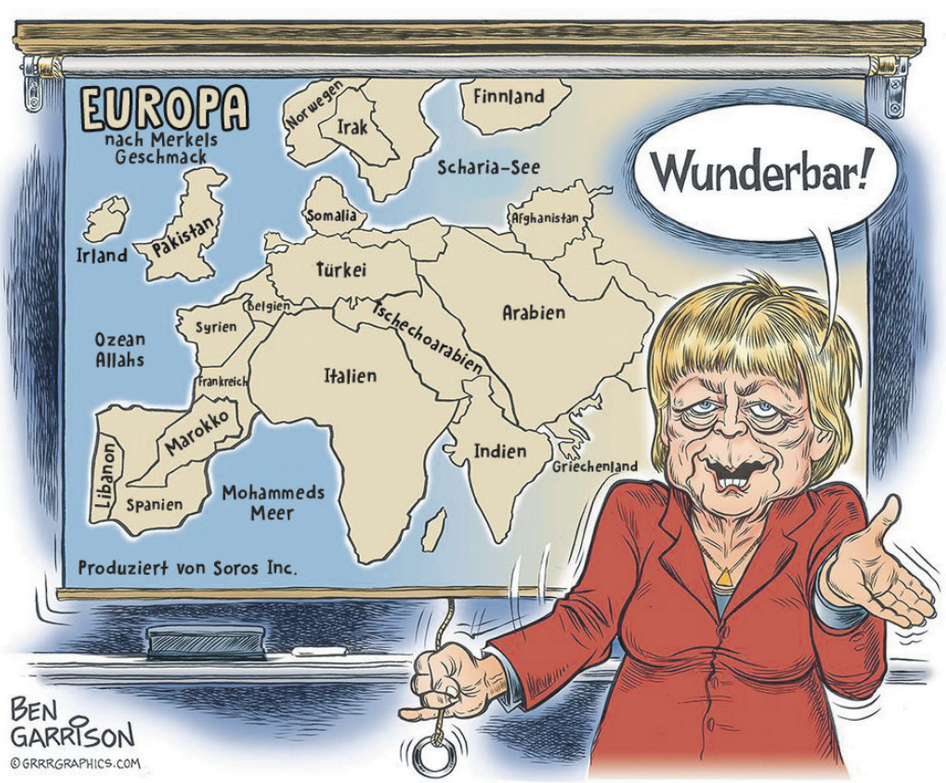
Die Antithese zu Frieden und Wohlstand

Wenn wir die Hegel'sche Dialektik auf das südafrikanische Konfliktbeispiel anwenden, können wir die Durchführbarkeit und Konsequenz dieser Theorien gut erkennen. Nach Hegel wäre die These in unserem Beispiel das «frühere» Südafrika: Ein friedliches Land, fast unberührt von den grossen Konflikten auf der nördlichen Halbkugel, enormes Potential an wirtschaftlicher Entwicklung, harmonischer Vielvölkerstaat, unaufhörlicher Aufstieg zur dominierenden Macht Afrikas, der Antriebsmotor des Kontinents, ständig steigender Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen.

Was liegt bei einem Vielvölkerstaat näher, als das Rassenproblem zu schüren? Die Apartheidspolitik der Rassentrennung – die Nebeneinander-Entwicklung der unterschiedlichen Rassen – wurde deshalb derart aufgebauscht und diffamiert, dass es nicht lange dauerte, bis es innerhalb der schwarzen Massen (teils sicherlich zurecht) zu Unzufriedenheit und Rebellion kam. Ein System, das einst von Schwarzen und Weissen als natürlich und zur Vermeidung rassischer Reibungspunkte angesehen wurde, wurde plötzlich ins Gegenteil verkehrt. Hieraus resultierende Widerstandsbewegungen, die meist nach kurzer Zeit kommunistisch infiltriert waren, wurden als nationale «Befreiungsbewegungen» gegenüber dem «Unrechtssystem» hingestellt. Jetzt brauchte man nur noch abzuwarten, welche Befreiungsbewegung sich am meisten «profilierte» und das System bedrohte. Dann wurde diese Organisation mit Hilfe der Establishment-Medien und grossen finanziellen Zuwendungen systematisch aufgebaut, aufgewertet und als alternative Regierung des Landes hingestellt. Ihre fast völlige kommunistische Zusammensetzung und die brutalen Terrormethoden, mit denen sie nach Macht strebte, wurden weitgehend verharmlost oder ignoriert, da ja alles im Interesse der Befreiung der Schwarzen aus der «Tyrannei der Apartheid» geschah.

Damit war die Antithese geboren und eine ernstzunehmende Realität geworden. Die These (südafrikanische Regierung) befand sich nun im Kampf mit der Antithese (kommunistische «Befreiungsbewegung»).

Die globalen Planer, die die Antithese geschaffen und gefördert hatten (allen voran die UN), drängten sodann die Regierung zum Verhandeln, zum Dialog, zur Amnestie für «politische» Gefangene, und schliesslich zur Koalition mit der «Befreiungsbewegung». Mit Hilfe von Sanktionen, diplomatischem Druck, Drohungen, Erpressungen und weltweiter Propaganda zugunsten der «Befreiungsbewegung» (Antithese) war das Ergebnis die gewünschte Synthese – eine sozialistische schwarze Regierung im Lager der Einweltler.



Der Krieg gegen das weisse Afrika – Blaupause für Europa?

Der rhodesische Regierungsberater Ivor Benson schrieb in der Zeitung «Diagnosen» (Nr.1/86, S.26): «Die erste Tatsache von entscheidender Bedeutung ist, dass die wirkliche Geschichte dessen, was in Südafrika passiert, nur eine Episode aus einem sehr viel weitgespannteren Szenarium ist, das im Grunde für die gesamte Welt und die gesamte Menschheit bestimmt ist. [...] Kurz gesagt, Südafrika ist zu einer der Hauptzielscheiben der weltweiten revolutionären Bewegung geworden, die zu Beginn unseres Jahrhunderts und seit Ende des Zweiten Weltkriegs rasch an Stosskraft gewonnen hat. Ihr Ziel ist die Zentralisierung der politischen Macht, die zu der zunehmenden, heute fast abgeschlossenen, Zentralisierung der finanziellen Macht passt.»

Der französische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Mischke hatte ebenso prophezeit, dass Europas unmittelbare Existenz mit den Geschehnissen im südlichen Afrika verknüpft sei. Sollte der südliche Teil des schwarzen Kontinents kommunistisch werden, müssten

> ««Für prinzipienlose Männer, die die Macht haben, den Markt in die Enge zu treiben, haben marxistische Regierungen eine ganze Reihe von Attraktionen. Dazu gehören staatlich kontrollierte Märkte ohne irritierende Störungen wie der Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft, und kontrollierte Arbeitskräfte, bei denen es solche Unbequemlichkeiten wie Tarifverhandlungen, Gewerkschaften, Streiks und teure Sicherheitsmassnahmen nicht gibt.»»
>
> *Anthony C. Sutton (†) , britischer Ökonom, Historiker und Schriftsteller*

die Europäer fürchten, wirtschaftlich stranguliert zu werden.

Es war immer das Endziel der Sowjets in Afrika gewesen, die rote Fahne über Kapstadt wehen zu lassen. Die Marschroute für Südafrika hatte die Kommunistische Internationale bereits 1928 vorgegeben: «Unser Ziel sollte darin bestehen, den Afrikanischen Nationalkongress in eine nationale revolutionäre Kampforganisation gegen die weisse Bourgeoisie und die britischen Imperialisten auf der Basis der Gewerkschaften, Bauernorganisationen usw. zu verwandeln, wobei die führende Rolle der Arbeiter und der Kommunistischen Partei in dieser Organisation systematisch entwickelt werden muss.» (1)

Die erste Phase auf dem langen Marsch zur Macht war die Vereinnahmung des ANC und seine Eingliederung in die sozialistische Weltrevolution. Für die zweite Etappe wurden viele «nützliche Idioten» eingespannt – Kirchenmänner, Politiker, Sozialisten –, die das Spiel gegen Südafrika nicht durchschauten. Den Rest besorgten die kontrollierten Massenmedien, die Südafrika propagandistisch sturmreif schossen und in die weltpolitische Isolierung und den wirtschaftlichen Ruin treiben sollten.

Der Kampf um Südafrika ist in Wirklichkeit ein Kampf um die Herrschaft über die reichen Industrienationen Westeuropas. Sein Endziel ist auch die Einverleibung Amerikas in die sozialistische Weltrepublik der Bankiers. Die Pläne der Eine-Welt-Verschwörer sind weit fortgeschritten und der Traum einer sozialistischen Weltrepublik könnte in naher Zukunft in Erfüllung gehen. Mächtige Organisationen innerhalb der UNO, der US-Regierung, der Weltkirchenrat und seine nationalen Kirchenräte, der «Council on Foreign Relations», die «Bilderberger», die «Trilaterale Kommission», die «New Age»-Bewegung und unzählige andere Organisationen arbeiten an dem Zustandekommen einer Weltregierung, die angeblich die Menschheit vereinen und der Welt immerwährenden Frieden bringen sollten.

Die Wirklichkeit wird wohl anders aussehen, radikal anders. Eine Weltregierung muss zwangsläufig diktatorische Massnahmen ergreifen, um «den Mob» – die Weltbevölkerung – unter Kontrolle zu halten. Das Nationalbewusstsein der Völker, ihre bisherige Wertvorstellungen, Traditionen und Ehrbegriffe, ethnische Unterschiede und religiöse, moralische und kulturelle Eigenheiten können nicht einfach ausgeschaltet werden. Sie können aber in einem gleichartigen, gottlosen und totalitären Weltsystem nicht geduldet werden. Deshalb kann eine Weltregierung nur in einem System brutaler Zwangsherrschaft bestehen, die wiederum nur mit drakonischen Gesetzen, Polizeiterror und der Ausschaltung aller individuellen Freiheiten aufrechterhalten werden kann.

Das System Kommunismus ist seit über 100 Jahren an etwa einem Drittel der Menschheit ausprobiert worden. Es wurde eigens zu diesem Zweck geschaffen und schickt sich an, die Weltherrschaft im Auftrag der Bankiers zu übernehmen. Die Ablösung der alten Garde im Kreml mit modisch-westlichen, lächelnden und «charmanten» Führungspersönlichkeiten war Teil dieser Strategie, die die Menschen im Westen täuschen und die Verschmelzung mit dem Kommunismus erleichtern sollte. Seien wir gewarnt! ***(tk/Klaus D. Vaqué)***

FORD FOUNDATION

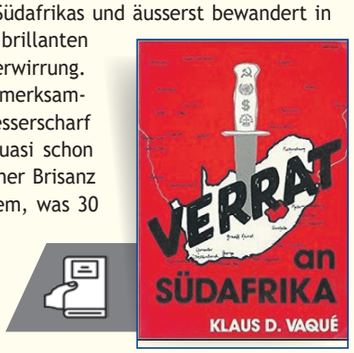
Als der Untersuchungsleiter eines amerikanischen Kongressausschusses, Norman Dodd, im Jahre 1953 vom Präsidenten der Ford-Stiftung, Rowan Gaither, wissen wollte, weshalb die Ford-Stiftung hohe Beträge an anti-amerikanische Gruppen leistete, bekam er die unverblümte Antwort:

«Wir operieren im Rahmen einer Direktive aus dem Weissen Haus, nämlich, das Leben in den Vereinigten Staaten so zu ändern, dass sie leicht mit der Sowjetunion verschmolzen werden können.»

Anstatt diesen Fall aufzugreifen und das «Trojanische Pferd» der Ford-Stiftung vor der Öffentlichkeit blosszustellen, griff die Presse den Untersuchungsleiter des Kongressausschusses an, weil er die Unverschämtheit besessen hatte, solche wichtigen Informationen aufzudecken.

Quelle: supremelaw.org, Transcript of Norman Dodd Interview, 1982

Für viele Südafrikaner war es unerklärlich, dass gerade in den Achtziger-Jahren weltweite Sanktionen über Südafrika verhängt wurden, wo doch die Apartheidspolitik , das angebliche Hauptübel des Landes, seit Jahren in immer rascherem Tempo abgebaut wurde. Der Autor Klaus D. Vaqué, selbst Bürger Südafrikas und äusserst bewandert in geopolitischen Fragen, brachte 1988 mit seinem brillanten Buch «Verrat an Südafrika» Licht ins Dunkel der Verwirrung. Leider fand das Buch damals viel zu wenig Aufmerksamkeit, obwohl Vaqué die Situation in Südafrika messerscharf analysierte und die Machtübernahme des ANC quasi schon ankündigte. Das Buch hat bis heute nichts an seiner Brisanz verloren, es ist eine weitsichtige Warnung vor dem, was 30 Jahre später nahezu 1:1 eintraf. Wir danken dem Autor, auf dessen Buch die vorangegangenen Haupttexte basieren, für seine scharfsinnigen Überlegungen und legen jedem unserer Leser das Werk «Verrat an Südafrika» wärmstens ans Herz.



Quelle:
1. «Die südafrikanische Frage». Resolution, angenommen vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale im Jahre 1928 (zitiert in «Deutsche Afrika-Stiftung», Heft Nr.40, S.40)

Der südafrikanische Staatspräsident Nelson Mandela setzte am 10. Dezember 1996 mit seiner Unterschrift die neue demokratische Verfassung in Kraft – als symbolträchtiger Ort für die Zeremonie wurde Sharpeville gewählt, Szene des «Massakers» von 1960.

Das «Sharpeville-Massaker» als historisches Schlüsselereignis

Im folgenden Ausschnitt aus Klaus D. Vaqués Buch «Verrat an Südafrika» sollen die Hintergründe zur Tragödie von Sharpeville näher beleuchtet werden. Ob es sich dabei um ein quasi bewusst herbeigeführtes Massaker eines rassistischen Terrorregimes an friedlichen und wehrlosen Demonstranten handelte, so wie es uns die Weltpresse und offizielle Geschichtsschreibung bis heute vermittelt oder dieses Drama nicht ganz so einseitig und in einem grösseren Kontext betrachtet werden sollte, darüber möge man sich seine eigene Meinung bilden:

Um die Ereignisse in die richtige Perspektive zu bringen, so schreibt die Journalistin Aida Parker, müssen wir zeitlich ein wenig zurückgehen, und zwar nach Cato Manor, einem schläfrigen, sonnigen Ort an den Aussenbezirken Durbans. **Es ist der 25. Januar 1960, knapp zwei Monate vor dem Hauptdrama in Sharpeville. An diesem Tag sollten neun Polizisten, vier weisse und fünf schwarze, unter grauenvollen Umständen ihr Leben verlieren.** Die Geschichte von Cato Manor wird von einem Mann geschildert, der dabei war: Gert Smit, zu jener Zeit als Polizeiwachtmeister in Cato Manor stationiert. Der Ort war damals noch eine Gegend, um die die meisten Menschen lieber einen Bogen machten: Eine Brutstätte an Kriminalität, Dreck und ansteckenden Krankheiten. Schwelende Rassenspannungen zwischen Schwarzen und Indern, wobei die letzteren der Ausbeutung beschuldigt wurden, verschärften die Lage. Illegale Lasterhöhlen mit hochprozentigem Getränkeausschank taten ihr Übriges.

Es war die Aufgabe der Polizei, die Spannungen innerhalb der Gemeinschaften in Schach zu halten, Verbrechen zu bekämpfen und die Lasterhöhlen auszuheben. Der 25. Januar 1960 war ein Samstag. Sehr viele Schwarze waren von ausserhalb nach Cato Manor gekommen, um mit Freunden und Familienangehörigen zu trinken und das Wochenende zu feiern.

Es war Standard-Routine der Polizei, eine 12-Mann-Patrouille an bestimmten Stellen innerhalb des Townships abzusetzen, um sie später – zusammen mit eventuellen Gefangenen – wieder mit dem Polizeiauto abzuholen. Die schicksalsträchtige Patrouille jener Nacht stand unter dem Befehl des Polizeiwachtmeisters Winterboer, eines Mannes, der später in Pretoria Selbstmord beging. Winterboer setzte seine Leute ab und vereinbarte mit ihnen, sie später bei den Lagerhallen einer Firma, die mit «Benoni Nr.1» bezeichnet waren, wieder abzuholen.

«Tötet die Bullen!»

Patrouillenleiter war ein weisser Schutzmann namens Joubert. Die Gruppe machte einige Verhaftungen und wurde dann von einem unruhigen, betrunkenen Mob bedrängt, der die Freilassung der Gefangenen forderte. Unter den gegebenen Umständen wäre es wahrscheinlich das beste gewesen, die Gefangenen unter irgendeinem Vorwand laufen zu lassen. Aber Joubert, der nur 18 Monate Dienstzeit hinter sich hatte, unterschätzte die Gefahr, die seiner Gruppe nun drohte. Sogar als die schwarzen Frauen in der Menge anfingen, ihre traditionellen, die Männer zum Kampf aufrufenden Kehlkopfschreie auszustossen, war Jouberts Antwort unnachgiebig: «Nur über meine Leiche werden diese Gefangenen freigelassen.»

Nach einer Rempelei zwischen einem schwarzen Polizisten und einer Frau schrie diese lauthals, was eine unheilvolle Kettenreaktion zur Folge hatte. Innerhalb von Minuten war die Polizeipatrouille von einem brüllenden Mob umringt, der immer mehr anwuchs, als mehr und mehr angetrunkene Schwarze aus den umliegenden Hütten kamen und mit Knüppeln, Schlagmessern und Stichwaffen auf Polizisten losgingen.

Unter dem infernalischen Geschrei der Menge «Tötet die Bullen! Tötet die Bullen!» wich die Gruppe zurück und erkämpfte sich ihren Weg zu den «Benoni Nr.1» Lagerhallen in der Hoffnung, dort den Polizeiwachtmeister Winterboer mit dem Polizeiwagen vorzufinden. Es gelang ihnen, sich in einem halbverfallenen Blechschuppen zu verbarrikadieren, wobei sie einem furchtbaren Steinhagel des sie umringenden Mobs ausgesetzt waren.

Während dies vor sich geht, taucht Wachtmeister Winterboer auf, sieht, was passiert, gerät in Panik, benutzt nicht sein Gewehr, sondern rast zurück zur Polizeistation, um Verstärkung zu holen. Während der Zeit seiner Abwesenheit geht der Steinhagel weiter, das aufhetzende Geschrei der Frauen, die Rufe «Tötet den Bullen! Tötet die Bullen!» Schutzmann Joubert macht einen verzweifelten Ausbruchsversuch, rennt zu einem nahegelegenen Avokadobaum, um ihn zu erklimmen. Er wird abgefangen, mit langen Buschmessern in Stücke gehauen und grauenhaft verstümmelt.

Den weissen Polizisten Kriel und Rademan, sowie ihrem schwarzen Kollegen Dludla, gelingt es ebenfalls, aus dem belagerten Schuppen zu entkommen. Kriel kämpft mit seinen blossen Fäusten um sein Leben und rennt fast einen Kilometer, bevor auch er in Stücke gehackt wird.

Rademan, der schon in Sicherheit war, hört Kriels Schreie und kehrt zurück, um zu helfen. Er wird ebenfalls in Stücke gehackt. Der schwarze Polizist Dludla versucht Rademan zu helfen und erleidet das gleiche Schicksal. Vier weiteren schwarzen Polizisten ergeht es ebenso. Der «Leichnam» des weissen Polizisten Gert Rheeder wurde später unter einem Steinhaufen hervorgezogen und mit den anderen Toten auf einen Polizeilastwagen gelegt. Bei der Ankunft an der Polizeistation salutiert der befehlshabende Polizeimajor Jerry van der Merwe formell vor dem Toten, als ein indischer Polizist erregt auf den Finger des «toten» Rheeder zeigt, der sich bewegt hat. Sein Kopf und Körper waren zu einer so blutigen Masse entstellt worden, dass seine eigenen Eltern ihn nicht erkennen konnten. Rheeder überlebte, blieb aber für immer ein geistiges und physisches Wrack.

Vorgeschichte weitgehend unerwähnt

Dies ist also die Geschichte von Cato Manor, die sich am 25. Januar 1960 zugetragen hatte. Sie wurde von fast allen Medien im Ausland stillschweigend übergangen. Als die Polizei in Sharpeville sich knapp zwei Monate später, am 21.03.1960, einem ähnlichen Mob gegenübersah, der auf 10.000 bis 20.000 Personen geschätzt wurde und deren Polizeistation umringte, hatte sie die Vorfälle in Cato Manor noch frisch in Erinnerung und Grund genug, um ihr Leben zu fürchten. Wie in Cato Manor befanden sich in Sharpeville nur einfache, uniformierte Polizisten im Dienst, die keine Ausbildung in der Hantierung von Massendemonstrationen hatten. Einer war erst einen Monat im Polizeidienst gewesen.

Die Spannung um die Polizeistation begann sich am Sonntagabend, dem 20. März, aufzubauen. Bewaffnete Gruppen von Schwarzen mussten während der Nacht immer wieder von der Polizei mit Schlagstöcken vertrieben werden. Am Montagmorgen sah sich die Polizei einer riesigen Menge gegenüber, die sie verhöhnte und bedrohte. Tränengasangriffe erwiesen sich als nutzlos und die Polizei musste wieder mehrmals mit Schlagstöcken gegen die Unruhestifter vorgehen. Nach Auskunft des Untersuchungsrichters P.M. O'Brien, der später einige der Hauptanstifter verurteilte, hatte sich gegen Mittag eine Menge von mindestens 19.000 Schwarzen angesammelt, die eine «beleidigende, drohende und provokative Haltung» angenommen hatten.

Es war um 13.35, als die endgültigen tödlichen Ereignisse stattfanden. Die Menge hatte mehrmals versucht, die Polizeibarrikaden zu stürmen. Ein Versuch der Polizei, einen der Haupträdelsführer zu fangen, missglückte. Was dann folgte, war keineswegs ein kalkuliertes Massaker der Polizei, sondern eher eine panikartige Reaktion junger Polizisten, die für diese Situation nicht vorbereitet waren. Viele von ihnen waren inzwischen seit 24 Stunden ununterbrochen im Dienst. Die Spannung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Der kommandierende Polizeioberst Pienaar befahl seinen Männern, ihre Waffen zu laden, aber nicht zu schiessen, bevor der Befehl erteilt wurde. Der Tumult draussen war so laut, dass Instruktionen nur auf ganz kurze Entfernung gehört werden konnten. Spätere Beweisaufnahmen ergaben, dass die Offiziere ihre Männer wiederholt gewarnt hatten, nicht die Schusswaffen zu gebrauchen, während sie einfach versuchten, mit den Anführern der Menge zu verhandeln.

Dann geschah es. Plötzlich gab es einen Höllenlärm. Schreie ertönten wie «Cato Manor! Cato Manor!» und die Menge stürmte vorwärts. Die Tore wurden niedergerissen. Ein hoher Polizeioffizier wurde zu Boden geschleudert. Es hagelte Steine auf die Polizisten und Schüsse oder scharfe Befehle wurden aus der Menge gehört. Die Polizei eröffnete das Feuer. Es gab 69 Tote und 180 Verletzte.

Dies war das Ende einer Demonstration «friedlicher schwarzer Bürger», das der kommunistische Agitator Robert Sobukwe vom PAC eiskalt in sein politisches Kalkül gezogen hatte. Die Passgesetze dienten lediglich als Vorwand, um eine Konfrontation mit den weissen Sicherheitskräften zu erzwingen. Er hatte Erfolg damit. Spätestens seit Sharpeville sass Südafrika in den Augen der Welt auf der Anklagebank. Von nun an würde jede Aktion weisser Ordnungskräfte zu Lasten der herrschenden Weissen ausgelegt, was wiederum zur Folge hatte, dass die kommunistisch gesteuerten Provokationen schwarzer Revolutionäre zunahmen.

(Klaus D. Vaqué/tk)

Mai 2018: Über 50 Tote Palästinenser am Gazastreifen – Warum kein zweites Sharpeville?

Als am 14.05.2018 die Eröffnung der neuen israelischen Botschaft in Jerusalem erfolgte, demonstrierten nach israelischen Angaben 35.000 Palästinenser im Gaza-Streifen an der Grenze zu Israel. Sie forderten, dass die vertriebenen Palästinenser in ihre Heimatorte im jetzigen Israel zurückkehren könnten.

Die Situation eskalierte: Am selben Abend veröffentlichte das Gesundheitsministerium in Gaza eine Erklärung, wonach 55 Palästinenser getötet und 2.700 verletzt worden seien. Dutzende Verwundete würden sich in einem sehr kritischen Zustand befinden. Ein Ereignis, das viele Parallelen zu Sharpeville 1960 aufweist: Viele Tote durch Sicherheitskräfte, die Aufständische bekämpften, die Teil einer rechtlich unterprivilegierten Bevölkerungsgruppe waren und gegen die herrschenden Zustände aufbegehrten. Nach der Bezeichnung «Massaker» für die Vorfälle am 14. Mai konnte man in den westlichen Medien aber vergeblich suchen. Das zeigt, dass es letztendlich nur darauf ankommt, mit welchem «Dreh»(englisch: «spin») man ein bestimmtes Ereignis versieht.

Manche Tragödien werden selektiv medial in den Vordergrund gestellt, um weltweit Empörung zu erheischen, anderen Dramen von ähnlich grossem Ausmass wird dagegen kaum Aufmerksamkeit geschenkt und sie sind bald darauf wieder vergessen. Sharpeville ging als unvergessliches «Massaker» in die Geschichte ein und wurde zu einem historischen Wendepunkt hochstilisiert. Wäre es für die globale Strategie opportun, hätte man die ähnlich hohe Opferzahl am Gazastreifen ebenso als Casus Belli ausnutzen können, um eine globale Kampagne gegen Israel als brutales, menschenverachtendes Unterdrückerregime zu lancieren.

Doch in diesem Fall von Stimmungsmache solcher Art keine Spur, weshalb die toten Palästinenser jenes Tages in der Informationslut heutiger Zeit schon längst wieder vergessen sind. Moralische Empörung ist eben nur da gefragt, wo es gerade in die politische Agenda passt. ***(tk)***

Revolution in

- Im Zuge der sowjetischen Absicht, «nationale Befreiungsbewegungen» in der Dritten Welt zu instrumentalisieren, wurde der im Jahr 1912 als nicht-kommunistische Organisation gegründete Afrikanische Nationalkongress (ANC) von der moskautreuen Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) unterwandert und übernommen, was den ANC spätestens in den 1960er-Jahren zu einer kommunistischen Frontorganisation machte.
- Der ANC nutzte die Situation der Schwarzen aus, um die weltrevolutionären Ziele der Sowjetunion voranzutreiben. Delegationen von ANC und SACP reisten wiederholt nach Moskau; Waffen, Finanzierung und militärische Ausbildung wurden von der Sowjetunion gestellt.
- Das Ausmass der kommunistischen Unterwanderung wurde auch anhand der Regierungskabinette deutlich, die Südafrika seit 1994 regierten. Nicht nur Mandela selbst war Mitglied des Zentralkomitees der SACP gewesen, auch der Vizepräsident und spätere Präsident Thabo Mbeki hatte dem Zentralkomitee der SACP angehört. Zahlreiche weitere Kabinettsmitglieder hatten ihre Ausbildung in kommunistischen Staaten erhalten.
- So wie jeder sozialistisch regierte Staat hat Südafrika heute – fast ein Vierteljahrhundert nach der Apartheid – mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen: Inflation, Plünderung der Staatsfinanzen durch hochrangige Regierungsbeamte, himmelhohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und Obdachlosigkeit und die weltweit höchsten Raten von Mord, Vergewaltigung, Raub, Entführung und Autodiebstahl.
- Die westliche Öffentlichkeit versteht infolge Gorbatschows Perestroika mehrheitlich nicht, dass die gesamte kommunistische Bewegung, die während des Kalten Krieges ein Werkzeug der Sowjetunion war, nach dem Wegfall der Sowjetunion noch effektiver geworden ist. Der Kampf für das, was man früher «Kommunismus» nannte, ist heute der Kampf für die sogenannte «soziale Gerechtigkeit».
- Seit der Machtübernahme von ANC und SACP nähert sich Südafrika Russland, China und Kuba an. Im Jahr 2009 berichteten südafrikanische Medien darüber, dass der ANC für seinen bevorstehenden Wahlkampf Finanzhilfen von der Kommunistischen Partei Chinas bekommen habe. 2010 trat Südafrika der BRICS-Staatengruppe bei, zu der neben China auch Russland, Indien und Brasilien gehören und die auf ihrem fünften Gipfeltreffen im südafrikanischen Durban ihre völlige Loyalität zum Führungsanspruch der UNO und deren Konzept der «nachhaltigen Entwicklung» erklärt hatte.

Foto: FullRizqi/shutterstock

von Torsten Mann

Seit die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) unter ihrem Generalsekretär Nikita Chruschtschow im Jahr 1960 die zweite Phase der sowjetischen Langzeitstrategie eingeleitet hatte, vermied Moskau jede direkte militärische Konfrontation mit den Staaten der westlichen Welt und setzte stattdessen auf das von Lenin zu Beginn der 1920er Jahre entwickelte Konzept der «friedlichen Koexistenz», das der Sowjetunion eine «Atempause» verschaffen sollte, um den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand des Ostens auf das Niveau der westlichen Industrieländer anzuheben. Erst nachdem dieses Ziel erreicht wäre, sollte gemäss Lenins Plan die «zweite Phase des Sozialismus» beginnen und mit ihr «die Reaktivierung des revolutionären Potentials in der westlichen Welt», das heisst, erst dann sollte der Klassenkampf und die offene Konfrontation gegen die westlichen Staaten zurückkehren.[1] Dieses Konzept der «friedlichen Koexistenz» war jedoch ausdrücklich auf das Verhältnis zum Westen beschränkt und galt ausdrücklich nicht für die Entwicklungsländer der Dritten Welt, in denen Moskau nach wie vor auf die gewaltsame Ausbreitung des Kommunismus setzte. Dort wollte man das politische Vakuum, das auf den Abzug der westlichen Kolonialmächte folgte, ausnutzen und sogenannte «nationale Befreiungsbewegungen» initiieren bzw. bestehende Bewegungen übernehmen, welche die ehemaligen Kolonien mit Unterstützung der sowjetischen Geheimdienste und der Roten Armee in den sowjetischen Einflussbereich überführen sollten.

Besondere Bedeutung kam dabei den rohstoffreichen Regionen im Nahen Osten und in Afrika zu, denn die sowjetische Strategie sah ausdrücklich vor, die westliche Welt langfristig von den Bodenschätzen der Dritten Welt abzuschneiden, um damit die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu untergraben. Durch die Kontrolle der wichtigsten Rohstoffproduzenten in der Dritten Welt sollte im Hinblick auf die Endphase der sowjetischen Langzeitstrategie die Grundlage für die globale «Krise des Kapitalismus» und die darauf folgende Weltrevolution geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund hatten sowjetische Überläufer stets davor gewarnt,

Südafrika

> «Der ANC konnte keine wichtige Entscheidung ohne Zustimmung oder Bestätigung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) treffen. Die meisten wichtigen Entwicklungen wurden tatsächlich vom Zentralkomitee initiiert.»[B]

> «Die Strategie des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) wurde von der kommunistischen Partei formuliert und die Organisation erhielt ihre Anweisungen von dieser Partei.»[C]

Bartholomew Hlapane, ehemaliges Führungsmitglied von ANC und SACP vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats im November 1982

dass die Sowjetunion neben der Kontrolle über den erdölreichen Nahen Osten auch der Eroberung der politischen Macht in Südafrika und Südwestafrika (Namibia) höchste Priorität einräumte, denn beide Staaten sind reich an wichtigen Bodenschätzen. Laut einer Schätzung aus den 1980er Jahren verfügte Südafrika beispielsweise über 83,6% der weltweiten Reserven an Chrom, 80,8% an Platin, 70,8% an Mangan, 47,1% an Vanadium sowie über einen bedeutenden Anteil anderer unverzichtbarer Mineralien und nicht zuletzt auch über erhebliche Goldreserven. Zudem kommt Südafrika durch seine geografische Lage eine strategisch entscheidende Bedeutung zu, denn das Land kontrolliert den Schiffsverkehr an der Südspitze Afrikas, die von den Öltankern aus dem Nahen Osten auf dem Weg nach Europa und an die Ostküste der USA umrundet werden muss, wenn sie den Suezkanal nicht passieren können.

Die Kommunisten unterwandern den ANC

Im Zuge der sowjetischen Absicht, «nationale Befreiungsbewegungen» in der Dritten Welt zu instrumentalisieren, wurde in Südafrika der im Jahr 1912 als nicht-kommunistische Organisation gegründete Afrikanische Nationalkongress (ANC) von der moskautreuen Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) unterwandert und übernommen, was den ANC spätestens in den 1960er Jahren zu einer kommunistischen Frontorganisation machte. Während sich der ANC in den Jahrzehnten zuvor noch aufrichtig gegen Rassismus und Kolonialismus eingesetzt hatte, um das Los der südafrikanischen Schwarzen zu verbessern, nutzte der kommunistisch kontrollierte ANC die Situation der Schwarzen von nun an dazu aus, die weltrevolutionären Ziele der Sowjetunion voranzutreiben.

> «In unserem eigenen Land werden die Kämpfe des unterdrückten Volkes von der Kommunistischen Partei Südafrikas angeführt und von ihrer Politik inspiriert. Das Ziel der SACP ist, die nationalistische Regierung zu besiegen und die Menschen in Südafrika von den Übeln der rassistischen Diskriminierung und Ausbeutung zu befreien und **eine klassenlose oder sozialistische Gesellschaft zu errichten** [...]. **Unter einer Regierung der Kommunistischen Partei wird Südafrika zu einem Land, in dem Milch und Honig fliessen.»**

Nelson Mandela in seiner Schrift «Wie man ein guter Kommunist ist», 1963

[2] **Eine Delegation der SACP war im Jahr 1960 nach Moskau gereist, um am Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien teilzunehmen, wo erstmals darüber diskutiert wurde, die westlich orientierte Regierung in Südafrika international zu isolieren und zu boykottieren. Die Sowjets beschlossen, jeglichen Handel mit Südafrika einzustellen und ein speziell auf Südafrika zugeschnittenes Propagandaprogramm über Radio Moskau auszustrahlen.[3] Im Jahr darauf nahm erneut eine Delegation der SACP am 22. KPdSU-Kongress in Moskau teil, wo erstmals über die Anwendung von Gewalt zur «Befreiung» Südafrikas diskutiert wurde.[4] Im Anschluss daran wurde noch im Dezember 1961 unter Führung von Joe Slovo und Nelson Mandela die Terrororganisation «Speer der Nation» (Umkhonto we Sizwe, MK) als gemeinsamer «bewaffneter Arm» der SACP und des ANC gegründet.[5]**

Sein erstes Hauptquartier bezog der MK auf der Liliesleaf Farm im Johannesburger Vorort Rivonia, die zuvor mit Geldern der Kommunistischen Partei gekauft worden war. Wie Slovo behauptete, wurde Nelson Mandela vom ANC für die Führung des MK nominiert, während er selbst als Repräsentant der Kommunistischen Partei fungierte. Doch laut Rowley Israel Arenstein, einem führenden SACP-Mitglied, war es in Wirklichkeit die Kommunistische Partei, die Mandela dazu auserwählt hatte,

Seite 43

als Repräsentant des ANC die Terrororganisation MK zu gründen, denn Mandela sei als heimliches Mitglied das Hauptwerkzeug der SACP für die Übernahme des ANC gewesen.[6] Obwohl Mandela zeitlebens bestritten hatte, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein, gaben sowohl der ANC als auch die SACP nach seinem Tod im Jahr 2013 offiziell bekannt, dass Mandela tatsächlich nicht nur Mitglied der SACP war, sondern schon in den 1960er Jahren zu ihrem Zentralkomitee gehörte, was bedeutet, dass Mandela sogar der Führung der SACP angehörte.[7] **Dies bestätigt, was Bartholomew Hlapane, ebenfalls ein früheres Mitglied des Zentralkomitees der SACP, vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats bereits 1982 ausgesagt hatte, dass nämlich die gesamte Politik des ANC zuerst im Zentralkomitee der SACP diskutiert wurde und dass der MK in Wirklichkeit von der SACP seine Anweisungen erhielt. Somit war der MK tatsächlich von Anfang an eine rein kommunistische Terrororganisation unter dem Deckmantel einer schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Einen Monat nach dieser Aussage wurden Hlapane und seine Frau brutal ermordet, seine Tochter wurde angeschossen und blieb gelähmt.** [8]

Nelson Mandela und Fidel Castro.

«Die kubanischen Internationalisten haben einen beispiellos prinzipientreuen und selbstlosen Beitrag zur afrikanischen Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit geleistet. Von Anfang an war die kubanische Revolution eine Quelle der Inspiration für alle freiheitsliebenden Menschen. Wir bewundern die Opfer des kubanischen Volkes bei der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität angesichts einer bösartigen imperialistischen Kampagne, die danach strebt, die beeindruckenden Errungenschaften der kubanischen Revolution zu zerstören. Auch wir wollen unser Schicksal selbst bestimmen. [...] Es gibt vieles, was wir aus Eurer Erfahrung lernen. [...] Euer konsequenter Einsatz für die systematische Beseitigung von Rassismus ist beispiellos. [...] Wir ehren auch den grossen Che Guevara. [...] Das Leben von Che ist eine Inspiration für alle Menschen, welche die Freiheit schätzen. Wir werden sein Vermächtnis immer ehren. [...] Lang lebe die kubanische Revolution! Lang lebe Genosse Fidel Castro!» (A)

Nelson Mandela am 26.07.1991 anlässlich des 38. Jahrestags der kubanischen Revolution

Moskau liefert Ausbildung und Unterstützung

Ein Jahr nach der Gründung des MK reisten im Jahr 1962 erneut Vertreter der SACP nach Moskau, wo sie mit Boris Ponomarjow, dem Leiter der Internationalen Abteilung der KPdSU, zusammentrafen und über die «Operation Mayibuye» berieten, bei der es um nicht weniger als den gewaltsamen Sturz der südafrikanischen Regierung durch eine landesweite kommunistische Revolution ging. Zur Vorbereitung dieser Operation sollte eine möglichst grosse Anzahl angehender MK-Terroristen militärisch ausgebildet werden, wozu im folgenden Jahr 1963 in Tansania ein Ausbildungslager eröffnet wurde.[9] Weitere Ausbildungslager folgten in Zambia, Angola und Mosambik. Um ihre Vorgehensweise mit der Sowjetunion abzustimmen, hielten Vertreter der SACP und des ANC in den folgenden Jahren engsten Kontakt mit der Internationalen Abteilung der KPdSU, die seit der Auflösung der Komintern im Jahr 1943 von Moskau aus die kommunistischen Parteien im Ausland koordinierte.[10]

Laut Wladimir Schubin vom ZK der KPdSU wurde geschätzt, dass in den Jahren 1963 bis 1991 etwa 1500 ANC-Mitglieder allein in der Sowjetunion militärisch ausgebildet wurden.[11] Moskau unterstützte die südafrikanischen Revolutionäre darüber hinaus grosszügig mit der nötigen Bewaffnung, Finanzierung und Logistik, die es dem MK erst möglich machte, seine zahlreichen Terroranschläge und Morde zu begehen. Unter der Führung Moskaus waren auch die sowjetischen Marionettenregime in den Warschauer-Pakt-Staaten an der umfangreichen Ausbildung und Unterstützung von ANC- und SACP-Kadern beteiligt und angesichts der üblichen sowjetischen Praxis ist anzunehmen, dass die vielversprechendsten Kandidaten während ihres Aufenthalts im Ostblock vom KGB und von der GRU, dem Militärgeheimdienst der Roten Armee, als Agenten angeworben wurden. Beispielsweise galt der MK-Terrorchef und spätere Parteivorsitzende der SACP Joe Slovo in Südafrika jahrzehntelang als Oberst des KGB.

Nach dem Rückzug der portugiesischen Kolonialherrschaft aus Afrika wuchs ab Mitte der 1970er Jahre die Bedeutung Angolas als Rückzugsraum für den ANC, der in dem vom Bürgerkrieg umkämpften Land weitere Ausbildungslager errichtete.[12] Anstatt die Rekruten zur militärischen Ausbildung in die Sowjetunion zu schicken, kamen in den folgenden Jahren immer mehr sowjetische und kubanische Militärberater nach Angola, um den MK zu einer regelrechten Armee auszubilden, die nicht nur Terroranschläge in Südafrika durchführen sollte, sondern die zum Guerillakrieg gegen die südafrikanischen Sicherheitskräfte befähigt werden sollte.[13] Die Bedeutung Angolas für die geplante Revolu-

In Angola unterstützte die südafrikanische Apartheidsregierung die prowestliche Bewegung UNTIA (links) gegen die kommunistischen Revolutionäre der MPLA (rechts). Mitte der 1970er diente Angola als Rückzugsraum für den ANC, der in dem vom Bürgerkrieg umkämpften Land weitere Ausbildungslager errichtete.

US-Präsident Ronald Reagan (links) und KPDSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow. Sie waren die Protagonisten der Perestroika und Gegner der marktwirtschaftlichen/antikommunistischen Apartheidsregierung.

> «Wenn wir uns die globalen Ereignisse vor Augen führen, dann sehen wir, dass die Sowjetunion die grösste Militäroperation seit dem Zweiten Weltkrieg auf afrikanischem Boden in Gang gesetzt hat und stetig auf Südafrika vorgerückt ist. Im südöstlichen Teil Angolas nahmen etwa 1400 Kampf- und Schützenpanzer an einem grossen Vorstoss teil. Schliesslich wurde die Kommunistische Partei Südafrikas durch den ANC an die Macht gebracht. So wurde der Kampf um die Macht in Südafrika von der sowjetischen Seite gewonnen. Dies ist besonders bemerkenswert, da Südafrika zu dieser Zeit eine Atommacht war und über vier oder fünf Kernwaffen verfügte.» (D)
>
> *Viktor Kalaschnikow, ehemaliger KGB-Oberstleutnant, 2010*

tion in Südafrika wurde später von Nelson Mandela ausdrücklich betont, als er sagte: «Der ANC brachte junge Leute nach Angola, damit sie eine militärische Ausbildung erhalten. Dies war in der Tat ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte Südafrikas. Der Fortschritt, den wir in unserem bewaffneten Kampf gemacht haben, ist grösstenteils Angola zu verdanken. Angola erlaubte uns nicht nur Waffen von befreundeten Staaten im Ausland zu erhalten, sondern erlaubte uns auch, Lager zu errichten, und gab uns die Freiheit, unsere Soldaten auszubilden.» [14] Als Reaktion auf die wachsende kommunistische Bedrohung aus dem Norden griff die südafrikanische Armee in den Jahren 1975 bis 1989 an der Seite der westlich orientierten UNITA in den Bürgerkrieg in Angola ein, um in einer Art «vorgeschobener Verteidigung» die von hunderten sowjetischen Militärberatern und Zehntausenden kubanischen Truppen unterstützten Revolutionäre der MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas), der SWAPO («Südwestafrikanische Volksorganisation» aus Namibia) und des ANC in ihrem Rückzugsraum zu bekämpfen.

Moskau bereitet die Machtübernahme des ANC vor

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begann der mehr als zwei Jahrzehnte zuvor in Moskau beschlossene Boykott und die internationale Isolierung Südafrikas zunehmend Wirkung zu zeigen. Während manche Länder im UNO-Sicherheitsrat ihr Veto eingelegt hatten, um Resolutionen gegen Südafrika zu verhindern, die eine totale Wirtschaftsblockade des Landes zur Folge gehabt hätten, bewirkte Moskaus Manipulation der öffentlichen Meinung durch seine Einflussagenten und Frontorganisationen, dass das Land jegliche Unterstützung in der westlichen Öffentlichkeit verlor. Ausschlaggebend war nicht zuletzt die neue sowjetische Politik der **PERESTROIKA***, die dazu führte, dass das öffentliche Bewusstsein gegenüber der kommunistischen Bedrohung vollständig verloren ging. **Im Frühjahr 1986 reiste eine gemeinsame Delegation des ANC und der SACP zum 26. KPdSU-Kongress, wo sie zum ersten Mal mit dem neuen politischen Kurs ihres Generalsekretärs Michail Gorbatschow konfrontiert wurde. Dieser sah vor, die Konfrontation in Südafrika auf politische Weise zu beenden. Als Bedingungen dafür galten der Rückzug der südafrikanischen Armee aus Angola, das Ende der südafrikanischen Kontrolle über Südwestafrika (Namibia) und die Absetzung des Apartheid-Regimes in Südafrika.** [15] **In anderen Worten, Moskau forderte nicht weniger als die vollständige Kapitulation der südafrikanischen Regierung und die faktische Übergabe der gesamten Region an seine jahrzehntelangen Marionetten.**

Im Herbst desselben Jahres reiste erneut eine Delegation des ANC unter Führung von Oliver Tambo nach Moskau, um mit Gorbatschow im Kreml zusammenzutreffen, und dieses Treffen sollte laut Wladimir Schubin vom Zentralkomitee der KPdSU zum «Höhepunkt der Beziehungen zwischen Moskau und dem ANC» werden, denn die zuvor genannten sowjetischen Bedingungen zur Beendigung des Revolutionskrieges im Süden Afrikas wurden in ein gemeinsames Abschlusskommuniqué übernommen. Tambo äusserte daraufhin: «Wir sind gestärkt aus diesem Treffen hervorgegangen durch das Wissen, dass uns die Sowjetunion im Kampf für ein vereintes, demokratisches und nicht-rassistisches Südafrika, ein unabhängiges Namibia und eine friedliche Region im südlichen Afrika entschieden beisteht. Wir ziehen immense Befriedigung und Inspiration aus der Tatsache, dass die Sowjetunion entschlossen ist, alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unserer Anforderungen zu leisten, damit sie den ANC, die SWAPO und die Völker der Region dabei unterstützen kann, diese Ziele zu erreichen. Die So-

* Was ist die Perestroika?

«Perestroika» (russ. für Umgestaltung) bezeichnet den von Michail Gorbatschow ab Anfang 1986 eingeleiteten Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des Systems der Sowjetunion. Entgegen der im westlichen Bewusstsein verbreiteten Vorstellung hatte die «Perestroika» jedoch keinesfalls die Abschaffung des Kommunismus zum Ziel, sondern vielmehr - wie der Begriff schon andeutet - seine konzeptionelle Umgestaltung und Ausweitung auf eine internationale Ebene. Noch in den 1990er-Jahren versuchte der sowjetische Überläufer Anatoliy Golitsyn vergeblich darauf aufmerksam zu machen, dass die «Perestroika» ein leninistisches Konzept ist, das nicht auf den Ostblock beschränkt bleibt und das keinesfalls die Abkehr vom Klassenkampf oder dem Endziel des Weltkommunismus bedeutet. Resigniert stellte er schliesslich fest, dass die Öffentlichkeit dies erst erkennen würde, wenn es zu spät wäre. Mehr dazu auch in der ExpressZeitung Ausgabe 09/2017 - Thema: «Klimawandel - Menschgemacht?».

Familienzerstörung, Abtreibung, Schwindel des menschgemachten Klimawandels, Terror – Die Spielarten des Marxismus

In zahlreichen Ausgaben der ExpressZeitung wurden bereits die Methoden der marxistischen psychologischen Kriegsführung aufgedeckt. So kann man die Ursprünge der meisten destruktiven Ideen, welche die heutige westliche Gesellschaft prägen direkt auf die Worte Karl Marx', Vladimir Lenins und Leo Trotzkis zurückführen. Schon im Kommunistischen Manifest von 1848 hatten Karl Marx und Friedrich Engels z.B. ganz offen zugegeben, dass die Kommunisten bewusst danach strebten, die Familie als Grundlage der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft abzuschaffen und durch das Zusammenleben in einem egalitären kommunistischen Kollektiv zu ersetzen.

Karl Marx hatte auch schon im Jahr 1867 versucht, einen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer «Zerstörung» der Umwelt zu konstruieren. Das KPDSU-Politbüro-Mitglied Iwan Frolow entwickelte darauf basierend die Grundlagen zur Errichtung einer kommunistischen Weltregierung durch das Konzept des internationalen Umweltschutzes. Zu diesem Zweck behauptete Frolow, dass CO2 das Weltklima bedrohe und dieses Problem nur durch eine Umgestaltung des kapitalistischen Systems gelöst werden könne. Da CO2 durch industrielle Produktion entsteht, müsse der Westen deindustrialisiert werden, um den angeblich bedrohlichen CO2-Anteil in der Luft zu senken.

Auch wie in Südafrika ethnische Minderheiten zu missbrauchen, um die öffentliche Ordnung eines Staates zu destabilisieren, ist bereits seit den 20er-Jahren Teil der kommunistischen Methodik. Damals hatten amerikanische Kommunisten erfolglos versucht, die schwarze Bevölkerung zu einer Revolution gegen die bürgerliche Gesellschaft aufzuwiegeln. Basierend auf der strategischen Vorarbeit von Wladimir Lenin, Leo Trotzki und Antonio Gramsci begannen die sowjetischen Strategen zu Beginn der 1960er Jahre damit, Zwietracht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten der westlichen Welt zu säen und Randgruppen zu organisieren, denen bislang das «Bewusstsein ihrer Unterdrückung» fehlte, um sie zu einer Art «Ersatzproletariat» zusammenzufassen und gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung aufzuhetzen. Dieses «Ersatzproletariat» sollte sich in Anlehnung an Antonio Gramsci aus allen «marginalisierten Gruppen der Geschichte» zusammensetzen, zu denen Gramsci nicht nur die «wirtschaftlich Unterdrückten» zählte, sondern insbesondere auch «Frauen, ethnische Minderheiten und viele ‚Kriminelle'», die der gesellschaftlichen Unterschicht angehören, für welche Karl Marx den Begriff «Lumpenproletariat» geprägt hatte.

Mehr dazu in den Ausgaben 03/07/09/12/13. Die Ausgaben sind auf unserer Webseite (expresszeitung.com) weiterhin bestellbar. ***(tk)***

Seite 45

wjetunion handelt weder aus egoistischen Interessen noch aus dem Wunsch, eine so genannte Einflusssphäre zu begründen.»[16]

Delegationen des ANC und der SACP an denen u.a. Joe Slovo, Joe Modise, Alfred Nzo und Thabo Mbeki beteiligt waren, hielten auch in den folgenden Jahren engen Kontakt mit dem Kreml, der sie anwies, eine Kombination aus Diplomatie und «bewaffnetem Kampf» zu verfolgen, um die «politische Lösung» in Südafrika weiter voranzutreiben. Deshalb wurden auch weiterhin südafrikanische Kommunisten in der Sowjetunion geschult und ab Mitte der 1980er Jahre wurden MK-Terroristen sogar verstärkt darauf vorbereitet, zukünftig Führungspositionen in der regulären südafrikanischen Armee zu übernehmen.[17] Vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Drucks war Joe Slovo im Jahr 1987 davon überzeugt, dass die südafrikanische Regierung innerhalb von nur sechs Monaten zu Kapitulationsverhandlungen gezwungen werden könne, wenn «die Vereinten Nationen bindende internationale Sanktionen gegen Südafrika verhängen». Die Regierung in Pretoria hatte nach Ansicht des SACP-Chefs inzwischen so «viele Schwierigkeiten, dass internationaler Druck sie dazu bewegen könnte», den Kommunisten «entgegenzukommen».[18] Zu dieser Zeit empfand Slovo «für Gorbatschows Reformprogramm uneingeschränkte Begeisterung. Das werde viele gute Ideen freisetzen, die im Kommunismus stecken».[19] Derselbe moskautreue Terrorchef, der noch in den 1970er Jahren kompromisslos für eine gewaltsame Revolution zum Sturz der südafrikanischen Regierung agitiert hatte, zeigte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre somit als konsequenter Perestroikist, der Mandela sogar noch dazu überredete, den bewaffneten Kampf zurückzustellen und der Moskauer «Friedenslösung» den Vorzug zu geben. Dennoch war Slovo noch immer nicht zum Gewaltverzicht bereit, im Gegenteil «der Kampf» müsse sogar noch «verstärkt werden».[20] Er sagte, erst die «revolutionäre Gewalt hat die inspirierende Wirkung erzeugt, die wir beabsichtigt hatten, und sie hat dem ANC seine führende Position gewonnen».[21] Tatsächlich deckte die südafrikanische Polizei zur selben Zeit, als Moskau von «politischer Lösung» sprach, die «Operation Vula« auf, mit welcher der ANC – unterstützt von den Sowjets – seit dem Jahr 1988 erneut Vorbereitungen für einen revolutionären Umsturz in Südafrika traf.[22]

Erst Demokratie, dann Kommunismus

Unabhängig von der Art und Weise, mit der sie die Macht übernehmen würden, sahen die Kommunisten anschliessend einen Wandel der bestehenden Gesellschaftsordnung in zwei Schritten vor. In einem ersten Schritt würde eine «national-demokratische Revolution» die Vorherrschaft der Weissen beenden und eine «Mehr-Parteien-Demokratie» mit einem «gemischten Wirtschaftssystem» einführen, das «günstige Rahmenbedingungen für eine sozialistische

Ex-Präsident Jacob Zuma: «Wir werden sie (die Weissen) mit dem Maschinengewehr erschiessen»

Jacob Zuma war von 2009 bis 2018 Präsident von Südafrika. Während einer Feier in der südafrikanischen Stadt Bloemfontein 2012 sang er ein Lied mit dem Text:

«Wir werden sie mit dem Maschinengewehr erschiessen. Sie werden rennen. [...] Du bist ein Bure, wir werden euch treffen und ihr werdet rennen.»

Das fast ausschliesslich schwarze Publikum bejubelte das Lied und manche Zuschauer tanzten sogar dazu.

Umgestaltung» bringen, «aber nicht direkt den Sozialismus errichten oder unmittelbar dazu führen» würde.[23] In anderen Worten, Slovo wollte «nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen», denn «das würde nur bedeuten, die Fehler anderer kommunistischer Bewegungen zu wiederholen, die damit dem Sozialismus sehr geschadet hätten».[24] Stattdessen hatte er mit Verweis auf das «Versagen des Kapitalismus» ein «begründetes Vertrauen in die Zukunft des Sozialismus und seine inhärente moralische Überlegenheit».[25] Wer mit der kommunistischen Strategie vertraut ist, weiss, was das bedeutet, nämlich dass die Stunde des Sozialismus kommen werde, sobald die sowjetische Langzeitstrategie in ihre Endphase übergeht und die seit Jahrzehnten von Moskau vorbereitete globale «Krise des Kapitalismus» ausbricht.

Während der Kommunismus in Osteuropa in den Jahren 1989-91 planmässig in den Untergrund ging, vollzog sich im Süden Afrikas eine genau gegenteilige Entwicklung, denn trotz militärischer Erfolge zwang der wachsende internationale Druck die südafrikanische Regierung im Jahr 1989 erst zum Rückzug ihrer Armee aus Angola und wenige Monate später auch aus Namibia, das im folgenden Jahr seine Unabhängigkeit erlangte. Zeitgleich liess die südafrikanische Regierung die seit 1950 verbotene SACP und den seit 1960 verbotenen ANC wieder zu und ihre inhaftierten Anführer, darunter Nelson Mandela, wurden aus dem Gefängnis entlassen. Ohne zu verstehen, was in Wirklichkeit vor sich ging, stellte die internationale Presse verblüfft fest, dass Südafrika das einzige Land der Welt sei, «wo die roten Fahnen mit Stolz hochgehalten werden».[26] Doch obwohl mit dem südafrikanischen Rückzug aus Namibia bereits die ersten beiden Bedingungen Moskaus für eine «politische Lösung» der Konfrontation im Süden Afrikas erfüllt waren und sich abzeichnete, dass sich auch die dritte Bedingung schon in naher Zukunft erfüllen würde, bedeutete dies für das vom Revolutionskrieg geplagte Angola noch lange keinen Frieden.

Am folgendem Tag, nachdem Mandela aus der Haft entlassen wurde, gab die antikommunistische UNITA ein Kommuniqué heraus, in dem es hiess: «Der Krieg in Angola geht mit ungeheurem Einsatz an Mitteln weiter und kann nur mit dem Zweiten Weltkrieg verglichen werden. Tag für Tag verstümmeln Hunderte von Panzern und Schwadronen von Flugzeugen unter Ermutigung und direkter Führung der Russen nicht nur Truppen und Bevölkerung der UNITA, sondern auch andere angolanische Bevölkerungsteile. Gegenüber den Angolanern haben sich die Russen nicht geändert – sie sind und bleiben Imperialisten.»[27] Untersuchungen, die von belgischen und österreichischen Toxikologen angestellt wurden, ergaben im März 1990, dass bei den Kämpfen in Angola sogar neuentwickelte sowjetische Chemiewaffen gegen die Zivilbevölkerung getestet wurden.[28] Der Krieg in Angola endete erst im Jahr 2002 mit dem Sieg der noch immer von Moskau unterstützten MPLA, und den Ausgang der jüngsten Parlamentswahlen kommentierte die russische Nachrichtenagentur Sputniknews angesichts der Vorgeschichte des neuen Präsidenten, der von 1978 bis 1982 an der Militärpolitischen Akademie Wladimir Lenin in Moskau studiert hatte, mit den Worten: »An Angolas Spitze steht nun [...] ein sowjetischer Politoffizier«.[29]

Wieder Apartheid in Südafrika?

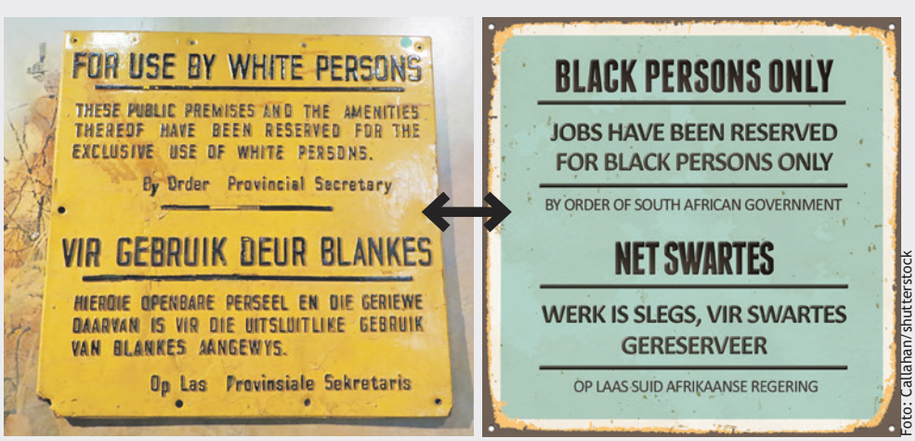


Foto: Callahan/shutterstock

Zwar stehen in Südafrika wie in der Apartheid (links) keine Schilder mehr, die die diskriminierenden Regeln der Regierung untermauern, doch das rechte (fiktive) Schild gibt tatsächlich das wieder, was in Südafrika inzwischen gilt (übersetzt: «Jobs nur noch für Schwarze auf Befehl der Südafrikanischen Regierung»). Durch ein Quoten- und Punktesystem werden Schwarze auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt, was dazu führt, dass nicht mehr die Leistung und die Qualifikation über die Besetzung eines Arbeitsplatzes entscheidet, sondern die Hautfarbe – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Produktivität.

Die Kommunisten übernehmen die Macht

Wie der US-Politologe Jeff Nyquist seit Jahren unermüdlich erklärt, versteht die westliche Öffentlichkeit infolge Gorbatschows Perestroika nicht, «dass die gesamte

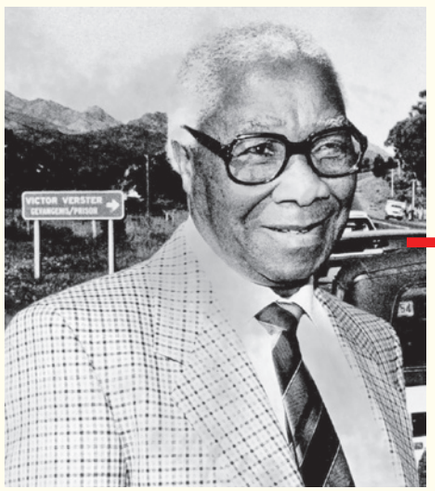


Foto: Ricardo Stuckert (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Thabo_Mbeki.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Thabo Mbeki (rechts) war von 1999 bis 2008 Präsident von Südafrika. Er gehörte dem Zentralkomitee der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) an und hatte einen langen Ausbildungsaufenthalt am sowjetischen Lenin-Institut absolviert, einschliesslich «militärischer» Schulung. Sein inzwischen verstorbener Vater Govan Mbeki (links) war wie Nelson Mandela ein kommunistischer Terrorist im «Speer der Nation» (MK) gewesen, der zusammen mit Mandela zu lebenslanger Haft im selben Gefängnis verurteilt worden war.

Seite 47

kommunistische Bewegung, die während des Kalten Krieges ein Werkzeug der Sowjetunion war, nach dem Wegfall der Sowjetunion noch effektiver geworden ist. Es ist eine Tatsache, dass die Leute auf den Begriff ‚Kommunismus' schlecht reagieren. Daher ist es von einem strategischen Standpunkt aus besser, auf das Wort ‚Kommunist' zu verzichten und ein anderes Wort zu verwenden. Der Kampf für das, was man früher ‚Kommunismus' nannte, ist heute der Kampf für die sogenannte ‚soziale Gerechtigkeit'. Die Protagonisten in diesem Kampf sind ‚fürsorgliche Persönlichkeiten', die behaupten, die Armen und die Arbeiterklasse zu repräsentieren.»[30] Und deshalb konnte der perestroikistisch umgestaltete Kommunismus seinen Vormarsch in der Dritten Welt während der 1990er Jahre fortsetzen und mit russischer und chinesischer Unterstützung ein Land nach dem anderen übernehmen. Erst fiel Südafrika im Jahr 1994, dann der Kongo 1997, Venezuela 1999, Angola und Brasilien 2002, Bolivien und Nicaragua 2006.

Mit der Freilassung Mandelas im Jahr 1990 begann auch die letzte sowjetische Forderung, nämlich die Kapitulation der südafrikanischen Regierung und die Beseitigung der weissen Vorherrschaft in Südafrika, Gestalt anzunehmen. In den Parlamentswahlen von 1994 setzte sich wenig überraschend der ANC durch, auf dessen Kandidatenliste auch Repräsentanten der SACP und des sozialistischen Gewerkschaftsverbands COSATU vertreten waren. Anschliessend wurde Mandela vom neuen Parlament zum ersten kommunistischen Präsidenten Südafrikas gewählt und obwohl Mandela seine Mitgliedschaft in der SACP noch immer leugnete, war seine terroristische Vergangenheit zu dieser Zeit wohlbekannt. Sogar Amnesty International hatte Mandela einige Jahre zuvor die Bezeichnung als «politischer Gefangener» verweigert, weil er «an der Planung von Sabotageakten und der Anstiftung zur Gewalt beteiligt war».[31] Wie der stellvertretende Generalsekretär der SACP Solly Mapaila später äusserte, sei Mandelas Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei «aus politischen Gründen» auch weiterhin geheim gehalten worden.[32] Mapaila sagte, dass man zu der Zeit, als Mandela aus dem Gefängnis entlassen wurde, «zu viel Negativität mit dem sowjetischen System» verbunden hatte.[33] In anderen Worten, die Wahrheit über Mandelas kommunistische Gesinnung hätte seinem neuen Image als grosser Versöhner der «Regenbogennation» offenbar zu sehr geschadet und noch dazu die Warnungen der alten südafrikanischen Regierung vor der «roten Gefahr» bestätigt.

Mandelas rotes Kabinett

Das Ausmass dieser Gefahr wird anhand des Regierungskabinetts deutlich, das zusammen mit Mandela an die Macht kam. Nicht nur der Präsident selbst war Mitglied des Zentralkomitees der SACP, Gründer der Terrororganisation MK und hatte eine Guerillaausbildung durch die mit Moskau verbündete sozialistische «Befreiungsbewegung» FLN in Marokko erhalten, auch der Vizepräsident und spätere Präsident Thabo Mbeki gehörte dem Zentralkomitee der SACP an und hatte einen langen Ausbildungsaufenthalt am sowjetischen Lenin-Institut absolviert, einschliesslich «militärischer» Schulung.[34] Auch Mandelas Aussenminister Alfred Nzo hatte eine solche «militärische» Ausbildung in der Sowjetunion erfahren.[35] Zu Mandelas Verteidigungsminister wurde der in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Kuba und Vietnam «militärisch» geschulte MK-Chef Joe Modise.[36] Zum Vizeverteidigungsminister wurde Ronnie Kasrils (siehe S.21), der ebenfalls dem Zentralkomitee der SACP angehörte, ebenso eine militärische Ausbildung in der Sowjetunion im Rang eines Brigadegenerals absolviert hatte und Geheimdienstchef des MK war.[37] Zu Mandelas Wohnungsbauminister wurde kein Geringerer als der in der Sowjetunion «militärisch» geschulte MK-Gründer und SACP-Chef Joe Slovo ernannt. Minister für

Warnzeichen auf einem südafrikanischen Parkplatz. Nach nur acht Jahren ANC/SACP-Herrschaft war die Kriminalität in Südafrika so stark angestiegen, dass der Staat keine Kriminalitätsstatistiken mehr veröffentlichen wollte, weil man befürchtete, dass sie «dem Ansehen der regierenden Partei schaden».

Foto: istock/ Five-Birds Photography

Südafrika rutscht erstmals seit 2009 in die Rezession – Und die Presse fragt sich warum....

Am 04.09.2018 titelte FAZ-Online allen Ernstes «Südafrika rutscht überraschend in die Rezession». «Überraschend» ist das nur für eine stromlinienförmige Presse, die bestimmte Probleme wohl systematisch ignoriert und verschweigt. «Verantwortlich für den Rückgang war vor allem die gesunkene Produktion in der Landwirtschaft», so die FAZ. Über die Ursachen dieses Rückgangs gibt die FAZ ihren Lesern jedoch keine Informationen. Kein Wort über die Enteignung, Bedrohung und Ermordung der weissen Farmer – dem wirtschaftlichen Motor des Landes.

Die FAZ präsentierte ihren Lesern dann stattdessen den fast schon obligatorischen Sündenbock: «Zudem gefährden die des amerikanischen Präsidenten Donald Trump ausgelösten Handelsstreitigkeiten den Entwicklungsprozess des Rohstoffexporteurs Südafrika.» (Anm.: Fehler des Autors) Diese Art der Auslassung essenzieller Informationen macht fast den Eindruck gezielter Desinformation der Leser. Kann man wirklich glauben, dass die «Experten» der FAZ von diesen Entwicklungen überrascht wurden? ***(tk)***

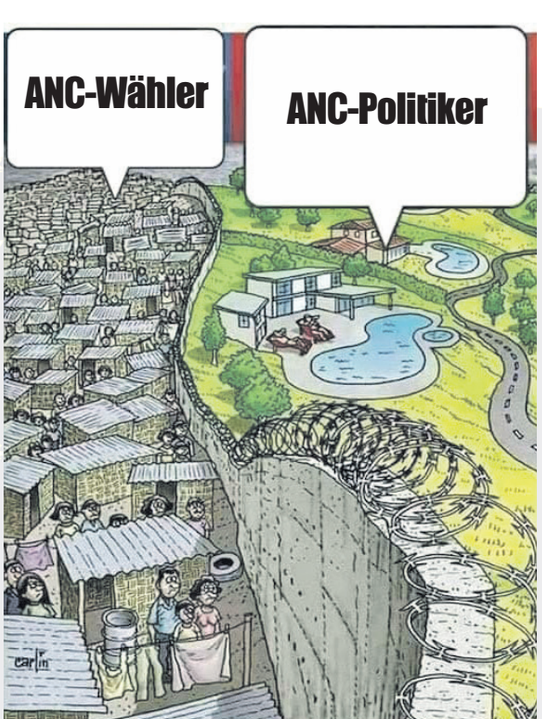
Quelle: faz.net, Südafrika rutscht überraschend in die Rezession, 04.09.2018

Öffentliche Arbeiten wurde Jeff Radebe und Transportminister wurde Mac Maharaj, beides Mitglieder der SACP und des MK und beide ausgebildet in der DDR.[38] Selbst als Jacob Zuma im Jahr 2009 das Präsidentenamt von Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki übernahm, blieb Südafrika in der Hand der Kommunisten, denn auch Zuma war in der Sowjetunion «militärisch» ausgebildet worden und entstammte der SACP und dem MK.[39] Erst als im Jahr 2018 Cyril Ramaphosa die Nachfolge Zumas antrat, entstammte der südafrikanische Präsident nicht mehr der SACP, jedoch hatte Mandela den neuen Präsidenten, der sich selbst als «engagierter Sozialist» bezeichnete, als seinen Wunschnachfolger betrachtet.[40]

Die «Regenbogennation» unter kommunistischer Kontrolle

Ein Vierteljahrhundert nach der Machtübernahme des ANC und der SACP zeigt sich nun – wenig überraschend –, dass Südafrika unter kommunistischer Kontrolle weniger denn je zuvor ein Land ist, «in dem Milch und Honig fliessen», wie Mandela es noch 1963 versprochen hatte.[41] Die Ungleichheit bei Einkommen und Konsum in der Bevölkerung gehört zu den höchsten der Welt, bei stark gestiegenen Kosten für Elektrizität, Wasser, Lebensmittel und Wohnraum. Im Jahr 2012 lag die Inflationsrate bei fünf bis sechs Prozent, die Arbeitslosigkeit offiziell bei knapp 25% (inoffiziell bei etwa 40%), und 13,6 Millionen arbeitenden Südafrikanern stehen fast ebenso viele Sozialhilfeempfänger gegenüber.[42] **In den ersten zehn Jahren der ANC/SACP-Herrschaft stieg die Arbeitslosigkeit der Schwarzen sogar von 36% auf 47% und ihr Durchschnittseinkommen sank real um 19%, das heisst, den meisten Schwarzen geht es heute schlechter als zu Zeiten der Apartheid.[43] Auf diese Entwicklung reagierte die ANC/SACP-Regierung in typisch kommunistischer Art und Weise mit einem für die Wirtschaft verbindlichen Quoten- und Punktesystem, das Schwarze bevorzugt und das dazu führt, dass nicht mehr die Leistung und die Qualifikation über die Besetzung eines Arbeitsplatzes entscheidet, sondern die Hautfarbe – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Produktivität.** Die Folge ist, dass immer mehr weisse Fachkräfte das Land verlassen und auswandern, vor allem nach Australien, Kanada und in die USA.[44]

Die schlechtere Situation der Schwarzen ist besonders relevant, wie William F. Jasper zurecht bemerkt, «da der angebliche Zweck der ANC/SACP-Revolution darin bestand, die Notlage der benachteiligten schwarzen Bevölkerung zu beseiti-

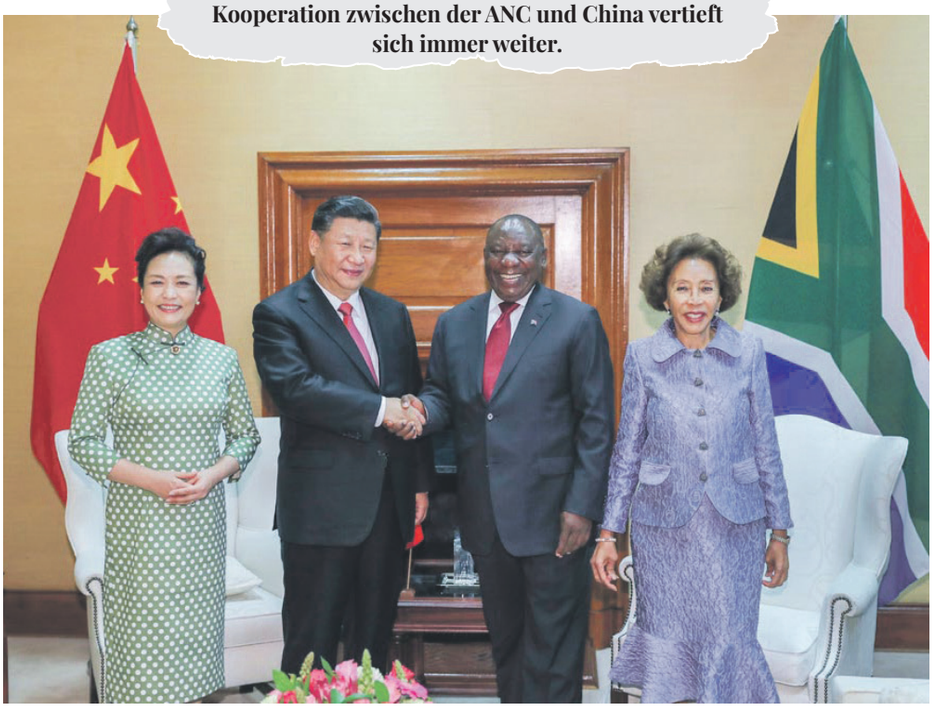


Seit der Machtübernahme der ANC werden die Staatsfinanzen weit mehr geplündert als in Zeiten der Apartheid.

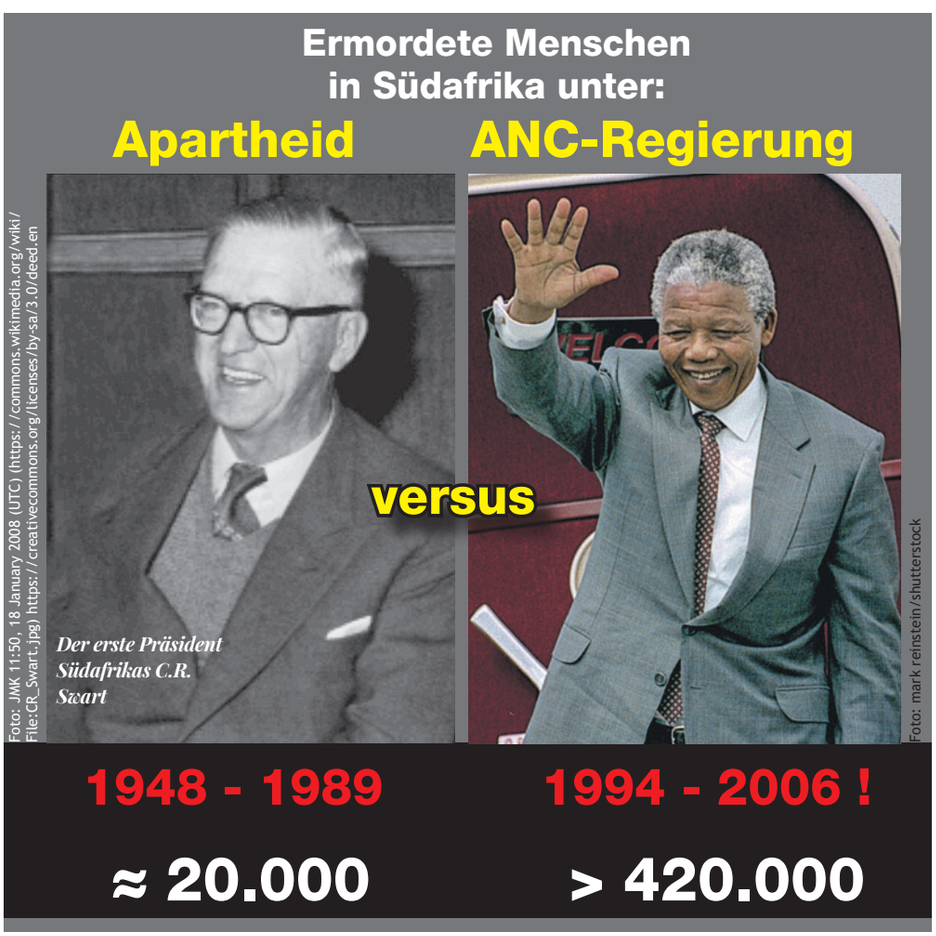
Seite 49

gen. Stattdessen transformiert sie den mit Abstand wohlhabendsten Staat Afrikas, in dem Schwarzafrikaner trotz des früheren Apartheidsystems Zuflucht suchten, um rot-schwarzer Unterdrückung zu entgehen, in einen korrupten Despotismus mit: der Unterdrückung oppositioneller Meinungen; der Plünderung der Staatsfinanzen durch hochrangige Regierungsbeamte; himmelhoher Arbeitslosigkeit; zunehmender Armut und Obdachlosigkeit; und den weltweit höchsten Raten von Mord, Vergewaltigung, Raub, Entführung und Carjacking.»[45]

Nach nur acht Jahren ANC/SACP-Herrschaft war die Kriminalität in Südafrika so stark angestiegen, dass der Staat keine Kriminalitätsstatistiken mehr veröffentlichen wollte, weil man befürchtete, dass sie «dem Ansehen der regierenden Partei schaden».[46] Zwischen 1994 und 2017 wurden nach Angaben der südafrikanischen Polizei mehr als 420.000 Menschen getötet und 650.000 Vergewaltigungen angezeigt, deren Dunkelziffer lag laut Schätzungen jedoch bis zu zwanzigfach höher.[47] Der fortschreitende Verfall des Landes ist für einige Südafrikaner – ungeachtet ihrer Hautfarbe – Anlass, sich die Zeit der Apartheid zurückzuwünschen, für andere, insbesondere jene Schwarzen, welche auf die Lügen der Kommunisten hereinfallen, ist er lediglich ein Beweis dafür, dass Mandelas «friedliche» Umgestaltung der Gesellschaft nicht funktioniert hat und man stattdessen radikalere Methoden ergreifen muss, um endlich die «soziale Gerechtigkeit» herzustellen.



Chinas Staatspräsident Xi Jinping mit Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa. Die politische Kooperation zwischen der ANC und China vertieft sich immer weiter.



Südafrika als Teil des neuen BRICS-Ostblocks

Im März 1992 warnte der KGB-Überläufer Major Anatoliy Golitsyn vor Moskaus fortgesetzter Strategie in Südafrika, die darin bestehe, mit «dem aufkommenden Regime in Südafrika eine Verschiebung des Landes aus der westlichen Einflusssphäre hin zu einer engen wirtschaftlichen und politischen Kooperation und Allianz mit Russland zu erreichen, wobei die alten Freundschaften mit Führern des ANC und der SACP, die sich effektiv zusammengeschlossen haben, ausgenutzt werden. Man kann erwarten, dass die Offensive zur Herstellung einer solchen Partnerschaft aktiver und sichtbarer wird als je zuvor, sobald sich die ‚Reformen' in Russland und in Südafrika stabilisiert haben. [...] [Für die USA wird] der Verlust der alten Verbündeten und der Verlust der Ölreserven, der auf den ebenso katastrophalen Verlust Südafrikas folgt, die Rückkehr Russlands und Chinas als stärkere Gegner zur Folge haben und das Gleichgewicht der Weltmächte, unumkehrbar' zu ihren Gunsten verschieben.»[48]

Ein Vierteljahrhundert später ist offensichtlich, dass Golitsyn die aussenpolitische Entwicklung Südafrikas weitgehend korrekt vorhergesagt hat. Seit der Machtübernahme von ANC und SACP nähert sich Südafrika Russland, China und Kuba an und die von MK-Kadern angeführten neuen südaf-

«Unser Ziel ist es, die Herrschaft über die beiden grossen Schatzkammern zu erlangen, von denen der Westen abhängig ist – die Energiequellen des Persischen Golfs und die Bodenschätze des zentralen und südlichen Afrikas.»

UDSSR-Generalsekretär Leonid Breschnew (†) (1971)

Foto: File:Leonid Brežněv (Bundesarchiv).jpg, Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), Bild 183-F0417-0001-011

rikanischen Streitkräfte halten inzwischen sogar gemeinsame Manöver mit Russland und China ab. Während immer mehr weisse Südafrikaner ihre Heimat verlassen, siedelten sich seit dem Jahr 2000 etwa 350.000 Chinesen in Südafrika an.[49] Dies erinnert an eine ähnliche Entwicklung, die in Zimbabwe nach der Enteignung und Vertreibung der weissen Farmer zu beobachten war. Um den dadurch verursachten Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion in Zimbabwe abzuwenden, schloss Zimbabwes Präsident Robert Mugabe im Jahr 2003 ein Abkommen mit China über die landwirtschaftliche Nutzung von mehr als 100.000 Hektar afrikanischen Ackerlands. Dies sollte eine jährliche Ernte von mindestens 2,1 Millionen Tonnen Mais einbringen, was nicht nur die 12 Millionen Einwohner Zimbabwes ernähren, sondern auch die galoppierende Inflation des Landes eindämmen sollte.[50]

Im Jahr 2009 berichteten südafrikanische Medien darüber, dass der ANC für seinen bevorstehenden Wahlkampf Finanzhilfen von der Kommunistischen Partei Chinas bekommen habe.[51] Im Jahr darauf erhielt Südafrika von China eine offizielle Einladung, der BRIC-Staatengruppe beizutreten, zu der neben China auch Russland, Indien und Brasilien zählen und der Südafrika seit 2010 nun ebenfalls angehört. Auf dem im folgenden Jahr in China stattfindenden dritten Gipfeltreffen gab die BRICS-Staatengruppe eine gemeinsame Erklärung ab, welche «die Unzulänglichkeiten und Mängel des bestehenden internationalen Währungs- und Finanzsystems» kritisierte, was nichts anderes bedeutet, als dass sich die BRICS-Staaten der Ablösung des US-Dollars als Leitwährung verschrieben haben, der offenbar durch eine internationale Welteinheitswährung ersetzt werden soll.[52] Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die BRICS-Staaten in ihrer sogenannten «eThekwini Deklaration», die sie auf ihrem fünften Gipfeltreffen im südafrikanischen Durban unterzeichneten, nicht nur ihre völlige Loyalität zum Führungsanspruch der UNO und deren Konzept der «nachhaltigen Entwicklung» erklärt haben, sondern dabei auch die «wichtige Rolle» von staatseigenen Konzernen in der wirtschaftlichen Entwicklung betonten und eine engere Zusammenarbeit sowie einen grösseren Informationsaustausch zwischen ihren Staatsbetrieben vereinbarten, was man als eindeutiges Bekenntnis zu einer globalisierten Planwirtschaft verstehen darf.[53] Seither hat sich die politische Kooperation zwischen Südafrika und China immer weiter vertieft, zum Beispiel wurde im Jahr 2014 angekündigt, dass die Kommunistische Partei Chinas in der südafrikanischen Stadt Venterskroon eine Schule zur politischen Ausbildung von ANC-Kadern errichten will.[54] Zudem wird eine wachsende Anzahl südafrikanischer Regierungsfunktionäre zur politischen Weiterbildung nach Peking geschickt und auch die Funktionäre von Südafrikas Staatsbetrieben sollen in China die Funktionsweise der chinesischen Staatswirtschaft kennenlernen.[55] Schon im Jahr 1990 hatte Mandela betont, dass der ANC danach strebe, «die Minen, Banken und Monopolindustrien» zu verstaatlichen und dass der ANC seine Ansicht diesbezüglich nicht ändern werde.[56] Dass diese Politik nach der Machtübernahme des ANC zunächst doch nicht so konsequent durchgesetzt wurde, ist sowohl darauf zurückzuführen, dass die perestroikistisch indoktrinierte SACP in den Worten ihres Vorsitzenden «nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen wollte» um nicht «die Fehler anderer kommunistischer Bewegungen zu wiederholen» als auch darauf, dass Mandela nach Gesprächen mit der Führung der kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams davon überzeugt werden konnte, dass das neue Südafrika keine westlichen Investitionen erhalten würde, wenn man mit der Verstaatlichung Ernst machte.[57] **Anstatt direkt den Sozialismus zu errichten, ging es, wie Joe Slovo bereits betont hatte, in den ersten Jahren nach der Machtübernahme vielmehr darum, «günstige Rahmenbedingungen für eine sozialistische Umgestaltung» zu schaffen und das «Versagen des Kapitalismus» abzuwarten.[58] Auch Slovos Nachfolger SACP-Generalsekretär Blade Nzimande gab im Jahr 2002 einen ähnlichen Hinweis, dass die SACP auf eine «kommende Krise im kapitalistischen Westen» wartet, welche die kommunistische Sache weiter voranbringt.[59]**

Weisse Elendssiedlungen in Südafrika sind ein zunehmendes Phänomen, seit die Partei ANC die Macht übernahm. Es gab 2009 etwa 800.000 weisse Vertriebene innerhalb Südafrikas. 450.000 leben in etwa 150 Elendssiedlungen am Rande der Städte. Betroffen sind etwa 10 % der weissen Minderheit im Land.

Seite 53

Roter Terror gegen weisse Farmer

Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, welche die Enteignung der weissen Farmer in Zimbabwe hatte, und ähnlicher Erfahrungen im eigenen Land, zögerte die ANC/SACP-Herrschaft die lange versprochene Landreform in Südafrika immer weiter hinaus und damit wuchs im Lauf der Jahre – gewollt oder ungewollt – die Gefahr, dass die «Regenbogennation» in einen offenen Bürgerkrieg abgleitet. Immer wieder hatten Regierungsvertreter in typisch kommunistischer Art und Weise davor «gewarnt», dass eine Situation wie in Zimbabwe mit erzwungenen Enteignungen entstehen könnte, wenn die Weissen nicht lernten «zu teilen».[60] Diese Situation verschärfte sich im Lauf des Jahres 2018 weiter, nachdem der neue Präsident Cyril Ramaphosa erneut versprochen hatte, den Landbesitz der weissen Farmer den schwarzen Bürgern des Landes «zurückzugeben» um «die Spaltung der Vergangenheit zu heilen» und die sogenannten «Altlasten der Apartheid» zu überwinden.[61]

Wie die internationale Allianz zur Verhinderung von Völkermorden, Genocide Watch seit Jahren warnt, steht die weisse Bevölkerung Südafrikas dem Ziel der Kommunisten im Weg, ihre «neue demokratische Revolution» umzusetzen und «insbesondere alles Ackerland zu enteignen, das den weissen afrikaanischen Farmern gehört».[62] Nach Ansicht von Dr. Gregory Stanton, dem Gründer von Genocide Watch wird deshalb ein revolutionärer Völkermord an der weissen Bevölkerung Südafrikas immer wahrscheinlicher. Im Jahr 2012 warnte Genocide Watch davor, dass «hochrangige ANC-Regierungsvertreter, welche die Weissen ständig als ‚Siedler' und ‚Kolonisten einer besonderen Art' bezeichnen, in einer staatlich-geförderten Kampagne rassistische Begriffe verwenden, um die weisse Bevölkerung insgesamt» zu «entmenschlichen».[63] Und immer, «wenn man diese Art der Entmenschlichung vorfindet», so Stanton, «hat man den Anfang einer Abwärtsspirale, die zum Genozid führt».[64] Stanton warnte davor, dass in Südafrika organisierte Gruppen existieren, die bereits Vorbereitungen für diesen Genozid treffen. In diesem Zusammenhang sprach Stanton die sogenannten Farm-Morde an, denn diese ereignen sich nach Ansicht von Genocide Watch nicht zufällig. Die Farm-Morde seien – insbesondere aufgrund der absoluten Barbarei, mit denen gegen die Opfer vorgegangen wird – keine gewöhnlichen Verbrechen. Stanton sagte: «Wir wissen noch nicht genau, wer sie plant, aber wir fordern eine internationale Untersuchung. [...] Solche Dinge habe ich bereits zuvor bei anderen Völkermorden gesehen. Das ist genau das, was sich in Burundi und in Ruanda ereignet hat. Das ist, was an vielen anderen Orten der Welt geschehen ist.»[65] Und das ist vor allem auch genau das, was seit dem Jahr 1917 für den Roten Terror kennzeichnend ist, der jeder kommunistischen Revolution vorausgeht, sie begleitet und auf sie folgt.

Torsten Mann,

Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite **www.weltoktober.de**.

Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung

304 Seiten

ISBN: 978-3-946168-027

Die sowjetische Langzeitstrategie – Moskau plant den Weltoktober

2 Audio-CDs

ISBN: 978-3-946168-140

Quellen:

(A) How far we slaves have come S.19ff
(B) Mesmerized by the Bear S.159f
(C) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(D) Financialsense.com 19.11.2010 - The Future of Europe
Haupttext:
(1) Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus S.70f
(2) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(3) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(4) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(5) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(6) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(7) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(8) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(9) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(10) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(11) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(12) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(13) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(14) wnd.com 30.01.2000 - In Africa, diamond profits are forever
(15) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(16) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(17) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(18) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(19) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(20) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(21) Los Angeles Times 16.08.1987 - Rebel Strategist Seeks to End Apartheid
(22) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(23) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus» / marxists.org Joe Slovo 1988 - The South African Working Class and the National Democratic Revolution
(24) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(25) marxists.org Joe Slovo 1989 - Has Socialism failed?
(26) Spiegel 32/44 6.August 1990 S.122-123
(27) Die Deutsche Karte S.58ff
(28) Die Deutsche Karte S.58ff
(29) Sputniknews.com 25.08.17 - An Angolas Spitze steht nun... ein sowjetischer Politoffizier
(30) Financialsense.com 28.8.2009 - The Sequence
(31) WorldnetDaily 19.February 2003 - Winnie Mandela to be ‹human shield›
(32) Thenewamerican 08.12.2013 - South African Communist Party Admits Mandela's Leadership Role zitiert bdlive.co.za 06.12.2013 - SACP confirms Nelson Mandela was a member
(33) Thenewamerican 08.12.2013 - South African Communist Party Admits Mandela's Leadership Role zitiert bdlive.co.za 06.12.2013 - SACP confirms Nelson Mandela was a member
(34) Wikipedia.de - Thabo Mbeki / en.wikipedia.org - Thabo Mbeki
(35) Sahistory.org.za - The Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Anti-Apartheid Struggle
(36) En.wikipedia.org - Joe Modise
(37) Wikipedia.de - Ronnie Kasrils / en.wikipedia.org - Ronnie Kasrils
(38) Wikipedia.de - Jeff Radebe / Wikipedia.de - Mac Maharaj
(39) Wikipedia.de - Jacob Zuma
(40) En.wikipedia.org - Cyril Ramaphosa/Tagesspiegel.de 18.07.2018 - «Südafrika gehört allen, die darin leben»
(41) Nelson Mandela - Wie man ein guter Kommunist ist, 1963
(42) Wikipedia.de - Wirtschaft Südafrikas
(43) Wikipedia.de - Wirtschaft Südafrikas
(44) Wikipedia.de - Wirtschaft Südafrikas
(45) Thenewamerican.com 03.07.2013 - «Saint» Mandela? Not so fast!
(46) WorldnetDaily 16.September 2001 - South Africa deteriorates under ANC rule
(47) Wikipedia.de - Wirtschaft Südafrikas
(48) The Perestroika Deception S.150f
(49) en.wikipedia.org - China-South Africa relations
(50) The Independent UK 12.2.2003 - Mugabe Inks Deal With China To Run Zimbabwe Farms
(51) en.wikipedia.org - China-South Africa relations
(52) Financialsense.com 15.04.2011 - Say «Goodbye» to the Dollar
(53) thenewamerican.com 3.4.2013 - BRICS Regimes Forge New World Bank, Call for Global Currency
(54) en.wikipedia.org - China-South Africa relations
(55) en.wikipedia.org - China-South Africa relations
(56) dealbook.nytimes.com 09.12.2013 - How Mandela Shifted Views on Freedom of Markets
(57) dealbook.nytimes.com 09.12.2013 - How Mandela Shifted Views on Freedom of Markets / Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(58) Zeit.de 10.4.1987 - «Sechs Monate Sanktionen reichen aus»
(59) WorldnetDaily 11.August 2002 - Communists rising in Pretoria?
(60) rense.com 9.9.2002 - Africa's next Great War
(61) Rt.com 09.07.2018 - «A matter of life & death» / thegrio.com 08.06.2018 - After South Africa's president said farm lands need to be returned to Black people White farmers train with Israeli special forces
(62) Thenewamerican.com 24.10.2012 - Genocide and Communism Threaten South Africa
(63) Thenewamerican.com 24.10.2012 - Genocide and Communism Threaten South Africa
(64) Thenewamerican.com 24.10.2012 - Genocide and Communism Threaten South Africa
(65) Thenewamerican.com 24.10.2012 - Genocide and Communism Threaten South Africa

von Gerhard Wisnewski

Das «Witkruis Monument» nahe der Stadt Polokwane. Kreuze errichtet in Gedenken an die ermordeten südafrikanischen Landwirte.

Foto: Johnnyhurst (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plaasmoorde.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Farmmorde: Ist Südafrika Europas Zukunft?

- Seitdem Südafrika von Nelson Mandelas ANC («African National Congress») übernommen wurde, hat das Land ein extremes Kriminalitäts- und Gewaltproblem entwickelt, von dem in westlichen Medien kaum die Rede ist. Die Anzahl brutaler Farmmorde – also Überfälle auf die Häuser weisser Farmer -, bei denen die schwarzen Mobs rauben, vergewaltigen, foltern und morden, steigt immer weiter an.
- Besonders auffällig daran sind nicht nur die massiv steigenden Zahlen der Farmmorde, sondern auch die erschreckende Gewaltkultur, mit der diese durchgeführt werden. Die häufigsten Formen physischer Folter umfassten laut einem Kriminologen Schläge, Stiche, Verbrühungen mit kochendem Wasser, geschmolzenem Plastik und Bügeleisen, während manche Farmer wie Tiere geschlachtet oder hinter ihrem eigenen Auto hergeschleift wurden.
- Auch unter dem Apartheid-System gab es Farmüberfälle oder -morde – allerdings bei weitem nicht so viele wie heute. Seit 1991 ist ihre Anzahl um mehrere tausend Prozent gestiegen. Zwar ist nicht jeder Farmmord monokausal politisch oder rassisch bestimmt, doch das aktuelle politische Klima in Südafrika spielt für die Sicherheit der Bauern sehr wohl eine Rolle. Gewalt gegen Weisse als Rache für die Apartheid wurde laut dem Autor Ernst Roets jahrzehntelang «romantisiert und ermutigt».
- Findet in Südafrika heute schon statt, was uns im Europa von morgen blüht? Seit dem «ethnischen Machtwechsel», der in fast allen europäischen Staaten bevorstehen könnte, herrscht in Südafrika der Krieg Schwarz gegen Weiss. In Europa wird bereits medial gegen bestimmte Personengruppen agitiert, denen ein ähnliches Schicksal blühen könnte. So wird z.B. gegen sogenannte «Rechte» mit Hetzreden, -artikeln oder -liedern eine Art «Pogromstimmung» erzeugt.

«Als mein Freund Henk Greyling (Name geändert) abends um 22.30 Uhr an seiner Farm ankam, wusste er sofort, dass etwas nicht stimmte», erzählt der Südafrikaner Ernst Roets in seinem Buch «Kill the Boer» («Töte den Buren»), einem neuen Buch, das die schockierende Realität der sogenannten «Farmmorde» in Südafrika beschreibt: «Das grosse Tor war offen. Das Flutlicht war gelöscht, und die Hunde bellten. Da er wusste, dass sich sein Onkel mit fünf Kindern, zwei davon Babies, in dem Haus aufhielt, war Fliehen keine Option. Das älteste Kind war 16, das jüngste nur fünf Monate alt. Greylings Tante sass in dem Pritschenwagen neben ihm. Kurz nachdem er ausgestiegen war, sah er ein schimmerndes Objekt auf sich zukommen, woraufhin er instinktiv mit der Faust zurückschlug und einen der Angreifer traf. Nachdem er einen Schlag auf den Hinterkopf bekommen hatte, versuchte jemand, von hinten seinen Brustkorb zu umklammern und ihm die Kehle durchzuschneiden. Greyling presste sein Kinn auf die Brust, so dass das Messer lediglich seinen Unterkiefer zerschnitt.»

Antwort Südafrika?

Was sich anhört, wie der Beginn eines Horrorfilms, könnte schon bald auch in Mitteleuropa Realität werden. Während sich viele fragen, wie die Migrationskrise in Europa wohl weitergeht, gibt es darauf vielleicht eine schreckliche Antwort: Südafrika. Denn schliesslich gab es da bereits einen «ethnischen Machtwechsel», der früher oder später möglicherweise auch hier bevorsteht. Und seit der Überwindung des «Apartheid»-Systems herrscht in Südafrika der Krieg Schwarz gegen Weiss. Selbst wenn es sich dabei um so etwas wie «schwarze Revanche» für die Apartheid (=Getrenntsein) handeln sollte, ist dies weder vom Recht noch vom Völkerrecht gedeckt. Und wenn sich diese «Selbstjustiz» nicht einmal gegen persönlich Schuldige richtet, sondern gegen beliebige Angehörige einer bestimmten Gruppe, wird daraus endgültig Lynchjustiz, wenn nicht Völkermord. Wie wir ebenfalls in dieser Ausgabe der ExpressZeitung festgestellt haben, sehen manche die Apartheid ohnehin nicht als das brutale rassistische Unterdrückungssystem, das man vor der Weltöffentlichkeit an die Wand gemalt hat.

Mediales Trommelfeuer

Das ständige mediale Trommelfeuer gegen Südafrika der 70er- und 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts hätte einen in der Tat misstrauisch stimmen können. Heute, im Zeitalter

➔

Seite 53

des Internets und der «Truther»-Bewegung, würden nur noch wenige Menschen einem so einseitigen Propagandafeldzug glauben. Das sogenannte «Apartheid-Regime» könnte demnach genauso ein Opfer der globalen Propagandamedien gewesen sein, wie heutzutage Iran, Syrien, Libyen und andere mehr: «Man sollte zur Kenntnis nehmen, dass während der Apartheid laut dem südafrikanischen Komitee für Menschenrechte nur etwa 600 von 21.000 Opfern politischer Gewalt direkt mit Operationen der Sicherheitskräfte in Verbindung gebracht werden können», schreibt Roets in «Kill the Boer». Zum Vergleich: Die Zahl der Todesopfer der (mit amerikanischer Billigung installierten) argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983 wird auf etwa 30.000 beziffert. «Die Gesamtbilanz der lateinamerikanischen Repressionspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren liegt nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen bei etwa 50.000 Ermordeten, 35.000 Verschwundenen und 400.000 Gefangenen» (Wikipedia).

«Regime» sind immer nur die anderen

Manchen erscheint die Apartheid nicht als Terrorregime, sondern als ein mehr oder weniger erfolgreicher Versuch, die Heterogenität Südafrikas sinnvoll zu organisieren, denn (wie man auf den vergangenen Seiten lesen konnte): «Wie will man in einer Demokratie zu sinnvollen Wahlergebnissen kommen, wenn die Wählerschaft aus einer Palette von Völkern und Kulturen besteht, angefangen bei Menschen, die gerade aus der Steinzeit kommen, über noch nomadisierende Stämme, bis zu europäischen Einwanderern des Atomzeitalters? War es vor diesem Hintergrund wirklich so abwegig und unverzeihlich, dass man den Weg der ‚getrennten Entwicklung' (Apartheid) der Völker als die beste Lösung der Probleme des Landes ansah?» (siehe S.11) Schliesslich spricht man heute sogar in Europa, um inkompatible Gesellschaften unter einen Hut zu bringen, von einem «Europa der zwei Geschwindigkeiten». In ihren jeweiligen Nationalstaaten (Homelands) hatten die Schwarzen eigene demokratische Regierungen. Die Rassentrennung in der Eisenbahn, in Kinos und im Sport war schon lange vor dem Ende des Apartheid-Systems 1994 abgeschafft worden - genauso wie das Verbot von Mischehen.

Diese Opfer der Farmattacken kamen noch mit ihrem Leben davon, doch werden wohl für immer davon gezeichnet sein. Andere hatten nicht so viel «Glück im Unglück».

Mehr Energie als Italien, mehr Getreide als Kanada

Das wirkliche Motiv hinter der Zerschlagung des südafrikanischen Apartheid-Systems könnten denn auch nicht irgendwelche Menschenrechtsverletzungen gewesen sein. Denn schliesslich gelten

«Unsere Regierenden glauben jetzt an kollektive Bestrafung. Das ist das Gegenteil von Gerechtigkeit. Niemand behauptet, dass individuelle Farmbesitzer in Südafrika ihr Land gestohlen hätten. Stattdessen wird behauptet, dass Menschen, die ihnen ähneln, es getan hätten. Und das sei genug. Unsere Eliten haben kein Problem mit diesem Standard. Das sollte Ihnen grosse Sorge bereiten. Wenn Sie beraubt worden wären, wie würde es sich für Sie anfühlen, wenn jemand verhaftet würde, der nur zufällig so wie der Dieb aussieht. Oder die Kinder des Diebs? Sollten die auch bestraft werden? Wenn das wie wahnsinnige Fragen klingt, dann liegt es daran, dass es wahnsinnige Fragen sind. Im Westen bestrafen wir nur die Schuldigen und nicht ihre Nach- oder Vorfahren. Oder jeden mit der gleichen Haut- und Augenfarbe. Das sind Prinzipien, an die jeder in Amerika seit mehr als 200 Jahren glaubt. Heute sind sich unsere Regierenden nicht mehr so sicher. Sie glauben zunehmend daran, dass eine ‚Generationsschuld' ein guter Standard sei.»

Tucker Carlson, Fox-News-Moderator

Quelle: youtube.com, Tucker Carlson Tonight South Africa Latest, 23.08.2018

Menschenrechte werden mehr oder weniger in jedem Staat dieser Erde gebrochen, sie wurden sicherlich auch in Assads Syrien oder Gaddafis Libyen verletzt – oder natürlich auch in Apartheid-Südafrika. Doch zu oft hat sich schon erwiesen, dass Menschenrechte nur als heuchlerischer Grund vorgeschoben wurden, um nicht genehme Regierungen im Sinne der globalen Agenda brutal zu stürzen, wodurch sich die Lebenssituation der Landesbewohner meist noch verschlimmerte.

Menschenrechte nur da, wo es der globalen Agenda gerade nützt, während sie anderenorts mit Füssen getreten werden. Der wirkliche Grund für die Zerschlagung Südafrikas war wohl dessen Erfolg – vergleichbar mit der Zerschlagung des wohlhabenden Libyens 2011. Während Libyen Afrika von Norden her zu entwickeln «drohte», setzte das prosperierende und wirtschaftlich erfolgreiche Südafrika an, dasselbe von Süden her zu tun. Wie wir in dieser Ausgabe erfahren durften, hatte sich Südafrika mit der Zeit zu einem «Modellstaat entwickelt, der zur grössten Wirtschafts- und Militärmacht Afrikas» geworden war (siehe S.9). Südafrika war in seiner Nahrungsmittelproduktion autark, «produzierte mehr Energie als Italien, soviel Rohstahl wie Frankreich, mehr Getreide als Kanada, mehr Wolle als die Vereinigten Staaten, mehr Wein als Griechenland und mehr Fisch als Grossbritannien». Es erzeugte über 50% der elektrischen Energie in Afrika (1979), verfügte über 74% aller elektrischen Bahnlinien, erwirtschaftete über 25% des gesamten afrikanischen Bruttosozialprodukts, besass 45% aller Telefone des Kontinents und unterhielt sogar eine der wenigen hochkomplizierten Uran-Anreicherungsanlagen der Welt, wie in diesem Heft ebenfalls zu lesen stand. Und was die «Ausbeutung» der Schwarzen angeht: Vor dem Ende der Apartheid trugen 4,8 Millionen Weisse 77% der gesamten Steuerlast, während 56% der Staatsausgaben den 18,2 Millionen Schwarzen zugute kamen, die nur 15% der Steuern zahlten.

Im ganzen Land gehen Farmer, Angehörige und mitfühlende Bürger auf die Strasse, um gegen die Morde zu demonstrieren. Doch die politische und mediale Lobby der weissen Farmer ist leider nicht gross genug, um weltweit der Situation gebührende Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Der Horror begann erst nach der Apartheid

Der wirkliche Horror ging deshalb nicht (oder nicht nur) von dem «Apartheid-Regime» aus, sondern begann erst danach, als das Apartheid-System 1994 durch eine Clique kommunistischer Terroristen und Funktionäre der «Befreiungsbewegung» African National Congress (ANC) abgelöst wurde. Darunter der Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela. Rein zufällig hat man nun also sowas wie ein neues Apartheid-Regime errichtet, in dem bestimmte Gruppen von Bürgern abgeschlachtet werden. Seitdem hat Südafrika wirklich ein extremes Kriminalitäts- und Gewaltproblem, von dem in westlichen Medien kaum die Rede ist. 1991 zum Beispiel gab es 327 Farmüberfälle, darunter 66 Farmmorde. Zehn Jahre später, 2001, zählte man aber bereits 1.011 Farmüberfälle mit 147 Toten. «Das bedeutet einen Anstieg um 209% bei den Farmüberfällen und um 122% bei den Farmmorden», schreibt Roets. In den elf Jahren dazwischen «gab es 6.122 Farmüberfälle und 1.254 Farmmorde». Vom Haushaltsjahr 1996/97 bis zum Haushaltsjahr 2016/2017 wurden Roets zufolge nicht weniger als 12.245 Farmüberfälle und 1.700 Farmmorde begangen. Vergleiche man die Zahlen des Haushaltsjahres 2016/2017 mit jenen des Haushaltsjahres 2015/16, ergebe sich innerhalb eines Jahres eine 43prozentige Zunahme der Farmüberfälle und eine 51prozentige Zunahme der Farmmorde. Wobei ausdrücklich dazu gesagt werden muss, dass dabei auch viele schwarze Farmarbeiter verletzt werden oder ums Leben kommen, die ihren Arbeitgebern zu Hilfe eilen wollen. Aber dies wird wohl als «Kollateralschaden» in Kauf genommen.

«[Die weissen Südafrikaner] sind eine der ‚unautorisierten' Opfergruppen auf der Welt. Wir haben ‚autorisierte' Opfergruppen, um die wir uns Sorgen machen dürfen – meistens bestimmte Minderheiten. Doch wenn der Präsident Christen im Mittleren Osten; sogar Muslime oder eben Christen in Birma, deren Kirchen verbrannt werden; oder Muslime in China verteidigt, dann sind das nicht die gewöhnlichen Opfergruppen, um die die Linken sich Sorgen machen. [...] Man sieht deshalb nicht besonders viel Beachtung und Interesse für dieses Thema.»

Christian Whiton, US-Diplomat im Interview mit Tucker Carlson auf Fox News

Quelle: youtube.com, Tucker Carlson Tonight South Africa Latest, 23.08.2018

« ‚Wir werden euch euer Land nehmen' bedeutet: ‚Wir werden euch umbringen, aber zuerst werden wir euch zahlen lassen.' Kleine Kinder werden vor den Augen ihrer Väter missbraucht, bevor sie erschossen werden. Ältere Farmer-Ehepaare werden mit einem heissen Eisen verbrannt. Ein Sohn wird mit einer Eisenstange vor seiner Mutter erschlagen. Ein Baby wird in heisses Wasser geworfen. Eine Lötlampe, heisse Kohlen, die Opfer werden langsam damit gequält. Diese Folter dauert Stunden, ich habe mit den Opfern gesprochen. Es geht nicht nur um Land, es geht um Rache. Vergeltung für die Apartheid, und es ist brutal.

Mariendras kleine Kinder mussten mit ansehen, wie ihr Vater mit einer Shotgun von einer schwarzen Gang erschossen wurde. Ihre kleine Tochter bot der Gang ihr Sparschwein an, wenn sie ihre Mutter leben lassen würden. [...] Wieviel mehr können diese Leute noch ertragen? Ein Polizist sagte mir, dass die Polizei mitschuldig sei, da die Macht seiner Vorgesetzten von der Zustimmung der ANC abhängt. Er sagt: Es wird in drei Jahren keine weissen Farmer in Südafrika mehr geben. Andere sagen, sie hätten nicht mal so viel Zeit. Die Weissen werden systematisch von ihrem Land entfernt. Der weisse Mensch in Südafrika ist dort gleichauf mit dem weissen Nashorn, am Rande der Vernichtung. Und der einzige Unterschied ist, dass sich die Welt um die weissen Menschen dort nicht schert.»

Katie Olivia Hopkins, englische Journalistin und Medienpersönlichkeit

Seite 55

Südafrika ist nicht auf der Hetzagenda

Die schwarzen Mobs, die rauben, morden und brandschatzen, was das Zeug hält, werden in Europa jedoch totgeschwiegen. Und das ist seltsam – denn wären die bizarren Massaker an Männern, Frauen und Kindern nicht das Thema für ein Revolverblatt wie beispielsweise die Bild-Zeitung: «Victor Cooks (75) und seine Frau Gwen (74) wurden am 17. August 2017 in ihrer kleinen Farm bei Potchefstroom im Nordwesten angegriffen. Sie wurden nackt ausgezogen, und Gwen wurde gefragt, ob sie lieber vergewaltigt oder erschossen werden würde, worauf sie antwortete: ‚lieber erschossen'. Schliesslich wurden sie mit heissem Öl und kochendem Wasser gefoltert, und geschmolzenes Plastik wurde auf ihre Körper geträufelt. Victor wurde auch mit einem Messer gestochen. Die Angreifer flohen schliesslich mit einigen hundert Rands, Handys und einem Revolver. Victor starb im Krankenhaus, Gwen überlebte» (Roets, a.a.O.). Dagegen scheinen doch selbst die angeblichen Greuel, die dem «Diktator» Baschar-al Assad zugeschrieben werden, geradezu harmlos! Aber wenn es um Südafrika geht, hält das Blatt eisern dicht. Das schwarz regierte Südafrika steht eben nicht auf der Hetz-Agenda, sondern unter einer Art Schweigekartell. Stattdessen brachte die Bild-Zeitung zum Beispiel im September 2018 Berichte über ein südafrikanisches Wellness-Öl (6.9.2018), ein neues Vogelvirus aus Südafrika (6.9.2018), die älteste Zeichung der Welt in einer südafrikanischen Höhle (13.9.2018) sowie Bisexuelle in Südafrika (24.9.2018). Unter dem Suchbegriff «Farmmorde» findet man genau eine Fundstelle auf der Bild-Website – über zwei Weisse, die einen Schwarzen in einen Sarg gesteckt und gedroht haben, ihn anzuzünden (27.10.2017)! Schwarze hätten da vielleicht nicht so lange «gefackelt». Auch auf der Farm des anfangs erwähnten Greyling richteten die Täter ein Blutbad an. Greyling selbst überlebte schwer verletzt. Für ihr Leben lang gezeichnet sind die Betroffenen allemal.

Andere «Gewaltkultur»

Besonders auffällig daran sind nicht nur die massiv steigenden Zahlen, sondern auch die auf den vergangenen Seiten bereits dargestellte, erschreckende «Gewaltkultur». Schon wenn Schwarze gegen Schwarze Krieg führen, wird alles benutzt, was zur Verfügung steht und mit maximaler Brutalität eingesetzt: «Der zivilisierte Europäer mag sich kaum vorstellen, mit welch grausamen und primitiven Mitteln Schwarze gegen Schwarze kämpfen. Benutzt wird alles, was zur Vernichtung des Gegners zweckdienlich ist: Messer, Speere, Spitzhacken, Äxte, Holzkeulen, Sicheln und Fahrradspeichen sind einige der Instrumente, die die Polizei bei den verstümmelten Opfern einsammeln konnte. Die Schuld der Opfer

Mit einem Tweet hat US-Präsident Donald Trump die Landenteignungen von weissen Farmern in Südafrika scharf kritisiert. Der Moderator Tucker Carlson des US-Senders Fox News hatte das Thema der Morde an weissen Farmern im August aufgegriffen – und war damit die absolute Ausnahme in der amerikanischen Medienlandschaft. Danach wurde er vom US-Aussenministerium kontaktiert, worauf sogar Donald Trump persönlich seinen Aussenminister beauftragte, dem nachzugehen. Er habe Aussenminister Mike Pompeo angewiesen, Enteignungen von Bauern und Beschlagnahmungen landwirtschaftlicher Betriebe sowie die grossangelegte Tötung von Farmern in Südafrika genau zu beobachten, twitterte Trump.

Offenbar sahen einige amerikanische Kommentatoren ihre Meinungsmacht bedroht und schossen scharf zurück. Der Vorwurf gegen Fox News «Neonazi-Propaganda» zu verbreiten, kam von keinem geringeren als dem angeblichen Bürgerrechtler Al Sharpton, ehemaliger Berater von Obama und bekannt für seine einseitige Stimmungsmache gegen Weisse. Sharpton meinte, die Farm-Morde hätten nichts mit der Hautfarbe der Opfer zu tun.

bestand zumeist darin, dass sie dem anderen Stamm angehörten. Der schwarze Rassismus und die Stammesgegensätze sind zum Teil so ausgeprägt, dass die grossen Minengesellschaften ihre Arbeiter nur in Gruppen nach Stammeszugehörigkeit ‚unter Tage‘ gehen lassen.» (siehe S.11).

Folterkeller und Schlachthaus

«Als wäre die Häufigkeit, mit der südafrikanische Farmer angegriffen und getötet werden, nicht schon beunruhigend genug», sei auch der extreme Grad der Brutalität «besorgniserregend», formuliert Roets vornehm. Denn in Wirklichkeit verwandeln die Täter die jeweilige Farm oft nicht nur in ein Schlachthaus, sondern auch in einen Folterkeller. Die häufigsten Formen physischer Folter umfassten Schläge, Stiche, Verbrühungen mit kochendem Wasser, geschmolzenem Plastik und Bügeleisen, während manche Farmer wie Tiere geschlachtet oder hinter ihrem eigenen Auto hergeschleift wurden, zitiert Roets den Kriminologen Christiaan Bezuidenhout. Manchmal nähmen sich die Täter auch die Zeit, Opfer in Gegenwart ihrer Angehörigen sexuell zu demütigen oder vor den Augen eines weiblichen Opfers einen Besenstill zuzuschnitzen, um ihn anschliessend in die Vagina einzuführen.

Der Gipfel der Grausamkeit

Bei manchem sträubt man sich, es überhaupt niederzuschreiben: Der Gipfel der Grausamkeit ist wohl die sogenannte «Halskrause», bei der dem Opfer ein Autoreifen um den Körper gelegt und anschliessend angezündet wird. «Die Halskrause wurde von Mitgliedern des African National Congress (ANC) häufig benutzt, um Angehörige rivalisierender Schwarzenorganisationen oder angebliche Regierungsspione zu töten», so Roets. «Typischerweise werden dabei die Hände mit Draht auf dem Rücken zusammengebunden und dem Opfer danach ein mit Benzin gefüllter Gummireifen über den Kopf und über den Körper gezogen. Anschliessend wird der Reifen mit einem Streichholz in Brand gesetzt. Normalerweise werden die Opfer dabei von einem jubelnden Mob gesteinigt.» Manchmal müssen die Opfer den Reifen auch noch selbst anzünden. Die Frau des 1986 noch inhaftierten ANC-Funktionärs Nelson Mandela, Winnie Mandela, kündigte seinerzeit an, das Land «mit unseren Streichholzschachteln und ‚Halskrausen‘» befreien zu wollen (siehe S.19).

Ob kritische Journalisten morgen noch Fragen stellen dürfen, ist ungewiss. Lesen Sie also Antworten, solange Sie noch dürfen – in verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018!

Von funktionaler und sadistischer Brutalität

Zwar sind auch in Europa Überfälle auf bewohnte Liegenschaften zu beobachten, die auf der abstrakten Ebene vergleichbar sind – aber eben nur auf der abstrakten Ebene:

- Hier wie dort sind häufig alleinstehende Häuser das Ziel
- Hier wie dort werden die Bewohner häufig misshandelt, um an Informationen über Geldverstecke zu kommen.

Der Unterschied liegt jedoch an der überschiessenden Brutalität. Während körperliche Übergriffe in Europa beziehungsweise Deutschland meistens zweckgerichtet eingesetzt und beendet werden, sobald die Opfer kooperieren, nimmt man sich in Südafrika Zeit und die Mühe auf sich, die Menschen regelrecht genüsslich zu malträtieren und/oder abzuschlachten – sogar Kinder vor ihren Eltern oder Eltern vor ihren Kindern. Ein Faktor besteht sicherlich in der Abgelegenheit südafrikanischer Farmen im Vergleich zu mitteleuropäischen Villen oder Einfamilienhäusern. Abgelegene Farmen sind natürlich extrem verwundbar und ein bevorzugtes Ziel von räuberischen Überfällen. Weitab von Nachbarn und jeglicher Staatsmacht fehlt hier jegliche soziale Kontrolle, und so sind sie für Überfälle ein leichtes Ziel. Auch unter dem Apartheid-System gab es deshalb schon Farmüberfälle – allerdings bei weitem nicht so viele. Die völlige Abgeschiedenheit der südafrikanischen Bauernhöfe scheint Gewaltphantasien regelrecht zu entfesseln. Die ungehemmte Brutalität und der Sadismus haben ihre Wurzeln zum Teil aber auch in innerafrikanischen Stammeskriegen, wo sich Schwarze gegenseitig noch nie etwas geschenkt haben.

Von wegen «Menschenwürde»

Von wegen: «Wir werden eine Gesellschaft errichten, in der alle Südafrikaner, Schwarze und Weisse, aufrecht gehen können, ohne Angst in ihren Herzen, in der Gewissheit ihres unveräusserlichen Rechtes der Menschenwürde – eine Regenbogennation im Frieden mit sich selbst und mit der ganzen Welt», wie Nel-

Julius Malema - «Erschiess den Buren, töte den Farmer»

Wohl keiner giesst mehr Öl ins Feuer der Farmmorde als der EFF-Chef Julius Malema. Bis 2012 war er der Präsident der ANC-Jugendorganisation «ANC Youth League». Bereits 2010 fiel er auf, als er öffentlich das Lied «Erschiesst den Buren, tötet den Farmer» anstimmte, das in Südafrika eigentlich verboten ist. Dafür wurde er zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt.

Nachdem Malema 2013 seine Partei «Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit» (EFF) gegründet hatte, machte er 2016 erneut Schlagzeilen. Damals meinte er vor seinen Anhängern, dass er nicht zum Massaker an Weissen aufrufe – «noch nicht.» Für die Zukunft könne er nichts garantieren. Die Weissen sollten sich aber vorsehen, denn «wir [die Schwarzen] werden unser Land nehmen, ganz gleich, was passiert», so Malema damals.

Julius Malema besingt die Ermordung weisser Farmer. Der Clip dazu ist u.a. auf Youtube ansehbar.

«Schwarze zuerst, Land zuerst»

Diese Mentalität wird auch in der Dokumentation der Journalistin Lauren Southern deutlich. Für ihren Film «Farmlands» reiste Southern im Februar 2018 nach Südafrika und interviewte neben weissen Farmern und Überfallopfern auch Politiker, z.B. einen der Regierungspartei ANC, der die Massnahme der Regierung unterstützt, den Weissen ihr Land ohne Kompensation wegzunehmen. Es sei nicht das Ziel der ANC, das Land illegal zu bekommen, meinte er. Die Regierung werde sich an die Gesetze halten. Und wenn die Enteignung laut der momentanen Gesetze illegal sei, dann müssten die Gesetze geändert werden, um die Enteignung zu legalisieren. Man fühlt sich an Angela Merkels Aussage erinnert, sie wolle «aus Illegalität Legalität» machen (ExpressZeitung Ausgabe 19/August 2018, S.16).

Auf diese Weise würden die Weissen rechtlich dazu verpflichtet, ihr Land abzugeben, fügte er hinzu. Neben dem ANC-Politiker sprach Southern auch mit einer Vertreterin der radikalen, revolutionär-sozialistischen Partei «Schwarze zuerst, Land zuerst» (Black First Land First, BLF). Diese Partei folgt dem Slogan «Land oder Tod». Im Interview meinte die BLF-Politikerin, dass die Diskriminierung von Schwarzen nur durch eine Konfrontation aufhören werde. Diese Konfrontation sei eine Revolution und ein Bürgerkrieg.

Quelle: Epoch Times, Farmermorde in Südafrika: Regierung sieht «keinen Grund zur Sorge» – sind im «Prozess der Landumverteilung», 02.04.2018

Mitglieder der Organisation «Schwarze zuerst, Land zuerst» (Black First, Land First, BLF) tragen T-Shirts mit der Aufschrift «Land oder Tod».

Seite 57

son Mandela 1994 bei seiner Antrittsrede als Präsident von Südafrika sagte. **Heute sagt der Politiker Julius Malema: «Die Weissen sollen froh sein, dass wir nicht zum Genozid aufrufen.»** Dabei sind andere der Meinung, dass dieser Aufruf längst erfolgt ist: «Es geht um den Genozid an den Weissen, der leise durchgeführt wird», meint der französische Journalist Olivier Renault. «Der ANC zeigt seinen Rassismus und seinen Faschismus den Weissen gegenüber. Dieser Faschismus der Schwarzen den Weissen gegenüber ist von [dem südafrikanischen Sozialwissenschaftler] Imraan Buccus beschrieben worden. Imraan Buccus denunziert den Rassismus des schwarzen Führers Julius Malema, der die Schwarzen aufgerufen hat, alle Weissen zu schlachten. Natürlich erfahren wir nichts in unseren Medien über diesen Genozid.»

Ein barbarischer Spielplatz

Gewalt gegen Weisse, sei eben, so Roets, jahrzehntelang «romantisiert und ermutigt» worden. Zwar sei es unredlich zu behaupten, dass alle Farmmorde durch politische oder rassische Motive bestimmt seien. Genauso inakkurat sei es allerdings anzunehmen, dass das heutige politische Klima in Südafrika für die Sicherheit der weissen Bauern keine Rolle spiele. Liessen sich früher keine Beweise für eine politische oder rassische Agenda hinter den Farmüberfällen finden, so könnten neuere Studien heutzutage ein drastisch anderes Bild ergeben, bezieht sich der Autor auf Polizei-Fachleute. «Wir haben definitiv den Eindruck, dass es eine organisierende dritte Kraft gibt», zitiert Roets auch Thys Odendaal von der Landwirtschaftsvereinigung in Vryheid, KwaZulu-Natal. «Und deshalb fordern wir die Polizei auf, diese Sachverhalte zu ermitteln, weil wir ganz klar etwas Politisches hinter diesen Morden wahrnehmen oder dass es um das Land und den Landbesitz geht».

Vorauseilende Zwangsenteignung?

Tatsächlich könnte auch das eine Rolle spielen, denn den weissen Bauern gehören auch heute noch angeblich 70% des fruchtbaren Bodens, den schwarzen nur vier Prozent (domradio.de, 13.8.2018). Durch politische Initiativen wie eine brachiale «Landreform» könnten sich manche Schwarze ermutigt fühlen, sich «das Land» gewaltsam «zurückzuholen». Und natürlich durch Worte, die wie Benzin wirken dürften: «Die Enteignung des Landes durch Weisse sei die ‚Erbsünde' Südafrikas, die es richtigzustellen gelte», forderte etwa Staatspräsident Cyril Ramaphosa im Februar 2018 (laut focus.de, 20.2.2018) – und meint damit aus Sicht der Weissen in Wirklichkeit die Erschliessung und Urbarmachung des Landes durch die weissen Siedler. Und wenn schon das Parlament mehrheitlich «die Enteignung von Land ohne Entschädigung befürwortet» (wie im Februar 2018 geschehen), untergräbt das natürlich psychologisch die Stellung der weissen Farmer weiter. Ramaphosa hatte sogar «angekündigt, der regierende ANC werde die Zwangsenteignungen auf jeden Fall umsetzen». Das hiesse jedoch, ein gewachsenes und erfolgreich produzierendes Agrarsystem durch mehr oder weniger willkürliche Eingriffe zu beschädigen. Oft wurde der Landbesitz ja schon vor langer Zeit in einem ganz anderen anderen politischen System rechtmässig erworben und ausserdem zur Nahrungsmittelproduktion genutzt, und zwar manchmal seit Jahrhunderten: «Kritiker warnen denn auch «vor den Langzeitfolgen für Ernährungssi-

«Ich sage Ihnen, wir haben die Ermordung weisser Menschen nicht gefordert – zumindest bisher noch nicht. Für die Zukunft kann ich für nichts garantieren.»

Julius Malema, 2016 im Interview mit TRT World

«Wenn ihr sie hart erwischen wollt, dann greift den weissen Mann an. Sie fühlen einen schlimmen Schmerz.»

«Wir beginnen einen Krieg mit der Weissheit. Wir schlitzen der Weissheit die Kehle auf.»

Julius Malema im März 2018 bei einer Rede in Johannesburg vor tausenden Menschen

cherheit und Wirtschaft» wie einst in Zimbabwe, sollte den Weissen das Land einfach weggenommen werden.

Ein bunter Strauss von «Bedürfnissen»

«Viele, wenn nicht die Mehrheit der betroffenen Farmer, glauben, «dass politische Faktoren wie etwa ideologische Perspektiven, Stigmatisierung von weissen Farmern und eine Landreform eine Hauptrolle spielen», so Roets. Die Wahrheit ist wohl, dass mit Äusserungen wie den oben zitierten Öl ins Feuer gegossen wird und ein Überfall auf eine «weisse Farm» ausserdem so viele Motive auf einmal befriedigen kann, dass es schwierig ist, einzelne Beweggründe zu isolieren, wie etwa Gier, Gewalt, Neid, Sadismus, Rassenhass, sexuelle Triebe und anderes mehr. **Vielleicht liegt das Motiv neben möglichen politischen Beweggründen gerade in diesem bunten Strauss von «Bedürfnissen», die die Täter dabei meistens völlig ungehindert ausleben können, wie auf einem barbarischen Spielplatz. Und zwar mit dem Gefühl, dass die Obrigkeit mehr oder weniger stillschweigend zustimmt - zum Beispiel dann, wenn selbst der bekannte schwarze Politiker Julius Malema in aller Öffentlichkeit Lieder anstimmt wie «Dubula iBhunu», zu «deutsch»: «Shoot the Boer». Oder noch deutscher: «Erschiess den Buren!». Im Wesentlichen besteht dieser Song aus einer endlosen Litanei aus «Schiess!», «Erschiess den Buren!»** und natürlich: «Ich mach Mousse aus deiner Fresse. Boom, verrecke!»

Ist das die Zukunft?

Ich ramm' die Messerklinge in die Fresse...

Das heisst - halt: Das ist ja gar kein Text aus dem Lied «Erschiess den Buren!», sondern ein Text der deutschen Band K.I.Z., für deren Auftritt sogar der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) Werbung machte! Am 31. August 2018 stellte er ein Plakat für das Konzert bei Facebook ein, bei dem auch die «Toten Hosen», «Feine Sahne Fischfilet» und eben K.I.Z. auftraten, in deren Texten es auch heisst: «Trete deiner Frau in den Bauch, fresse die Fehlgeburt». Lynchstimmung ist offenbar doch nicht allein ein schwarzes Phänomen. Hierzulande werden auch Weisse gegen Weisse aufgehetzt. Statt ein Zeichen «gegen rechte Gewalt» - wie angeblich beabsichtigt – setzten diese Bands nach einem Messermord in Chemnitz bei ihrem Konzert am 3. September 2018 ein Zeichen für linke Gewalt – offenbar mit der Billigung des Bundespräsidenten. Also das, was auch in Südafrika passiert, wo Hetzlieder gegen Weisse gesungen und systematisch Mordanschläge auf weisse Farmer verübt werden. So fördert man ein Klima, in dem Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungskreise in der Luft liegt – seien es nun Bauern in Südafrika oder demonstrierende Bürger in Mitteleuropa, also sogenannte «Rechte».

Versuchslabor Südafrika

Schon in den vergangenen Ausgaben der ExpressZeitung haben wir aufgezeigt, wie Europa systematisch mit farbigen bis schwarzen Migranten geflutet wird, die zu diesem Zweck selbst ausgebombt, verführt, vertrieben, trau-

➔

«Ein Revolutionär muss eine kalte Tötungsmaschine werden, motiviert von purem Hass.»

«Die Flitterwochen für Weisse in Südafrika sind vorbei.»

Plakate von Julius Malemas radikaler Organisation «Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit» (EFF), die längst in politischen Spitzenpositionen angekommen ist.

WUSSTEN SIE,

dass die südafrikanische Regierung inzwischen über 4000 Farmen in Besitz genommen hat, die von den ehemaligen weissen Besitzern übergeben, doch von Schwarzen nie übernommen wurden?

Am Freitag, den 13. Juli dieses Jahres, haben sich mehr als 190 Länder darauf geeinigt, am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch den «Globalen Pakt für Migration» der UN zu ratifizieren. Es geht dabei um nichts Geringeres als um die globale, formale Abtretung nationaler Souveränität der einzelnen Staaten an den künftigen UN-Superstaat, die Auflösung demokratischer Gesellschaftsstrukturen und die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung derjenigen Stimmen, die sich kritisch dagegen äussern!

Mehr dazu in der ExpressZeitung Ausgabe 19/August 2018. Die Ausgabe ist auf unserer Webseite (expresszeitung.com) weiterhin bestellbar. ***(tk)***

Seite 59

matisiert und weiter brutalisiert wurden. Und schon jetzt erleben wir mit, wie in Mitteleuropa immer wieder Einheimische ausgeraubt, vergewaltigt und erstochen werden – oft von afrikanischen Migranten. Dabei ist das nur der Anfang. Wie es weitergehen wird, haben wir auf den vergangenen Seiten dargestellt. Wir können es in Südafrika beobachten, einem einst blühenden Land, das unter der weissen Anleitung prosperierte, bis die Verhältnisse umgekehrt wurden. Inzwischen ist es eine Art «Versuchslabor», in dem schon heute stattfindet, was morgen auch uns allen blühen kann: Der totale Krieg gegen den weissen Menschen. Statt die Schwarzen in Südafrika zu emanzipieren, schwangen sie sich zu neuen Herren auf, um fortan die Weissen zu unterdrücken. Statt Südafrika zu befrieden und zu demokratisieren, wurde die Apartheid mindestens umgedreht und das Land in eine Kriegszone verwandelt – in eine Kriegszone gegen Weiss. Genauso wie sich die sogenannte Frauenemanzipation inzwischen als Krieg gegen den Mann entpuppt, hat sich die sogenannte Emanzipation der Schwarzen als Krieg gegen den Weissen entpuppt. Der «Bure» ist dabei weit mehr als nur ein Farmer. Sondern er ist das Synonym für die ersten weissen Einwanderer, die Südafrika erschlossen, kultiviert und zivilisiert haben – quasi das Synonym für die «weissen Väter» Südafrikas, die nun im Rahmen eines wilden Vatermordes ausgelöscht (oder vertrieben) werden. Alles in allem sind die Farmüberfälle Teil der rassistischen Umgestaltung der Welt, bei der die weissen Intelligenzschichten unterdrückt und ausgerottet werden sollen. Südafrika ist also die andere Seite der Migrationsmedaille – oder besser gesagt: wahrscheinlich die Zukunftsperspektive für Europa.

Krieg gegen Sesshafte?

Das alles ist nur ein Teil einer grösseren globalen Agenda, nämlich die Welt zu entzivilisieren und zu barbarisieren, um sie unter die brutale Kontrolle einer Neuen Weltordnung (NWO) unter der Ägide der UNO zu stellen: Denn niemand anderer als führende UN-Mitglieder (wie die USA) setzten durch Kriege und Revolutionen Millionen Migranten frei, die nun nach Europa drängen. Niemand anderer als die UNO entwirft umfassende Knebelverträge über «reguläre Migration», in die alle Staaten der Welt eingebunden werden sollen. Und niemand anderer als die UNO schöpft ihre totale Macht aus der Migration, wobei die entwurzelten Migranten quasi die natürlichen «Staatsbürger» der Vereinten Nationen sind, die gepflegt und umsorgt werden, während der Sesshafte oder Einheimische nichts gilt – denn er ist ja der Staatsbürger einer Nation, also eines Konkurrenten, der abgeschafft werden soll.

Gleichschaltung und Entrechtung

«Die erste Tatsache von entscheidender Bedeutung ist, dass die wirkliche Geschichte dessen, was in Südafrika passiert, nur eine Episode aus einem sehr viel weitgespannteren Szenarium ist, das im Grunde für die gesamte Welt und die gesamte Menschheit bestimmt ist», zitierten wir in dieser Ausgabe den rhodesischen Regierungsberater Ivor Benson aus der Zeitung «Diagnosen» (Nr.1/86, S.26): «Kurz gesagt, Südafrika ist zu einer der Hauptzielscheiben der weltweiten revolutionären Bewegung geworden, die zu Beginn unseres Jahrhunderts und seit Ende des Zweiten Weltkriegs rasch an Stosskraft gewonnen hat. Ihr Ziel ist die Zentralisierung der politischen Macht.» – in den Institutionen der UNO, darf man hinzufügen. So wird Deutschland, während Südafrika der Herrschaft des kommunistischen ANC unterworfen wurde, unter Kanzlerin Angela Merkel, Europa unter der EU und die Welt unter der UNO in eine neue DDR verwandelt, wobei der globale «Kommunismus» der UNO Totalitarismus heisst: Propaganda, Gleichmacherei, Gleichschaltung, Entrechtung.

Feinbild «alter weisser Mann»

Nicht nur in Südafrika, sondern auch hierzulande ist der alte weisse Mann schliesslich «das neue Feindbild», wie die Zeitschrift Tichys Einblick schrieb: «Die westliche Kultur hat in den letzten 200 Jahren die gesamte moderne Welt erschaffen. Sahen wir bis vor 50 Jahren dies im Westen noch als einen unglaublichen Erfolg, ist dem heute eine tiefe Skepsis und ein westliches Schuldbewussten gewichen. Nur die ausserwestliche Welt sieht und respektiert dies noch als grossartige Leistung, denn sie weiss, dass sie selbst zu den Errungenschaften der modernen Welt nicht viel beigetragen

Foto: Chris W. Braunschweiger (talk) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rock_im_Pott_2017_KIZ-16.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Schon die Bühnenoutfits der Band K.I.Z. erinnern an den militärischen Dress des radikalen Linkspopulisten Julius Malema, inklusive Barett-Kopfbedeckung. Bei ihrem Konzert in Chemnitz am 03. September wurde wie bei Malemas EFF Stimmung gegen bestimmte Bevölkerungskreise gemacht. Was in Südafrika Bauern sind, könnten in Deutschland bald demonstrierende Bürger sein, die von Angela Merkels Politik genug haben.

hat. Und heute schafft im Silicon Valley oder in Berliner Start UPs der junge weisse Mann die moderne Welt des Internets» (online, 9.3.2016).

Der Rufmord geht dem Mord voraus

«Wenn ich es recht besehe», schrieb Tichy-Autor Klaus-Jürgen Gadamer, «kommt alle Entwicklung der letzten Jahrhunderte von den weissen Männern der westlichen Kultur. [...] Hätten diese nichts hervorgebracht, wären wir heute noch im Mittelalter.» Und genau das macht sie aus der Sicht der heutigen Globalstrategen so verhasst. Denn dorthin wollen diese die Menschheit ja schliesslich zurück haben: ins Chaos und ins Mittelalter. Exakt dies war auch das Motiv der chinesischen «Kulturrevolution» zwischen 1966 und 1976, die nichts Kulturelles an sich hatte, ausser, die Kultur und ihre Träger zu vernichten. Während hierzulande die Weissen noch diffamiert werden, werden sie in Südafrika bereits getötet:

Als Alice Lotter (76) und ihre Tochter Helen (57) in Allenridge bei Welkom im Free State zu Tode misshandelt wurden, wurden, so Roets «beide Frauen stundenlang gefoltert, mit zerbrochenen Glasflaschen in den Unterleib gestochen, während einer der beiden bei lebendigem Leibe beide Brüste abgeschnitten wurden. Helens Verletzungen waren so extrem, dass der Rechtsmediziner nicht mehr feststellen konnte, ob sie auch vergewaltigt worden war. Alice war in die Kehle und das Genick gestochen worden und in ihrem eigenen Blut ertrunken. Mit ihrem Blut wurden die Worte ‚Kill the Boer' an die Wand geschrieben...»

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht - vertuscht - vergessen».

Abgeordnete in Südafrika stimmen für Enteignung von Farmern

Die Abgeordneten im Parlament von Südafrika haben sich im Februar 2018 für eine Enteignung von Farmern ohne Entschädigung ausgesprochen. Der Antrag wurde von der linksradikalen Partei «Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit» (Economic Freedom Fighters, EFF) eingebracht und nach kleinen Änderungen auch von der Regierungspartei ANC unterstützt. Der Antrag könnte zu einer Änderung der Verfassung führen. «Die ANC unterstützt eindeutig das Prinzip der Landenteignung ohne Entschädigung. Es besteht kein Zweifel, dass das Land ohne Entschädigung enteignet werden soll», sagte der ANC-Agrarminister Gugile Nkwinti laut «news.com.au».

Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa.
Foto: Kremlin.ru

Gegner dieses Antrages kommen nicht nur aus den Reihen weisser Oppositioneller. Auch schwarze Südafrikaner weisen darauf hin, dass damit das Recht auf Landeigentum für alle Südafrikaner praktisch aufgehoben wird. Auch die neuen Besitzer könnten schnell wieder ihr Land verlieren. Schon jetzt können Farmer durch die Behörden enteignet werden, jedoch müssen diese nach gegenwärtiger Verfassungsrechtslage aus Steuermitteln entschädigt werden.

Der neue Präsident Cyril Ramaphosa hatte in seiner ersten grossen Rede nach seinem Amtsantritt Mitte Februar 2018 die Enteignung von Farmern ohne eine Entschädigung unterstützt – solange dadurch die Lebensmittelproduktion gesteigert werde, was jedoch sehr unrealistisch ist, da den meisten Schwarzen die nötige Erfahrung für landwirtschaftliche Grossproduktion fehlt. Was solch radikales Vorgehen bewirken kann, wurde auch im Nachbarland Zimbabwe deutlich, das von der Kornkammer Afrikas zu einem auf Auslandshilfe angewiesenen Land wurde.

Ein Grossteil der Agrarfläche in Südafrika gehört auch 24 Jahre nach dem Ende der Apartheid noch den Weissen. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie befinden sich 73% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche immer noch in weisser Hand. 1994 waren es 85%. In ihren ehemaligen Homelands hätten die Schwarzen jedoch genug, Platz und Ressourcen, um ihre eigenen Farmen zu errichten. Die Frage, warum dies nicht geschieht bzw. nicht so gut funktioniert wie bei den Weissen, ist ein unausgesprochenes Tabu, das die weissen Farmer in Gefahr bringt und die schwarze Bevölkerung daran hindert, auf eigenen Beinen zu stehen.

Quelle: Epoch Times, 28.02.2018

Kriminalität in Südafrika

Insgesamt verzeichnet Südafrika sehr hohe Kriminalitätsraten – Diebstähle, Einbrüche und Raub sind an der Tagesordnung. So sei es üblich, dass es an roten Ampeln in grossen Städten häufig zu «Blitzeinbruch-Überfällen» kommt, schreibt das Auswärtige Amt. Dabei werden Autotüren geöffnet oder Scheiben eingeschlagen, um offen herumliegende Wertgegenstände aus dem Auto zu entwenden. Aus diesem Grund empfiehlt das Amt, immer die Autofenster zu schliessen und die Autotüren von innen zu verriegeln. Auch ist die Mordrate im Land hoch. In der Statistik für 2016/17 werden 34,1 Morde auf 100.000 Einwohner angegeben. Die weltweite Tötungsrate beträgt 6,2 pro 100.000 Einwohner. D. h., dass in dieser Zeit rund 52 Menschen am Tag in Südafrika ermordet wurden, wie die Seite «Africa Check» schreibt, die sich auf die Daten der Südafrikanischen Polizei bezieht.

Zum Vergleich: Im Jahr 2016 wurden laut dem Statistischen Bundesamt 373 Menschen in Deutschland ermordet – statistisch also 1,02 Personen pro Tag – so zumindest die offizielle Statistik.

Für weisse Farmer liegt die Tötungsrate jedoch noch weit höher, sie wird auf ca. 154 pro 100.000 Einwohner geschätzt. Das macht den Beruf Farmer in Südafrika wohl zum gefährlichsten privatwirtschaftlichen Beruf der Welt.

Quelle: Epoch Times, 02.04.2018

Medien und Regierung stellen Farmmorde als rechte Verschwörungstheorie dar

Laut der südafrikanischen Regierung gibt es keine Bedrohung für die Weissen in Südafrika. Laut der Organisation AfriForum werden jedoch alle Versuche, die Morde an weissen Farmern auf die nationale Tagesordnung zu setzen, von der südafrikanischen Regierung als «Publicity-Stunts» abgewiesen. Die Medien sehen Meldungen über Farmermorde als Versuche rechter Gruppierungen, einen «Genozid an Weissen» zu propagieren, den es ihrer Meinung nach nicht gibt. So veröffentlichte die südafrikanische Zeitung «The South African» im März 2018 den Facebook-Beitrag von Adrian Fleur, einer jungen weissen Frau aus Südafrika, die in Grossbritannien lebt. Ihr Beitrag ging viral.

In ihrem Post forderte sie alle auf, die Geschichten über Farmmorde nicht mehr zu teilen. Denn damit würden nur «Gruppen weisser Terroristen und Rassisten» unterstützt. Diese Geschichten seien nicht belegbar und würden nur Hass und Spaltung erzeugen.

Quelle: Epoch Times, 02.04.2018

Rassistischer Doppelstandard: Hetzkampagne wegen harmloser H&M-Werbung

Ein Werbefoto von H&M wurde als rassistisch kritisiert, die Modekette entschuldigte sich dafür und zog es zurück. Doch Kritikern in Südafrika ging das nicht weit genug. Sie demonstrierten und die Lage eskalierte. Das schwedische Unternehmen schloss daraufhin nach eigenen Angaben vorübergehend die Läden in dem Land. H&M hatte zuvor für einen Kapuzenpullover mit der Aufschrift «Coolster Affe im Dschungel» einen dunkelhäutigen Jungen modeln lassen und damit Empörung ausgelöst.

Eine südafrikanische H&M-Filiale, nachdem Julius Malema im Radio gegen den Konzern gehetzt hatte.

Gewalttätige Demonstrationen und Verwüstung in H&M-Läden

«In ganz Südafrika sind H&M-Läden geschlossen, weil sie unsere Kinder Paviane genannt haben», sagte Anfang Januar 2018 der Chef der Partei der «Ökonomischen Freiheitskämpfer» (EFF), Julius Malema, in einer vom Nachrichtensender eNCA übertragenen Rede. Die «Demonstranten» hatten Schaufensterpuppen umgekippt, Kleidung aus den Regalen gerissen und auf dem Boden verteilt, Kleiderständer umgeworfen und die Diebstahlschutzanlagen an den Eingängen aus ihren Verankerungen gerissen. Die Protestierenden forderten, dass H&M sich aus Südafrika zurückziehen solle.

Unterdessen schaltete sich auch die Mutter des betroffenen Jungen ein. Laut der britischen Seite «Metro» schrieb die Frau namens Terry Mango auf Facebook: «Dies ist eines von hunderten Outfits, für die mein Sohn Modell stand. Hört auf, Zeter und Mordio zu schreien. Kommt drüber weg.» Sie sei bei allen Fotoshootings dabei gewesen. Jeder könne darüber denken, was er wolle. Sie verstehe die Aufregung aber nicht. Den Rassismus-Vorwurf hält sie für absurd: «Ich verstehe das wirklich nicht. Aber nicht, weil ich es nicht will, sondern weil das nicht meine Art zu denken ist.»

Das Foto eines schwarzen Jungen, der einem Pulli mit der Aufschrift «Coolster Affe im Dschungel» trägt, sorgte für Empörung.

Hier zeigt sich mal wieder der rassistische Doppelstandard in der öffentlichen Rassismus-Debatte: Während tausende Schwarze auf Veranstaltungen der ANC die Ermordung der weissen Buren besingen, wird ein harmloser Ausrutscher einer Modefirma dazu genutzt, um zu gewalttätigen Randalen gegen weissen Rassismus zu mobilisieren.

Quelle: Epoch Times, Demonstranten verwüsten H&M-Läden in Südafrika: «Sie haben unsere Kinder Paviane genannt», 14.01.2018

Asyl für weisse Südafrikaner? – Bundesregierung sieht keinen Schutzgrund

Dr. Anton Friesen von der AfD stellte eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung, welchen Schutzstatus weisse Südafrikaner in Deutschland bekommen würden, wenn sie hier einen Asylantrag stellen würden. Die Bundesregierung sieht derzeit keinen Grund ihnen einen Schutzstatus zuzusprechen, obwohl die Lage in Südafrika immer schlimmer wird.

Dr. Friesen sagte dazu:

«In Südafrika findet beinahe unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit eine gezielte Verfolgung einer ethnischen Minderheit statt. Die weissen Südafrikaner werden dort diskriminiert, vertrieben und getötet. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten sind über 70.000 weisse Südafrikaner umgebracht worden. Hundertausende sind mittlerweile aus ihrer Heimat geflohen.

Die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Südafrika sind erschütternd. Es ist daher zynisch, wenn die Bundesregierung in diesem Zusammenhang keine Gruppenverfolgung erkennen kann. Andere Staaten wie Australien sind bereits dazu übergegangen, die Visa-Vergabe an weisse Südafrikaner zu erleichtern. Auch Deutschland darf nicht länger tatenlos dem Geschehen in Südafrika zusehen. Angehörigen der weissen Minderheit in Südafrika muss ein Schutztitel zugesprochen werden, wenn sie hierzulande einen Asylantrag stellen. Zudem muss die Entwicklungshilfe für Südafrika gestrichen werden, solange sich die Lage für die weissen Südafrikaner nicht verbessert.»

"Zurück nach Südafrika mit Ihnen! Sie bringen die Deutschen nur auf dumme Gedanken!"

Quelle: Epoch Times, 26.06.2018

Südafrikanische Verteidigungsministerin feiert Morde auf Facebook

Auch in den höchsten Kreisen der Regierung herrscht der Gedanke vor, dass man sich an den Weissen für die Apartheid rächen solle. So wurden zwei weisse ältere Männer (76, 80) Anfang März von Unbekannten mit einem Schlachtmesser angegriffen. Einer der Männer wurde mit einem Stich in die Brust getötet, der andere überlebte schwer verletzt.

Daraufhin meldete sich die südafrikanische Verteidigungsministerin Nosiviwe Mapisa-Nqakula (ANC) zu Wort. Die Angreifer hätten bei dem verletzten Mann die Augen und die Zunge rausschneiden sollen, «damit die letzten Menschen, die er jemals sehen würde, die Mörder waren und er mit dem Albtraum ins Grab gehen könnte», kommentierte die Ministerin ein Foto des verletzten Mannes auf Facebook.

«Die Apartheid ist in ihm. Alle diese alten Weissen halten uns für dumm, wenn sie sagen, sie seien gegen die Apartheid gewesen. Wir werden nicht vergessen, was sie getan haben. Jetzt sind die Weissen an der Reihe», schrieb sie weiter.

Quelle: Epoch Times, 02.04.2018

Nosiviwe Mapisa-Nqakula ist seit Juni 2012 Ministerin für Verteidigung und Militärveteranen.

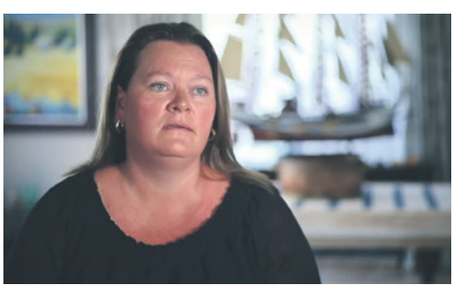
Enteignungspolitik der Regierung leistet Farmmorden Vorschub

Ende Februar 2018 stimmte das südafrikanische Parlament für eine Enteignung von weissen Farmern ohne Entschädigung. Seitdem haben die Angriffe auf weisse Grundbesitzer zugenommen. Denn die Entscheidung des Parlaments habe die Botschaft vermittelt, dass man weisse Farmer angreifen könne, ohne Strafen zu befürchten, hiess es seitens des AfriForums, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für die Rechte von Minderheiten, insbesondere der «Afrikaaner» - der Weissen in Südafrika - einsetzt.

«Unsere ländlichen Regionen sind in einem Verbrecherkrieg gefangen. […]Obwohl die südafrikanische Regierung bestreitet, dass die ländlichen Gebiete einer Gewaltkrise ins Auge blicken, beweisen die Zahlen, dass exzessive Gewalt diese Regionen plagt», meinte der Sicherheitschef von AfriForum, Ian Cameron. Ausserdem nehme die Brutalität zu: So werden Farmer und ihre Familienmitglieder während dieser Attacken stundenlang vergewaltigt und gefoltert - mit Glüheisen, Schweissbrennern, kochendem Wasser. «Die Regierung kann die Fakten nicht leugnen - unsere Leute werden niedergemäht», fügte Cameron hinzu.

Brutalität nimmt zu

Die unabhängige Journalistin Lauren Southern besuchte im Februar Südafrika und interviewte dabei die Tatortreinigerin Eileen de Jager. Diese meinte, dass die Farmermorde nicht als solche notiert würden, sondern als normaler «Raub» in der Statistik auftauchen. Ausserdem sagte de Jager, dass sie mittlerweile jeden Tag zu einer Farm gerufen werde, um die Blutspuren und ähnliches nach einem Überfall oder Mord an dem Tatort zu entfernen. Dabei sei ihr in den letzten Jahren aufgefallen, dass die Brutalität der Täter immer mehr zunehme.



Die Tatortreinigerin Eileen de Jager plauderte in der Dokumentation «Farmlands» aus dem Nähkästchen: Höchstwahrscheinlich ist die Anzahl der Farmüberfälle und –morde weit höher, als die offizielle Statistik angibt.

Viele Farmer wurden von der Regierung im Stich gelassen. Inzwischen sind sie gezwungen, sich zu bewaffnen und sich gegenseitig durch ein Alarmsystem zu beschützen.

Zahme Opposition

Auch in der Opposition wird die Landenteignung als eine notwendige Massnahme gesehen, um die südafrikanische Gesellschaft nach dem Ende der Apartheid ins Gleichgewicht zu bringen - nur die Farmer sollten entschädigt werden. «Landverteilung ist etwas, womit unsere Partei einverstanden ist, da wir auch der Meinung sind, dass Unrecht in der Vergangenheit passiert ist und viele Menschen ihr Land verloren haben», meinte der Vorsitzende der «Afrikanischen christlich-demokratischen Partei» (African Christian Democratic Party, ACDP), Kenneth Meshoe, zum britischen «Independent».

«Womit wir jedoch nicht einverstanden sind, ist, dass die EFF und der ANC die Landenteignung ohne Entschädigung wollen und dass die EFF davon spricht, den Weissen ihr Land wegzunehmen. Personen wie Malema, die Volksverhetzung betreiben, sollten nicht erlaubt sein», so der ACDP-Chef weiter.

Quelle: Epoch Times, Farmermorde in Südafrika: Regierung sieht «keinen Grund zur Sorge» – sind im «Prozess der Landumverteilung», 02.04.2018